

Auswanderungsvereine mit Ziel Ukraine und Sowjet-Rußland in der Weimarer Republik

Mahnke, Julia

Veröffentlichungsversion / Published Version
Monographie / monograph

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mahnke, J. (1997). *Auswanderungsvereine mit Ziel Ukraine und Sowjet-Rußland in der Weimarer Republik*. (Mitteilungen / Osteuropa-Institut München, Historische Abteilung, 24). München: Osteuropa-Institut München. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70352-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more Information see: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

Mitteilungen

Nr. 24

Juli 1997

JULIA MAHNKE

Auswanderungsvereine mit Ziel Ukraine und Sowjet-Rußland in der Weimarer Republik

ISBN 3-921396-13-1

Scheinerstraße 11, D-81679 München, Tel. (089) 99839-442
Fax (089) 9810110, E-Mail u9511aj@sunmail.lrz-muenchen.de
Redaktion: Reinhard Frötschner
Herausgeber: Hermann Beyer-Thoma

18-11

OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

Mitteilungen

Die M.

Verlag

Abdruck der Mitteilungen des O. I. M. ist ohne
weiteren Hinweis in der Wissenschaftsgemeinschaft

München



Schleiermacherstr. 11, D-80333 München
Fax (089) 58 10 12, e-mail: oim@osteuropa-institut.de
Redaktion: Rüdiger Lorenz
Herausgeber: Hermann Peter, Berlin

1. Einleitung	7
2. Auswanderung in der Weimarer Zeit	10
2.1. Die Ursachen der Auswanderungsbestrebungen	10
2.2. Auswanderungsorganisationen	11
2.3. Das Reichswanderungsamt	13
2.4. Auswanderungspolitik durch Auswandererberatung	15
3. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik	16
3.1. Militärische, wirtschaftliche und politische Annäherung	16
3.2. Parteipolitische Einstellungen zur Sowjetunion	20
3.3. Erwartungen an Rußland als Auswanderungsziel	23
3.4. Auswanderung in die Sowjetunion: Die sowjetische Perspektive	26
3.4.1. Das Interesse Sowjetrußlands an der Einwanderung	26
3.4.2. Die Immigrationspolitik der RSFSR in den ersten postrevolutionären Jahren	28
4. Der Verein <i>Ansiedlung Ost</i>	32
4.1. Der Verein und seine Ziele	32
4.2. Die Gründung der <i>Interessengemeinschaft der Auswanderer- Organisationen nach Sowjet-Rußland</i>	37
4.3. Die örtliche Verteilung der Gruppen	38
4.4. Die Verhandlungen mit der Sowjetunion	42
4.5. Der erste Transport	46
4.5.1. Kolomna	47
4.5.2. Die USPD-Delegation	50
4.6. Die Reaktion der AO auf die Rückkehr der Auswanderer	53
4.7. Dittmann, die USPD und die Auswanderungsfrage	54
4.8. Gründe für das Scheitern des ersten Transports	57
4.9. Die <i>Russisch-Technische Staatskommission</i>	59
4.10. Das Ende der IG	62
4.11. Das Schicksal der in Rußland Gebliebenen	64
5. Die <i>In- und Auslandssiedlungsgenossenschaft m.b.H.</i> mit dem vorläufigen Sitz in Bialla	67
6. Die <i>Siedlungsgenossenschaft Gruppe 1 in Königsberg</i>	70

7. Siedlungsprojekte in der Ukraine und in Sibirien	77
7.1. Die Ansiedlungsorganisation <i>Ukraine</i>	77
7.2. Vereinigung <i>Ansiedlung Ukraina/Ansiedlung Bessarabia</i>	80
7.3. Auswanderungsziel Sibirien: Die <i>Niederlausitzer Arbeits- und Siedlungsgenossenschaft Igdrasil</i>	82
8. Weitere Siedlungsgesellschaften	85
8.1. Linksstehende Organisationen	86
8.1.1. <i>Flammeanus-Gemeinde</i> in Stuttgart	86
8.1.2. <i>Schwäbische (süddeutsche) Siedlungsgenossenschaft Südrußland</i>	86
8.1.3. <i>Siedlungsverband Rote Erde</i>	87
8.1.4. <i>Organisation Neu-Wald</i>	87
8.2. Rechtsstehende Organisationen	88
8.2.1. Siedlungsprojekt des Bürgermeisters Fink aus Gollnow	88
8.2.2. <i>Osteuropäische Siedlungsgenossenschaft, Sitz Moskau und Berlin</i>	89
8.2.3. <i>Kultur- und Siedlungsgenossenschaft m. b. H. in Neukölln</i>	90
8.3. Organisationen mit geschäftlichem Interesse	91
8.3.1. <i>Deutsch-Südrussischer Verband e. V.</i>	91
8.3.2. <i>Deutsch-Russische Industriegewerkschaft</i>	91
8.3.3. <i>Osteuropäische Siedlungsgenossenschaft in Heilbronn</i>	92
8.4. Auswanderungsgesellschaften	93
8.4.1. <i>Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer Siedlungsgenossenschaft in Sibirien</i>	93
8.4.2. <i>Deutsch-Ukrainische Vereinigung</i>	93
8.4.3. <i>Verein deutscher Rußlandauswanderer</i>	94
8.4.4. <i>Landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaft zur Auswanderung nach Rußland</i>	94
8.4.5. <i>Kolonistenverein in Neustadt bei Coburg</i>	95
8.4.6. <i>Gesellschaft zur Förderung des jüdischen Siedlungswerkes in der UdSSR</i>	96
9. Conclusio	96

Anhang	
Abkürzungsverzeichnis	99
Quellen und Literatur	100
1. Quellen	100
1.1. Unveröffentlichte Quellen	100
1.2. Veröffentlichte Quellen	101
2. Zeitungen	101
3. Literatur	102
3.1. Zeitgenössische Literatur	102
3.2. Sekundärliteratur	102
4. Handbücher, Bibliographien und Lexika	104

1. Howard H. Wilson: *Die Einwanderung aus Osteuropa in die Vereinigten Staaten*. Stuttgart 1904, 1906, 1910.

2. Howard H. Wilson: *Die Einwanderung aus Osteuropa in die Vereinigten Staaten*. In: Die Weimarer Republik. Beiträge zur Geschichte. Hrsg. v. Hans-Joachim Lauth. S. 299-327. S. 301, Anm. 40.

1. Einleitung

„Alle Klassen in Deutschland blicken aus dem einen oder anderen Grunde nach Rußland. Die Extremisten der Linken sehen in ihm die Verwirklichung ihrer eigenen politischen Ideale; die Alldutschen betrachten Rußland als einzig vorstellbare Möglichkeit, ein Ventil für die Überbevölkerung und einen Ersatz für die verlorenen Kolonien zu finden; die Offiziere glauben, daß es ihnen Beschäftigung ermöglicht, die ihnen im eigenen Lande verlorengegangen ist. Die Industriellen denken, daß es Anlagemöglichkeit für das Kapital schaffe und letzten Endes die Mittel zur Tilgung der Reparationen bereitstelle.“¹ So beschrieb ein englischer Berichterstatter das neue Verhältnis Deutschlands zu Rußland nach dem Ersten Weltkrieg.

Nach dem Versailler Friedensschluß ruhten plötzlich vielerlei Hoffnungen auf Rußland, und zwischen den beiden Staaten bahnten sich Beziehungen verschiedenster Art an - auf militärischer, wirtschaftlicher und politischer Ebene. Wenig bekannt ist, daß diese neuen Hoffnungen ganze Gruppen dazu brachten, die Auswanderung nach Sowjetrußland, in die Ukraine und nach Sibirien zu planen und mitunter tatsächlich auch durchzuführen. In meiner Arbeit sollen diese Gruppen und ihre Siedlungsprojekte vorgestellt werden. Ihnen wurde bisher in der Forschung nicht viel Beachtung geschenkt. Diese Vernachlässigung mag damit zusammenhängen, daß die ost-orientierten Auswanderungsorganisationen letzten Endes nicht allzu erfolgreich waren. Zwar kam es zur Auswanderung einiger Gruppen, zwar existierten für einige Zeit deutsche Kommunen - doch waren dies recht temporäre Angelegenheiten, die sich in Ausmaß und Auswirkung keinesfalls mit der Emigration in die USA und nach Südamerika messen können. Zum anderen galten die Akten des Reichswanderungsamtes, die einen tieferen Einblick in die Aktivitäten verschiedener Auswanderungsorganisationen in der Weimarer Republik vermitteln, lange Zeit als verloren.² Sie sind die Hauptquellen meiner Arbeit: die Akten des Reichswanderungsamtes (weiter: RWA) und seiner Rechtsnachfolgerin, der Reichsstelle für das Auswanderungswesen, die sich im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam befinden. Mitunter findet sich das eine oder andere Rundschreiben des Reichswanderungsamtes auch in anderen Archiven. Dies sind jedoch nur Informationen der Zentrale an die Peripherie. Ergiebig ist weiterhin das vom RWA herausgegebene Nachrichtenblatt.

1 EDWARD HALLETT CARR Berlin-Moskau. Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen. Stuttgart 1954, S. 22.

2 KLAUS J. BADE Arbeitsmarkt, Bevölkerung und Wanderung in der Weimarer Republik. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg.: M. Stürmer, Königstein/Ts 1980, S. 160-187. Hier: S. 183, Anm. 44.

Durch seine Beratungs- und Kontrollfunktion war das RWA ausführlich über den Auswanderungsbereich informiert. In Kapitel 2.3. wird diese Behörde näher beschrieben.

Der zeitliche Rahmen meiner Arbeit ist die Weimarer Republik, vor allem die Jahre 1919 bis 1926. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik waren die Auswanderungszahlen sehr hoch. Dies hing mit den üblichen Auswanderungsgründen zusammen, wie z. B. hoher Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und trüben Zukunftsaussichten. Warum aber einige Auswanderungswillige nicht das klassische Ziel - Übersee - wählten und stattdessen in die Ukraine, nach Rußland oder Sibirien strebten, soll in Kapitel 3 erläutert werden. Hierbei spielte die neue Ostorientierung eine Rolle: Die unterschiedlichsten Erwartungen ruhten auf Rußland, und die unterschiedlichsten Gruppen meinten, dort das verwirklichen zu können, was ihnen in Europa oder Amerika verwehrt war. Auch von Seiten der Sowjetunion bestand zumindest bis Mitte der zwanziger Jahre ein Interesse an deutscher Einwanderung. Dies hing mit den außenpolitischen Beziehungen zu Deutschland zusammen, war aber mehr noch mit der inneren Entwicklung der Sowjetunion verknüpft, wie wir in Kapitel 3.4. sehen werden.

Damit ist der Hintergrund skizziert, vor dem ich die einzelnen Gruppen von Auswanderern vorstellen möchte. Am meisten Aufmerksamkeit wird dem Verein Ansiedlung Ost (weiter: AO) zukommen. Sie war in ihrer Blütezeit die größte Auswanderungsorganisation der Weimarer Republik, und so gibt es ergiebige und vielseitige Quellen. Die AO hatte ihr eigenes Organ, die Räte-Zeitung. Das RWA produzierte seitenweise Rundschreiben über diesen Verein, dessen Erfolg dem Amt unheimlich war. Sehr aufschlußreich ist der Erlebnisbericht eines Auswanderers, der am ersten Transport teilnahm. Und kurioserweise kreuzten sich in Rußland die Wege der Auswanderer mit denen einer Delegation deutscher Reichstagsabgeordneter. Dieser Koinzidenz verdanken wir, daß das Schicksal unserer Gruppe noch aus einem weiteren Winkel beleuchtet werden kann. Die AO ist auch die einzige nach Osten orientierte Auswanderungsorganisation, die in der deutschen Literatur Erwähnung findet. Dies verdankt sie Karl Thalheim, der 1926 ein Werk über „Das deutsche Auswanderungsproblem der Nachkriegszeit“ veröffentlichte und der AO darin einige Seiten widmet.³ Mehr Aufmerksamkeit wird der AO von sowjetischer Seite geschenkt: in Galina Tarles Buch „Druz'ja strany sovetov“ (Freunde des Sowjetlandes).⁴ Tarle

³ KARL C. THALHEIM Das deutsche Auswanderungsproblem der Nachkriegszeit. Crimmitschau 1926, S. 145-148. Eine weitere Erwähnung der AO findet sich bei AGNES BRETTEING / HARTMUT BICKELMANN Auswanderungsagenturen und Auswanderungsvereine im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1991, S. 253, die ihre Information jedoch aus Thalheims Buch beziehen.

⁴ GALINA JAKOVLENA TARLE Druz'ja strany sovetov. Moskau 1968.

schreibt über die sogenannte „Arbeitsimmigration“ sympathisierender Arbeiter und Bauern aus Europa und Amerika in die Sowjetunion. Hierbei kommt der AO einige Bedeutung zu als der ersten Organisation, die Verbindungen zum bolschewistischen Rußland knüpfte.⁵ Auch die DDR-Historikerin Erika Wasilewitsch schreibt in ihrem Aufsatz „Zur Teilnahme deutscher Facharbeiter und Spezialisten an der Industrialisierung der UdSSR (1926-1932)“ zwei Seiten über die AO.⁶ Ihr Wissen über diese Organisation bezieht sie jedoch von Tarle.

Weit weniger einflußreich als die AO waren zwei ostpreußische Siedlungsgruppen mit Ziel Südrußland. Die erste, gegründet von einem Hochstapler namens Lamm, brachte nicht mehr zustande als das Verfassen einer Denkschrift und einige Streitereien mit dem RWA. Immerhin - etwa fünfzig Mitglieder hat diese Gruppe gehabt, und als das Unternehmen im Mai 1924 verboten wurde, schlossen sich die am hartnäckigsten zur Emigration entschlossenen Mitglieder dem Nachfolgeverein an. Diesem gelang es, eine Auswanderung tatsächlich durchzuführen, und einige Teilnehmer landeten auch wie geplant in der Kommune „Rotes Germanien“. Wie es den Ausgewanderten in der Sowjetunion erging, wird in Kapitel 5 behandelt.

Auswanderung in die Sowjetunion - dabei denkt man zunächst an Kommunisten. Doch die „Einheitsfront der Ostorientierung“⁷ war sehr breit. Auch rechtsstehende Kreise waren an der Siedlung im Osten interessiert. Ihnen gelang es noch viel weniger als den linken Organisationen, ihre Ideen zu verwirklichen. Ihre kühnen Siedlungspläne sollen aber trotzdem in Kapitel 7 vorgestellt werden.

Und schließlich gab es noch einige kleinere Organisationen, die nur kurze Zeit bestanden, wenige Mitglieder hatten oder von denen gar nur eine Denkschrift existierte. Auch sie sollen hier Erwähnung finden, denn sie gehörten zu dem großen Kreis der nach Osten orientierten Auswanderungsorganisationen. In diesem letzten Kapitel wird an ihnen noch einmal deutlich, welch große Hoffnungen sich damals viele auf ein besseres Leben in Rußland, Sibirien oder der Ukraine machten - unabhängig von sozialer Herkunft und politischer Ausrichtung.

Nur wenigen Organisationen war es beschieden, ihre hochfliegenden Ideen in die Realität umzusetzen. Doch schon die Pläne sind interessant. Wie stellten sich die

5 *ibid.*, S. 35-53 und S. 98-103.

6 ERIKA WASILEWITSCH Zur Teilnahme deutscher Facharbeiter und Spezialisten an der Industrialisierung der UdSSR (1926-1932). In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 18, 1 (1974), S. 193-208. Hier: S. 194f.

7 „Wir haben in Deutschland plötzlich eine nahezu geschlossene Einheitsfront der Ostorientierung [...]: von den Militärs [...] über das deutsche Bürgertum [...] bis zu den Kommunisten.“ LUDWIG QUESSEL „Alte und neue Ostorientierung“. In: Sozialistische Monatshefte Nr. 4 (8. 3. 1920), S. 12f.

Auswanderungswilligen ihr Utopia im Osten vor? Als Einfamilienhaus mit Garten? Als Kommune, in der jegliches Privateigentum aufgehoben ist? Als ein eigenes Stück Land, das man selber urbar macht? Als zerfallene Fabrik, die man im Verein mit russischen Proletarier-Brüdern wieder aufbaut? Die Denkschriften und die Siedlungsentwürfe sprechen von den Sehnsüchten der von Krieg und Not geschüttelten Menschen.

Ich übernehme einige Begriffe aus den Originalquellen, die heutzutage negativ konnotiert sind, vor dem Dritten Reich jedoch wertfrei waren. Dies ist vor allem der Begriff „Ortsgruppe“, der in Zusammenhang mit der weitverzweigten AO immer wieder fällt. Auch „Transport“ mag heute seltsam in unseren Ohren klingen. Es wäre mir aber unnatürlich vorgekommen, den in den Quellen verwendeten Begriff „Ortsgruppe“ durch „Lokalverein“ oder ähnlich verrenkte Termini zu ersetzen.

2. Auswanderung in der Weimarer Zeit

2.1. Die Ursachen der Auswanderungsbestrebungen

Besonders in den Anfangsjahren der Weimarer Republik war das Interesse an Auswanderung sehr hoch. Im Krisenjahr 1923 erreichte die Zahl der Auswanderer ihren Höhepunkt - 115 431 Menschen verließen ihre Heimat.⁸ Mit der sich stabilisierenden wirtschaftlichen Lage fiel die Zahl nach 1924 wieder ab.⁹ Der Zusammenhang mit der desolaten wirtschaftlichen Situation nach dem Krieg ist offensichtlich: Die hohe Arbeitslosigkeit, Inflation, schlechte Löhne, der Steuerdruck, der sich aus den Reparationszahlungen ergab, Wohnungsmangel und die allgemein trüben Zukunftsaussichten brachten viele Leute dazu, Emigration als den einzigen Ausweg aus der Misere zu sehen. Thalheim spricht von einer „Katastrophenpanik“: völlige Verzweiflung, ausgelöst von der fortschreitenden Geldentwertung, die ein regelrechtes „Auswanderungsfieber“ zur Folge hatte.¹⁰

Selten waren rein ideelle Motive ein Auswanderungsgrund.¹¹ Was hingegen eine Rolle spielte, war der Kulturpessimismus, „Ideen Rousseauscher Prägung“, wie

⁸ Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972. Wiesbaden 1972, S. 115

⁹ Die Weltwirtschaftskrise ließ sie nicht noch einmal in die Höhe schnellen. Sie heizte zwar den Auswanderungswunsch an, doch die tatsächliche Auswanderungszahl sank. Denn auch im Ausland litt der Arbeitsmarkt, und freie Stellen waren kaum noch zu vermitteln. BADE Arbeitsmarkt, S. 177; Statistik *ibid.*, S. 319.

¹⁰ THALHEIM S. 83ff.

¹¹ *ibid.*, S. 73 ff.; BADE Arbeitsmarkt, S. 166.

Thalheim sich ausdrückt.¹² Man wollte vor der industriellen, von Zerfall bedrohten Gegenwart in eine agrarische Zukunft entfliehen, um dort fernab der Zivilisation einen besseren Menschen zu schaffen.¹³ Mehr materiell ausgerichtet, äußerte sich der Kulturpessimismus in dem „Drang zur eigenen Scholle“, der nach dem Krieg nicht nur Angehörige der ländlichen Kreise, sondern auch der Industriearbeiterschaft ergriff. Dahinter steckte der Wunsch nach Selbständigkeit, nach freieren Entwicklungsmöglichkeiten. Das eigene Stück Land erschien als eine Sicherheit, die den Siedler vom Auf und Ab der Konjunkturen unabhängig zu machen versprach. Die Erfahrung des Herausgerissenseins, der Entwurzelung, die das Leben der Menschen nach dem Krieg prägte, verstärkten den Wunsch nach einem eigenen Stück Erde.¹⁴ Wie wir sehen werden, waren Zivilisationsmüdigkeit und der „Drang zur eigenen Scholle“ von nicht geringem Einfluß bei Auswanderungsprojekten jeglicher Couleur.

Europa spielte bei den Auswanderungswünschen eine untergeordnete Rolle. Das klassische Ziel war nach wie vor Übersee. Am beliebtesten waren die Vereinigten Staaten, gefolgt von Argentinien, Brasilien und Kanada. Die Auswanderung in europäische Länder blieb im Vergleich dazu verschwindend gering - geringer noch als die Auswanderung nach Afrika.¹⁵

2.2. Auswanderungsorganisationen

Mit dem Auswanderungsfieber hatte auch die Gründung von Auswanderungsorganisationen Hochkonjunktur: Siedlungsgesellschaften und Auswanderungsvereine schossen nach dem Krieg wie Pilze aus dem Boden. Der Unterschied zwischen beiden Organisationsformen ist folgender: Siedlungsgesellschaften haben mehr unternehmerische Züge; meistens handelt es sich um Aktiengesellschaften. Auswanderungsvereine betonen eher den Schutz für ihre Mitglieder, die Beratung und Leitung. Doch sind die Übergänge fließend.

12 THALHEIM S. 75.

13 In Schmidtbons Auswanderer drama „Die Fahrt nach Orplid“ vertritt der Auswanderer Orphal diese kulturpessimistische Einstellung, als er visionär über seine Kindeskinde r spricht: „Ein neues Geschlecht wird aufwachsen. Von Städten nicht einmal wissen. Ein Geschlecht, das nicht mehr arbeitet, als nötig ist, um zu atmen, das keine überflüssigen Dinge in Fabriken anfertigt, das keinen Handel treibt, das nicht nach lügnerischen Eisenbahnen und Flugzeugen begehrt, die den Menschen doch nicht vorwärts bringen, ein Geschlecht, das nicht Unrecht will, nicht Gewalt, nicht Krieg. Neue Menschen, schön, stolz, frei, vorwärtsschreitend in der Seele.“ WILHELM SCHMIDTBONN Die Fahrt nach Orplid. Berlin 1922, S. 36.

14 THALHEIM S. 86 ff.

15 Statistisches Bundesamt, S. 115

Die Zahl dieser Vereine ging in den frühen Zwanzigern in die Hunderte. Es gab Auswanderungsorganisationen verschiedenster politischer, kultureller, wirtschaftlicher und religiöser Ausrichtung. Die kirchlichen Organisationen sahen ihre Aufgabe vornehmlich in der Beratung der Auswanderungswilligen und der seelsorgerischen Betreuung in den Einschiffs- und Ankunftshäfen.¹⁶ Für viele konservative und für die staatlichen Organisationen stand der Gedanke im Vordergrund, den Auswanderungsstrom im Interesse des Deutschen Reiches zu lenken.¹⁷ Andere wollten für ihre Mitglieder in der neuen Heimat ein besseres Leben ermöglichen, ihre Träume von Wohlstand oder einer gerechteren Gesellschaftsordnung verwirklichen. Gerade diese letztgenannten Vereine bereiteten oft konkret die tatsächliche Übersiedlung vor, knüpften Beziehungen ins Ausland, erledigten die Formalitäten, organisierten den Transfer, inspizierten mögliche Arbeits- und Siedlungsplätze, erwirkten Landkauf oder Konzessionen oder täuschten all dies zumindest vor. Nicht selten entpuppte sich ein Verein als Schwindelunternehmen, dessen Leiter mit Vereinskasse oder Aktienkapital auf Nimmerwiedersehen verschwand. Aber selbst wenn ein Verein mit aufrichtigsten Vorsätzen gegründet worden war, reichten oftmals einfach die Mittel nicht, die hochfliegenden Pläne zu verwirklichen.

Es war schwer, gegen verdächtige Vereine vorzugehen, bevor tatsächlich ein Mißbrauch eingetreten war. „Darin liegt ja das Unheil,“ bemerkt verbittert der Leiter des Münchner RWA, „daß jeder zwanzigjährige Jüngling, der einige Romane von Karl May gelesen hat, sich als berufener Siedlungsgründer betätigen darf.“¹⁸ Die Auswanderungsbereitschaft war so groß, daß die schillernden Beschreibungen des zu erobernden Eldorados trotz Aufklärungsarbeit auf fruchtbaren Boden fielen. Wie sehr solcher Schwindel verbreitet war, zeigt sich daran, daß er dramatische Verwendung gefunden hat. In Ernst Tollers Komödie „Der entfesselte Wotan“¹⁹ gründet der Friseur Friedrich Wilhelm Wotan „mit tönenden Phrasen, einem Goldstück, viel Dummheit und hochfliegenden Plänen eine europäische Auswandererergensenschaft für Brasilien“.²⁰ Dieses einträgliche Schwindelunternehmen floriert, bis eine Warnung der brasilianischen Regierung dem Spuk ein Ende macht.

16 Zu den konfessionellen bzw. caritativen Organisationen zählte der St. Raphaelsverein zum Schutze katholischer Auswanderer, der Evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer, der Caritasverband und die Bahnhofsmmissionen. THALHEIM S. 122

17 Zu den konservativen Auswanderungsorganisationen gehörte der Verein für das Deutschtum im Ausland, die Deutsche Colonialgesellschaft in Frankfurt am Main, die Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung und die Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen. BRETTING / BICKELMANN S. 210; THALHEIM S. 123.

18 C. H. THEWALT Das Amt der verlorenen Worte. München 1920, S. 26.

19 ERNST TOLLER Der entfesselte Wotan. Potsdam 1923.

20 Kindlers Literatur-Lexikon im dtv. München 1986. Bd. 4, S. 3135.

Erst 1924 wurde mit der „Verordnung gegen Mißstände im Auswanderungswesen“ den Behörden ein Mittel an die Hand gegeben, Organisationen strikter zu überwachen. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Zahl der Auswanderungswilligen und somit auch der Auswanderungsvereine ohnehin reduziert.²¹

2.3. Das Reichswanderungsamt

Wie in der Einleitung erwähnt, kommt dem RWA in meiner Arbeit größere Bedeutung zu, denn von ihm stammt der umfangreichste Teil des von mir verwendeten Aktenmaterials. Da es in den ersten Nachkriegsjahren eine monopolartige Stellung in der staatlichen Auswandererberatung einnahm, findet man hier eine ungeheure Fülle an Information über Auswanderungsorganisationen.

Das RWA wurde eingerichtet am 29. Mai 1918 als „Reichsamt für deutsche Rückwanderung und Auswanderung“. Zur Zeit der Gründung lag die Betonung auf Rückwanderung. Man erwartete einen glücklichen Ausgang des Krieges und demzufolge einen wirtschaftlichen Aufschwung. An einen Auswandererstrom dachte damals niemand. Die Frage war vielmehr, wie man die Menschenverluste des Krieges ausgleichen konnte, ohne zu viele „Fremdstämmige“ als Arbeitskräfte ins Land zu holen. Eine mögliche Lösung sah man in der Rückführung deutschstämmiger Bauern, die in Südrußland und an der Wolga siedelten. Seit dem späten 19. Jahrhundert waren die deutschen Kolonisten Diskriminierungen, Enteignung und Russifizierungsmaßnahmen ausgesetzt.²² Mit Krieg und Revolution nahmen die Repressalien noch zu.²³ Viele wollten daher Rußland verlassen. „Der deutschen Regierung“, so schreibt Thalheim, „konnte es unter den damaligen Verhältnissen nur lieb sein, dieses kernige deutsche Bauernelement für Deutschland wiederzugewinnen.“²⁴ Der Zustrom wollte aber gelenkt sein, damit „diese Mengen wertvollen Deutschtums sich nicht planlos über Deutschland ergössen“,“²⁵ man also soviel wie möglich von dem Zuwachs profitieren könnte. Dazu wurde das RWA eingerichtet. Um das gesamte Gebiet der Wanderungsproblematik in einer Behörde zu zentralisieren, wurden ihm noch weitere Aufgabengebiete zugewiesen: Auswanderungsfragen, die Pflege der Beziehungen zum Auslandsdeutschtum, Nachforschungen über den Verbleib deutscher Staatsangehöriger

21 BRETTING / BICKELMANN S. 216

22 ANDREAS KAPPELER Rußland als Vielvölkerreich. München 1993, S. 218.

23 ibid., S. 284.

24 THALHEIM S. 114.

25 ibid.

im Ausland und Nachrichten- und Urkundenübermittlung.²⁶ Mit dem unerwartet schlechten Kriegsausgang zeigte sich aber, daß der Schwerpunkt der Tätigkeit auf Auswanderungsangelegenheiten verlagert werden mußte. Die Aufgaben des RWA bestanden nun hauptsächlich in Beratung und Schutz der Auswanderungswilligen.

Das RWA informierte sich über die Verhältnisse in den Auswanderungsländern, wozu es auch die deutschen diplomatischen Vertretungen in Anspruch nahm. Diese Informationen wurden dann vom RWA publiziert: in den Merkblättern und den Auskunftsheften, die sich jeweils auf einzelne Zielländer bezogen, und in dem Organ des RWA, dem zweimal monatlich erscheinenden Nachrichtenblatt. Auch in der Tagespresse wurden Mitteilungen des RWA veröffentlicht.²⁷

Die andere große Aufgabe war „Schutz der Auswanderer vor Ausbeutung und Verschleppung und Bekämpfung des bei der herrschenden Auswanderungsneigung üppig ins Kraut schießenden Schwindelwesens auf dem Gebiet der Auswandereragenturen, Auskunftsstellen, Siedlungsgesellschaften usw.“²⁸ Dem Auswanderungsschwindel suchte man durch verstärkte Aufklärung zu begegnen. Es gibt kaum eine Nummer des Nachrichtenblattes, in dem nicht vor einem betrügerischen Unternehmen gewarnt wird. Eine aktive Bekämpfung auf strafrechtlichem Wege war schwieriger: Es gab nur das Auswanderungsgesetz von 1897, das sich gegen kommerzielle Auswandererwerbung richtete und den Mädchenhandel unter schwere Strafe stellte.²⁹ Ab 1924 gab es dann die „Verordnung gegen Mißstände im Auswanderungswesen“.³⁰

Die Beratung der Auswanderungswilligen war das eigentliche Betätigungsfeld des RWA. Hierzu wurde ein dichtes Netz von Zweigstellen eingerichtet: neben dem Hauptsitz in Berlin gab es 25 Filialen im ganzen Reich. Zudem wurden gemeinnützige Organisationen miteinbezogen - mehr als 120 stellten sich in den Dienst der Auswandererberatung.³¹

Die prekäre Finanzlage des Reiches führte dazu, daß dieses großzügig ausgebaute System schon 1921 in seiner Existenz bedroht war. Pläne, es gänzlich aufzulösen, wurden dank Protesten der Öffentlichkeit vorerst verschoben, doch wurden etliche Zweigstellen geschlossen, so daß ihre Zahl Anfang 1924 nur noch neun betrug.³² Als jedoch als Folge der Inflation die finanzielle Situation des Reiches kurz vor dem

26 Handbuch für das Deutsche Reich 1922. Hrsg.: Reichsministerium des Innern. Berlin 1922, S. 123.

27 THALHEIM S. 118.

28 *ibid.*, S. 119.

29 *ibid.*, S. 121.

30 KLAUS J. BADE „Amt der verlorenen Worte“: Das Reichswanderungsamt 1918 bis 1924. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 3 (1989), S. 312-321. Hier: S. 314.

31 THALHEIM S. 119.

Kollaps stand, mußte das RWA geopfert werden. Am 1. April 1924 wurde es mit sämtlichen Filialen geschlossen. Die Berliner Zentrale bildete man in eine „Reichsstelle für das Auswanderungswesen“ (weiter: Reichsstelle) um, die dem Reichsministerium des Inneren unterstellt wurde. Die Beratungstätigkeit ging jetzt von staatlicher Trägerschaft fast gänzlich auf die gemeinnützigen Organisationen über.³³ In dieser reduzierten Form existierte die Reichsstelle noch 20 Jahre weiter. Erst im April 1944 wurde sie aufgelöst.³⁴

2.4. Auswanderungspolitik durch Auswandererberatung

Die oben beschriebene Tätigkeit des RWA hatte nicht nur eine sozial-caritative Funktion, sondern sollte auch den Interessen des Auswanderungslandes dienen. Der Abfluß von Arbeitskräften wurde zumindest in den Anfangsjahren der Weimarer Republik als „nationales Unglück“³⁵ betrachtet. Später ging man dazu über, die Emigration als notwendiges Übel zu akzeptieren: als Sicherheitsventil für den Druck der steigenden Arbeitslosigkeit. Da Artikel 112 der Weimarer Verfassung Auswanderungsfreiheit garantierte, konnte das RWA eine Abwanderung höchstens verzögern oder vor ihr warnen. Mittel dazu waren ihm gegeben dank der engen Zusammenarbeit mit Paßstellen und Landesarbeitsämtern. So gab die Paßbehörde die Adressen Auswanderungswilliger, die einen Paß beantragt hatten, an das RWA weiter. Dieses versuchte nun, beratend Einfluß zu nehmen oder freie Stellen im Inland zu vermitteln, worüber es vom Arbeitsamt auf dem laufenden gehalten wurde. Durch eine nicht ganz legale Verzögerungstaktik gewann das RWA Zeit: In Absprache mit den Paßbehörden wurde die Ausstellung der Reisedokumente so lange hinausgezögert, bis das RWA seine Bemühungen abgeschlossen hatte.³⁶ War ein Auswanderungswilliger überhaupt nicht von seinem Vorhaben abzubringen, versuchte man im RWA zumindest, die Beratung „so einzurichten, daß die Interessen der Ausgewanderten mit denen der Heimat später tunlichst in Einklang stehen.“³⁷ Die Emigranten sollten in Gebiete umsiedeln, wo sie ihre eigene Kultur und Sprache bewahren konnten und für das Heimatland nicht wirtschaftliche Konkurrenz darstellen, sondern weiter Abnehmer

32 *ibid.*, S. 123.

33 *ibid.*

34 BADE Amt S. 320.

35 THALHEIM S. 124.

36 BADE Amt, S. 317.

37 *ibid.*, S. 315.

deutscher Waren bleiben würden.³⁸ Durch solche Praktiken machte sich das RWA nicht unbedingt beliebt: „Die kostenlosen Beratungsstellen des RWA werden als wirklichkeitsfremde Abratebehörden lächerlich gemacht. ‚Kinderschreck‘, ‚Warntrompete‘, ‚Reichsverhinderungsamt‘ nennt uns der gröbere, ‚das Amt der verlorenen Worte‘ der höflichere Teil der Auswanderer“, klagte der Leiter der Münchener Zweigstelle, Thewalt, in einer Broschüre über seine Tätigkeit.³⁹

3. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik

3.1. Militärische, wirtschaftliche und politische Annäherung

Das Phänomen der Auswanderungsbestrebungen nach Rußland in all seinen widersprüchlichen Erscheinungen muß vor dem Hintergrund der außenpolitischen Entwicklung gesehen werden. Nach dem Ersten Weltkrieg vollzog sich eine seltsame, zwiespältige Annäherung zwischen Deutschland und dem bolschewistischen Rußland. Um diese „Unheilige Allianz“⁴⁰ zu verstehen, muß man sich Deutschlands außenpolitische Ziele vor Augen halten, die trotz des Pendelns zwischen Ost- und Westorientierung, trotz häufigen Regierungswechsels doch erstaunlich konstant blieben. Diese Ziele bestanden im Wiedererlangen der früheren politischen Stärke, der Revision des Versailler Vertrages und der Rückgewinnung der verlorenen Gebiete.⁴¹ Daß Deutschland dies nicht allein aus eigener Kraft erreichen konnte, war klar. So mußte es sich Bündnispartner suchen, und aus verschiedenen Gründen kam nur die Sowjetunion in Frage. Beide waren Kriegsverlierer, beide waren aus dem neuen internationalen Bündnissystem ausgeschlossen, diplomatisch und zeitweise auch wirtschaftlich isoliert.⁴² Ein Zusammengehen Deutschlands mit Österreich war durch das in den Verträgen von Versailles und Saint-Germain festgelegte „Anschlußverbot“ unmöglich gemacht.⁴³ Überdies hatten Deutschland und Rußland ein gemeinsames Interesse an der Revision der polnischen Grenzen. Im Frieden von Riga (18. März 1921) mußte Rußland weite Gebiete an Polen abtreten, die vornehmlich von Ukrainern und Weißrussen

38 *ibid.*

39 THEWALT S. 26.

40 GERALD FREUND *Unholy Alliance. Russian-German Relations from the Treaty of Brest-Litovsk to the Treaty of Berlin.* London 1957.

41 EBERHARD KOLB *Die Weimarer Republik.* München 1993, S. 34.

42 HELMUT HEIBER *Die Republik von Weimar.* München 1981, S. 54.

bewohnt waren. Diese Verluste hinzunehmen, war die Sowjetunion ebensowenig bereit, wie das Deutsche Reich sich mit der neu gezogenen Ostgrenze abfinden konnte.⁴⁴

Rapallo war nicht der Anfang dieser speziellen russisch-deutschen Beziehung. Hier manifestierte sich nur eine Annäherung, die schon viel früher begonnen hatte. Diese Annäherung fand auf deutscher Seite größtenteils außerhalb der parlamentarischen Kontrolle statt. Sie verdankt ihr Entstehen der Initiative von Reichswehrführung, Schwerindustrie und Auswärtigem Amt und lief mitunter geradezu konträr zu den Vorstellungen der offiziellen Regierung. Denn diese fürchtete die Verbreitung kommunistischen Gedankengutes und eine Einflußnahme der Bolschewiki. Daher war die Reichsregierung eher bemüht, Berichte über ein wirtschaftlich zerrüttetes Rußland zu verbreiten sowie auf das Fehlen politischer Rechte und auf das offensichtliche Auseinanderklaffen zwischen Programm und Praxis der Bolschewiki hinzuweisen.⁴⁵ Warnungen, die häufig auf taube Ohren stießen - zu viele Hoffnungen ruhten auf Rußland.

Die Absprachen auf militärischer Ebene begannen ziemlich früh -1920,⁴⁶ vermutlich sogar schon Anfang 1919.⁴⁷ Den Militärs fiel eine Umstellung auf Rußland wesentlich leichter als den Politikern, sie waren ein „Staat im Staate“ und verfahren nach ihrem eigenen Gutdünken.⁴⁸ Ihr wichtigstes Ziel war, unter Umgehung der Bestimmungen von Versailles die Schlagkraft der Armee wiederherzustellen. Dank der Beziehungen zu den Bolschewiki konnte man Deutschland in den unkontrollierbaren Tiefen des russischen Riesenreiches wieder aufrüsten. Die Russen stellten ihr Land den Deutschen zur Verfügung - als Truppenübungsplätze oder für Waffenfabriken - und erhielten als Gegenleistung Hilfe für den Wiederaufbau ihrer Rüstungsindustrie und für die Ausbildung sowjetischer Offiziere.⁴⁹ Für das große Ziel setzte man sich über weltanschauliche Differenzen nonchalant hinweg. In seiner Denkschrift über „Deutschland und Rußland“ vom 4. Februar 1920 schreibt der Chef des Truppenamtes, General von Seeckt, ungerührt:

43 ERNST WALTER ZEEDEN (Hrsg.): Großer Historischer Weltatlas. 3. Teil: Neuzeit. Erläuterungen. München 1984, S. 428.

44 LIONEL KOCHAN Rußland und die Weimarer Republik. Düsseldorf 1955, S. 36.

45 PETER BOROWSKY Sowjetrußland in der Sicht des deutschen Auswärtigen Amtes und der Reichswehrführung 1918-1923. In: G. Niedhart (Hrsg.): Der Westen und die Sowjetunion. Paderborn 1983, S. 27-51. Hier: S. 36.

46 Sehr ausführliche Beschreibung dieses Annäherungsprozesses in MANFRED ZEIDLER Reichswehr und Rote Armee 1920-1933: Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit. München 1994, S. 47 ff.

47 MARIE-LUISE GOLDBACH Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918-1923. Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 44ff.

48 SEBASTIAN HAFFNER Der Teufelspakt. Zürich 1989, S. 98.

49 CARR S. 81.

„Nur im festen Anschluß an ein Groß-Rußland hat Deutschland die Aussicht auf Wiedergewinnung seiner Weltmachtstellung. [...] Ob uns das neue Rußland in seinem inneren Aufbau gefällt oder nicht, das spielt jetzt keine Rolle. Unsere Politik hätte die gleiche sein müssen gegenüber einem zaristischen Rußland wie gegenüber einem Staat unter Kolttschak oder Denikin. Jetzt heißt es, sich mit Sowjetrußland abfinden - uns bleibt keine Wahl.“⁵⁰

Die geknüpften Kontakte mußten vor der Öffentlichkeit streng geheim gehalten werden, ging es doch um Aufrüstungsmaßnahmen und damit um einen flagranten Verstoß gegen den Versailler Vertrag. Und auch vor der Reichsregierung wurden die Verhandlungen ziemlich lange verborgen, was bezeichnend für das eigenmächtige Verhalten der Reichswehr war. Erst relativ spät - Ende 1921 - wurde ein kleiner Kreis von Politikern eingeweiht, weil sie zwecks politischer oder finanzieller Unterstützung vielleicht doch einmal ganz nützlich sein konnten.⁵¹

Das Waffenglück der Roten Armee im Bürgerkrieg und zu Beginn des sowjetisch-polnischen Kriegs nötigte nicht nur den deutschen Militärs Bewunderung ab - es verstärkte allgemein den Eindruck, das bolschewistische System sei doch stabiler als angenommen. Latente Zweifel an seiner Lebensfähigkeit wurden spätestens im März 1921 durch eine Reihe von Ereignissen ausgeräumt: die Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes am 16. März, die Unterzeichnung des britisch-sowjetischen Handelsabkommens, den Frieden von Riga und die Kapitulation Georgiens. Vor allem aber war es die Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“ (weiter: NEP) im Frühjahr 1921, die als „Rußlands Rückkehr zur Welt“,⁵² als ein Schritt zur Normalisierung gewertet wurde. Man sah die NEP als einen Wandel nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Art, und man witterte die Chancen auf einen blühenden Handel. In einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes wurde die Bedeutung Rußlands für die Weltwirtschaft betont: Es sei ein wichtiger, ja sogar notwendiger Rohstofflieferant und Absatzmarkt für Industrieprodukte. Der Bolschewismus könne nicht durch militärische Intervention gestürzt werden, vielmehr solle ihm durch Handelsbeziehungen der Boden entzogen werden. Deutschland käme aufgrund langer Erfahrung und Tradition im Umgang mit dem Russischen Reich eine besondere Bedeutung zu.⁵³ Rußland wurde bei all diesen Erörterungen weniger als Partner, denn als Objekt gesehen: als Spielwiese unternehmerischer Aktivitäten, als Heilmittel für Deutschlands Wirtschaft, nachdem der deutsche Zugang zu westeuropäischen und überseeischen Märkten stark eingeschränkt war.⁵⁴ Am 6. Mai 1921 wurde das deutsch-

50 BOROWSKY S. 34, Anm. 37.

51 CARR S. 80.

52 BOROWSKY S. 39.

53 *ibid.*, S. 39f.

54 *ibid.*, S. 41.

sowjetische Handelsabkommen unterzeichnet. Es war nicht nur ein Markstein der Wirtschaftsbeziehungen: Die bedeutungsvollste Klausel des Vertrages verpflichtete Deutschland, die Sowjetregierung als die einzige Regierung Rußlands anzuerkennen. Der antibolschewistische Kampf mußte jetzt also vorbei sein.⁵⁵

Im Winter 1921/22 kamen rege Verhandlungen zwischen deutschen Industriellen und den Sowjetbehörden in Gang, die den Ausbau des Handels und Konzessionen für deutsche Firmen betrafen. Tatsächlich wurden nur wenige Konzessionen gewährt oder durchgeführt, doch stieg der Anteil deutscher Produkte am sowjetischen Gesamtimport auf fast 33% im Jahre 1922. Deutschland war damit Rußlands Hauptlieferant. „Während der zwanziger Jahre“, so resümiert Edward H. Carr, „waren es russische Aufträge, die der deutschen Industrie halfen, am Leben zu bleiben.“⁵⁶

Schließlich nahm man auch auf politischer Ebene Verhandlungen auf. Die bolschewistischen Führer hatten zunächst darauf gewartet, daß die Revolution in Deutschland ihren Anfang nehmen oder doch zumindest die russische fortsetzen würde. Als das große Ereignis nicht eintrat, fanden sie, daß man sich mit einem kapitalistischen Deutschland auch recht gut arrangieren konnte. Denn arrangieren mußte sich Sowjetrußland, um zu überleben: Nach den Wirren des Bürgerkriegs und des „Kriegskommunismus“ brauchte man Ruhe, geregelte Wirtschaftsbeziehungen, Stabilität. Vor allem brauchte man einen Partner. Deutschland bot sich an als der andere Paria der internationalen Politik - zwar war es ein Teil der kapitalistischen Welt, stand aber in unüberbrückbarem Gegensatz zu den übrigen Westmächten. Diesen Gegensatz galt es auszunutzen, um Rußland vor totaler Isolierung zu bewahren.⁵⁷ Hätte Deutschland sich den Westmächten angeschlossen, wäre Rußland „ein isolierter, bewegungsunfähiger Fremdkörper“⁵⁸ im internationalen Gefüge geworden, dem Kapitalismus hilflos gegenüberstehend. Mit dem Vertrag von Rapallo aber hatten die Bolschewiki eine Bresche in die westliche Einheitsfront geschlagen, indem sie eine kapitalistische Macht auf die eigene Seite zogen. Der Vertrag, abgeschlossen am 16. April 1922, sah die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und eine Intensivierung der Handelsbeziehungen vor. Beide Seiten verzichteten auf Kriegsentschädigungen.⁵⁹

55 Allemagne, Russie. Accord provisoire concernant le competence des Délégations respectives, signé à Berlin, le 6 mai 1921. Traités, série 3, tome XI, S. 929ff

56 CARR S. 75.

57 WOLFGANG EICHWEDE Der Eintritt Sowjetrußlands in die internationale Politik 1921-1927. In: D. GEYER (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik 1917-1955. Köln 1972, S. 150-212. Hier: S. 164.

58 HAFFNER S. 112

59 Allemagne, Russie. Traité concernant le rétablissement des relations d'amitié et de commerce; signé à Rapallo, le 16 avril 1922. Traités, série 3, tome XII, Leipzig 1923, S. 70f.

Dem Deutschen Reich, schwankend zwischen West- und Ostorientierung, leistete der Vertrag gute Dienste: Er stellte eine Balance her. Die Regierung konnte janusköpfig Ost und West gegeneinander ausspielen, fürchteten die Alliierten doch nichts so sehr wie ein zu enges Zusammengehen der beiden Außenseiter.⁶⁰ So sah Lloyd George 1919 als die größte Gefahr, „daß Deutschland mit den Bolschewiken gemeinsame Sache macht und sein Wirtschaftspotential, seine Intelligenz, sein gewaltiges Organisationstalent den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellt, deren Traum es ist, die Welt mit Waffengewalt für den Bolschewismus zu erobern.“⁶¹

3.2. Parteipolitische Einstellungen zur Sowjetunion

Daß die offiziellen politischen Beziehungen später als die militärischen und die wirtschaftlichen angeknüpft wurden, hatte verschiedene Gründe. Eine Erklärung liegt in der Tatsache, daß Entscheidungen, die in der offiziellen Politik gefällt wurden, vor den Augen der Weltöffentlichkeit legitimiert sein wollten. Im Verborgenen zu manövrieren, war da viel einfacher: Die geheimen und manchmal illegalen Aktionen, auch wenn sie von großer Tragweite waren, konnten eigenmächtig, ohne langes Zögern durchgesetzt werden. Zudem war es schwer, zu einem Konsens zu kommen, da sich an der Einstellung zu dem bolschewistischen Rußland die Geister schieden - oftmals quer durch die Parteien hindurch. Im folgenden soll skizziert werden, wie die einzelnen Parteien zu Rußland standen.

Unter den Politikern gab es „Westler“ und „Ostler“, wobei die „Westler“ vor allem in den Reihen der Sozialdemokraten und der Linksbürgerlichen zu finden waren, während die „Ostler“ unter den Rechten stärker vertreten waren. Sich politisch nach Westen zu orientieren, bedeutete zu dieser Zeit, sich mit den Bedingungen der Siegermächte zu arrangieren, einen modus vivendi mit den Siegern anzustreben, kurzum: Erfüllungspolitik zu betreiben. Das bolschewistische Rußland war „Westlern“ eher unheimlich.

Die „Ostler“ hingegen fanden es leichter, den ideologischen Graben, der sie von den Bolschewiki trennte, zu überwinden als die Kluft zwischen Siegern und Besiegten. Die traditionell einflußreichen Schichten - Reichswehroffiziere, hohe Beamte, preußische Konservative und Aristokraten - empfanden das „Schanddiktat“ als zu beleidigend, als daß sie mit ihren Bezwingern Bündnisse eingegangen wären. Wenn ihnen auch das

⁶⁰ CARR S. 16.

⁶¹ GOTTFRIED NIEDHART Internationale Beziehungen 1917-1947. Paderborn 1989, S. 39.

gesellschaftliche System Sowjetrußlands zuwider war, als Mittel zum Zweck war Rußland gut genug.

Das heißt wiederum nicht, daß alle Konservativen russophil waren. Das Zentrum beispielsweise war es überhaupt nicht. Es war Verfassungspartei, war antisozialistisch eingestellt und der katholischen Kirche stark verbunden - all dies stellte das Zentrum in unversöhnlichen Gegensatz zu allem, was für den Bolschewismus stand. Die antikapitalistische Grundhaltung und die Herkunft der Wähler bewahrte das Zentrum davor, für eventuelle Vorteilswitterungen anfällig zu sein. Trotzdem waren die Beziehungen Deutschlands zu Rußland nie besser als unter einem Zentrumskanzler, Joseph Wirth.⁶²

Die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei standen für Erfüllungspolitik, waren also im großen und ganzen „Westler“. Das hielt weder Rathenau noch Stresemann davon ab, bei Bedarf die russische Karte auszuspielen.

Den Bolschewiki am konsequentesten feindlich gesinnt waren aber die Sozialdemokraten, und die Bolschewiki erwiderten diese Abneigung aus vollem Herzen. Bei russischen und deutschen Kommunisten gleichermaßen war die SPD verhaßt als gefährlichste Konkurrenzpartei im Kampf um die Loyalität der Arbeitermassen. Ihr war die fehlgeschlagene Revolution 1918/19 zu verdanken, das weitere Aufrechterhalten des bourgeoisen Systems. Sie galten als schlimmere Verräter als die Bürgerlichen oder die Aristokraten. In den Reihen der SPD gab es niemanden, der sich Vorteile von einem deutsch-sowjetischen Bündnis hätte versprechen können, keine Generäle, keine Industriemagnaten. Die geheime Zusammenarbeit gefiel ihnen nicht, sie wurde vielmehr als schädigend empfunden.⁶³ Schon vor 1917 hatten die Sozialdemokraten das Treiben der Bolschewiki mit Mißtrauen verfolgt, und das Schicksal russischer Bruderparteien, vor allem der Menschewiki, gab diesem Mißtrauen ständig neue Nahrung.⁶⁴ Das neue System schien ihnen mindestens genauso freiheits- und demokratiefeindlich wie das zaristische. Kommunismus insbesondere russischer Prägung war ein Übel, das es zu bekämpfen galt. Im eigenen Land bekam man seine destruktiven Auswirkungen in den immer wieder aufflackernden Erhebungen der Weimarer Anfangsjahre zu spüren. Die Abneigung gegenüber den deutschen Kommunisten übertrug man auf die Macht, die dahinter stand - das bolschewistische Rußland.⁶⁵

Die USPD war eine ideologisch heterogene Partei. Sie bestand aus einem starken linken Flügel, der sich immer mehr den Kommunisten annäherte, und einem

62 WALTER LAQUEUR *Russia and Germany*. London 1965, S. 134.

63 BOROWSKY S. 44.

64 GEOFFREY HOSKING *A History of the Soviet Union*. London 1992, S. 83.

65 LAQUEUR S. 136f.

schwächeren rechten Flügel, der sich in seinen Anschauungen wenig von der SPD unterschied. Schon seit 1919 schwelte unter den Unabhängigen ein Konflikt über den Anschluß an die Kommunistische Internationale, der im Herbst 1920 zum Ausbruch kam. Von Seiten Moskaus wurde der innerparteiliche Schwelbrand heftig geschürt: Man wollte eine Polarisierung provozieren, den rechten Flügel abspalten und den linken Flügel auf die eigene Seite ziehen.⁶⁶ Zwischen Reformismus und Radikalismus sollte es keinen dritten Weg mehr geben, keine Kompromißpartei mehr zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie.⁶⁷ Um über den Beitritt zu entscheiden, reisten je zwei Vertreter der beiden Parteiflügel zu dem 2. Weltkongreß der Komintern im August 1920 nach Moskau. Dies waren Ernst Däumig und Walter Stöcker für die Linke, Arthur Crispian und Wilhelm Dittmann für die Rechte.⁶⁸ Das Exekutivkomitee der III. Internationale hatte 21 stramme Eintrittsbedingungen formuliert: Straffe Unterordnung aller Mitgliedsparteien unter den Moskauer Zentralismus, regelmäßige Säuberungen und die Bestätigung der Parteiprogramme durch die Komintern wurden gefordert.⁶⁹ Die beiden linken USPD-Delegierten Däumig und Stöcker stimmten den Bedingungen zu. Sie vertraten die Mehrzahl ihrer Parteimitglieder, die willig waren, sich zu fügen. Sie wünschten den organisatorischen Schulterschuß mit den Bolschewiki, denn nur so konnte die deutsche Revolution kommunistisch vollendet werden. Dittmann und Crispian bekämpften die Unterwerfung unter die Moskauer Bedingungen. Damit war der Bruch der Unabhängigen unabwendbar, vollzogen wurde er auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920.⁷⁰ Die Linke schloß sich der KPD an, die durch den plötzlichen Zuwachs - sie gewann zu ihren 70 000 Mitgliedern 370 000 hinzu - den Status einer Massenpartei erreichte.⁷¹ Die Rechten - etwa 300 000 Mitglieder - kehrten auf Betreiben Dittmanns im September 1922 in die SPD zurück, von der sich die Unabhängigen fast sechs Jahre zuvor abgespalten hatten.⁷²

In der KPD organisierte sich die äußerste Linke. Ihr Ziel war, ein kommunistisches System nach russischem Vorbild zu schaffen. Zu diesem Zweck verzichtete die Partei

66 GOLDBACH S. 66.

67 ARTHUR JOHN RYDER The German Revolution of 1918. A Study of German Socialism in War and Revolt. Cambridge 1967, S. 255.

68 Wir werden diesen Vieren weiter unten noch einmal begegnen. Daher belasse ich es an dieser Stelle bei einer bloßen Erwähnung; die Kurzbiographien finden sich in den Fußnoten Nr. 237 - 240.

69 GOLDBACH S. 66.

70 WERNER T. ANGRESS Stillborn Revolution. Princeton 1921-23, S. 69f. Ausführlich bei Ryder, S. 252ff.

71 KLAUS SCHÖNHOFEN Reformismus und Radikalismus. München 1989, S. 92f.

Andere Quellen sprechen von weniger, so Karl Radek: „Nach meiner Meinung haben wir nie mehr als 350 000 Mitglieder gehabt.“ KARL RADEK Der Weg der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921, S. 35

72 RYDER S. 256.

auf unabhängige Politik, sie unterwarf sich im Verlaufe der Weimarer Republik immer mehr dem Diktat aus Moskau. Der erste Schritt dazu war der Anschluß an die Komintern, die Einverständniserklärung mit den 21 Bedingungen.

Nachdem die KPD mit dem Übertritt des linken USPD-Flügels die nötige Massenbasis zu besitzen glaubte, begannen ihre revolutionären Offensiven gegen die Republik. Während der „Kampfzeit“, die von 1921 bis 1923 währte, attackierte die KPD in einem Zickzackkurs andere Linksparteien, bot ihnen aber auch mitunter Zusammenarbeit an und veranstaltete mehrere Aufstandsversuche. Die Drahtzieher dieses widersprüchlichen Programms waren oft in Moskau zu finden. Der innerparteiliche Meinungsbildungsprozeß wurde stark von der Kominternführung beeinflusst.⁷³

3.3. Erwartungen an Rußland als Auswanderungsziel

Parteilpolitische Auffassungen spiegelten sich ganz offensichtlich in der Projektion von Hoffnungen auf Rußland, Sibirien und die Ukraine. Dies geschah fast ausschließlich von Seiten der ganz Rechten und der ganz Linken, während die Mitte äußerst skeptisch war.

In rechts-konservativen Kreisen erblickte man in den unendlichen eurasischen Weiten durchaus die Möglichkeiten deutscher Siedlung. Hier spielte der Gedanke eines „Bevölkerungsüberschusses“ eine große Rolle: Deutschlands neue Grenzen waren zu eng geworden. Durch Versailles war das deutsche Staatsgebiet um 13 Prozent reduziert worden. Unter den verlorenen Gebieten befanden sich einträgliche Agrarüberschußregionen und Industriereviere. Zudem war man aller Kolonien verlustig gegangen. Es gab plötzlichen Zuwachs: Rückwanderer aus den verlorenen Ostgebieten, Rußlanddeutsche, die die Diskriminierungen nicht mehr ertrugen, Kriegsheimkehrer, die versorgt sein wollten. Und es gab vor allem eine entsetzliche Arbeitslosigkeit. Das „Zuviel“ an Menschen war eigentlich ein „Zuwenig“ an Arbeit. Der Verlust der Kolonien hatte eher psychologische Wirkung - sie waren bevölkerungstechnisch nie von allzu großer Bedeutung gewesen.⁷⁴ Doch die Vorstellung von einem aus den Nähten platzenden Deutschland kam den Revisionsbestrebungen der Rechten entgegen: Man

73 SCHÖNHOFEN S. 93.

74 WOLFGANG KÖLLMANN „Bevölkerungsgeschichte 1800-1970“. Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Hrsg.: W. ZORN / H. AUBIN, Bd. 2. Stuttgart 1976, S. 9-50. Hier: S. 31.

wollte durch Siedlung wieder deutsches Territorium schaffen bzw. erhalten.⁷⁵ „Erhaltung des Auslandsdeutschtums“ lautete das Schlagwort, das Siedlungsorganisatoren aus konservativen Kreisen benutzten. Im Interesse der Erhaltung der Auswandernden als Deutsche sollten sich diese in der Nähe von deutschen Kolonien niederlassen - zur gegenseitigen Verstärkung. Eine andere Utopie war, rein deutsche Gebiete neu zu schaffen. Auch diese Intention ließ Konservative den Blick nach Osten wenden: In den menschenarmen und kriegsentsvölkerten Landstrichen meinte man dergleichen noch verwirklichen zu können. In den USA hingegen drohte Assimilation.⁷⁶ Eurasien war das neue Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Anfangs spielte man den Einfluß des bolschewistischen Systems herunter. Man gab ihm nur eine geringe Lebenserwartung und spekulierte auf die baldige Rückkehr der alten Gesellschaftsordnung. Als sich die neue jedoch als überraschend stabil erwies, machten die utopischen Vorstellungen den etwas pragmatischeren Platz. Mit Konzessionen sollten konkrete wirtschaftliche Tatsachen geschaffen werden, auf deren Boden sich Vorstellungen von der Erweiterung deutschen Siedlungsraumes viel besser verwirklichen ließen. In einem Schreiben des Reichsinnenministers an das RWA vom Juni 1921 heißt es: „Auch mir erscheint es in Anbetracht der voraussichtlichen künftigen Bedeutung Rußlands als deutsches Auswanderungsziel wünschenswert und sinnvoll, den Gedanken des Erwerbs landwirtschaftlicher Konzessionen zur Ansiedlung deutscher Kolonisten im Süden und Osten Rußlands [...] weiter zu verfolgen und zu diesem Zweck die Verhandlungen mit dem bolschewistischen Bevollmächtigten Krassin fortzusetzen.“⁷⁷

Bei allen diesen Siedlungsplänen dachte man nicht nur an das russische Kernland: Besonders für Konservative kamen auch Sibirien und die Ost-Ukraine in Frage.

Sibirien und der russische Ferne Osten wurden erst vergleichsweise spät in das bolschewistische Rußland integriert. Hier war nach dem Zusammenbruch des

75 NORBERT KREKELER Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen. Stuttgart 1973, S. 29.

76 „Daneben kam die Forderung auf positive Auswanderungspolitik vor allen Dingen aus denjenigen Kreisen, die sich die Erhaltung des Auslandsdeutschtums zum Ziele gesetzt hatten, so z. B. vom Verein für das Deutschtum im Auslande, der Deutschen Kolonialgesellschaft usw. Sie ging meist nach der Richtung, daß im Interesse der Deutscherhaltung der Auswandernden die Auswanderung nach Möglichkeit von den Vereinigten Staaten ab- und je nach der persönlichen Einstellung des betreffenden Kritikers- entweder nach Südamerika oder nach Ost- bzw. Südosteuropa gelenkt werden solle.“ THALHEIM S. 126.

77 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (früher: Zentrales Staatsarchiv der DDR), Reichsministerium des Inneren (weiter: RMdI) an RWA, 22. 6. 1921; RMdI 1827, Bl. 193; s. a. RWA an Auswärtiges Amt, 9. 6. 1921: „Was den Erwerb von landwirtschaftlichen Konzessionen zur Ansiedlung deutscher Kolonisten im Süden und Osten Rußlands anbelangt, so wäre ein solcher in guter Gegend sehr wertvoll und es wäre besonders erwünscht, daß solche Ansiedlungen den alten deutschen Kolonien angegliedert würden.“ RMdI 1827, Bl. 192

Zarenreiches ein Machtvakuum entstanden, in dem sich verschiedene Gruppen um die Vorherrschaft schlugen. Die geographische Lage und der Widerstand der Bevölkerung, die militärischen Aktionen Admirals Kolčaks, der tschechoslovakischen Legion und der Alliierten verzögerten das Vordringen der Bolschewiki.⁷⁸ Erst im September 1922 wurde dieses Gebiet von der Roten Armee erobert. Bis dahin konnte man in Deutschland davon träumen, die unermeßlichen Bodenschätze zu heben, bevor andere ihre gierigen Hände danach ausstrecken würden. Andere - das war Japan, aber vor allem auch die Entente, der man zuvorkommen mußte.⁷⁹ Denn die Intervention der Alliierten im Fernen Osten erfolgte auch aus handfesten wirtschaftlichen und strategischen Interessen.⁸⁰ Weiterhin war Sibirien sehr attraktiv, da dort die Gefahr der Assimilierung gering war. Die Besiedelung war äußerst dünn, und es wohnten dort keine chauvinistischen Großrussen, sondern Naturvölker, die als der Inbegriff der „Edlen Wilden“ gelten könnten. Jedenfalls, wenn man den Gründern konservativer Siedlungsprojekte Glauben schenken darf.⁸¹

Bei dem Auswanderungsziel Ukraine spielten die Vorstellungen von der „Kornkammer Europas“ eine Rolle, von den legendären Schwarzerdegebieten, deren Fruchtbarkeit auch noch ein paar Siedler mehr würde ernähren können. Da waren zudem die Bodenschätze - Kohle, Erze, Öl - deren Deutschland dringend bedurfte.⁸² Es gab in der Ukraine bereits eine ansehnliche Zahl deutscher Siedlungen, denen man sich zur gegenseitigen Verstärkung glaubte anschließen zu können. Es mögen manche die Hoffnung gehegt haben, daß nach all den Machtwechseln, die sich nach 1918 in der Ukraine vollzogen, sich doch ein akzeptables Regime durchsetzen würde. Denn die Bolschewiki waren schon mehrmals aus Kiev vertrieben worden, und auch nach ihrem

78 JAMES FORSYTH A History of the Peoples of Siberia. Cambridge 1992, S. 235f.

79 JULIUS HENNING Siedlungsmöglichkeiten in Westsibirien. Berlin 1919, S. 17; Protokoll der 7. Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Deutsches Wanderungswesen am 3. 9. 1920. RMdI 1871, Bl. 117ff.

80 „It was easily seen that, should the resources of Russia become available to Germany, the whole balance of power in postwar Europe would be upset and sources formerly open for Allied investment and commercial enterprise would be in danger of being monopolized by Germany.“ JAMES ALBERT WHITE The Siberian Intervention. Princeton 1950, S. 212.

81 „Die sibirische Intelligenz ist nicht engherzig, hat nicht den engen Gesichtskreis der russischen Beamten und tritt gegen eine Zentralisation der russischen Verwaltung ein, wobei sie jedem selbständigen Rayon das Recht der eigenen Selbstverwaltung zugestehen will. [...] Somit würden in Gebieten mit einer großen Zahl von Fremdstämmigen die russifizierende und panslawistische Richtung erfolgreich bekämpft werden können.“ HENNING S. 7; „Politisch ist es [Sibirien] glücklicherweise von dem bolschewistischen Einfluß aus vielerlei Gründen freigeblieben, da der Großteil der Bevölkerung mongolischen-tatarischen Ursprungs ist, darunter viele Lamas, die außerhalb jeder politischen Bewegung stehen. Die russische Bevölkerung ist zumeist aus politisch verschickten, aber geistig hochstehenden Menschen zusammengesetzt.“ Protokoll der 5. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen am 23. 4. 1920, Referat des Walter von Mohrenschildt. RMdI 1871, Bl. 24ff.

82 AXEL SCHMIDT Ukraine. Land der Zukunft. Berlin 1939, S. 196f.

vierten Einmarsch im Juni 1920 dauerte es noch eine Weile, bis sie endgültig die Kontrolle über die Ukraine gewonnen hatten.⁸³ Schließlich war die Ukraine auch strategisch interessant: Als möglicher Bündnispartner gegen Polen und Rußland, „weil nur bei Bestehen der Ukraine die Gefahr endgültig gebannt wäre, wie im Weltkrieg wieder in die französisch-russische Zange genommen zu werden“.⁸⁴

Was sich die extreme Linke von einer Auswanderung nach Rußland erwartete, ist offensichtlich. Es ging darum, in die wahre Heimat der Proletarier auszuwandern, zum eigenen Vorteil, aber auch zur Unterstützung des allein seligmachenden Systems.⁸⁵ „Die Unterstützung der russischen Brüder ist für das deutsche Proletariat nicht eine Pflicht allgemeiner Menschlichkeit, sie ist ein Akt in dem Kampfe der deutschen Arbeiterklasse um ihre eigene Befreiung“, heißt es auf dem 7. Parteitag der KPD 1921.⁸⁶ Indem man den Revolutionären in Rußland half, ermöglichte man letzten Endes vielleicht sogar die Revolution im eigenen Lande.

Anders als bei den konservativen Siedlungsprojekten legte man bei den kommunistischen keinen Wert darauf, als Deutsche unter sich zu bleiben. Es gab Projekte, die von rein deutschen Anlagen sprachen, dies allerdings eher, um den Auswanderungswilligen die Angst vor der Sprachbarriere zu nehmen.⁸⁷ Ansonsten stand aber die Zusammenarbeit mit den Bolschewiki und anderen Gleichgesinnten gleich welcher Herkunft im Vordergrund.

3.4. Auswanderung in die Sowjetunion: Die sowjetische Perspektive

3.4.1. Das Interesse Sowjetrußlands an der Einwanderung

Sowjetrußland brauchte Beziehungen zum Ausland. Die Bande, die auf diplomatischer, militärischer und kommerzieller Ebene geknüpft wurden, sind bereits erwähnt worden. Das Interesse daran, ausländische Arbeitskräfte ins Land zu holen, fußte auf ähnlichen Motivationen - die Isolation zu durchbrechen, den Industrialisierungsprozeß zu beschleunigen und Wirtschaftspartner zu finden.

Was vor allem von sozialistischer Seite immer wieder betont wird, ist die Aufbauarbeit: Man benötigte Spezialisten, aber auch einfache Industriearbeiter für den

83 ANDREAS KAPPELER *Kleine Geschichte der Ukraine*. München 1994, S. 171ff.

84 SCHMIDT *Ukraine*, S. 196f.

85 SYLVIA R. MARGULIES *The Pilgrimage to Russia*. Madison 1968, S. 27.

86 Beschlüsse des 7. Parteitages der KPD, Leipzig/Berlin 1921, S. 21. Zitiert nach: WASILEWITSCH S. 194

87 „Sowjet-Rußland bietet den deutschen Existenzlosen eine neue Heimat“. RZ Jg. 1, Nr. 44, S. 1

Industrialisierungsprozeß. Rußland war in seiner Entwicklung gebremst worden - durch das zaristische System, wie die Sowjets nicht müde wurden zu betonen. Um die Rückständigkeit zu überwinden, war es auf das Fachwissen der ausländischen Arbeiter dringend angewiesen.⁸⁸ Zusammen mit den westlichen Arbeitskräften sollte westliches Kapital und westliche Technologie ins Land fließen.⁸⁹ Die einwandernden Gruppen wurden verpflichtet, ihre eigenen Arbeitsmittel mitzubringen.⁹⁰

Von sowjetischer Seite förderte man die Einwanderung zudem, weil die ausländischen Arbeitergruppen ein Vorbild für die einheimische Bevölkerung darstellen sollten.⁹¹ Das Auswärtige Amt bemerkte anlässlich der Einwanderung einer großen Gruppe tschechischer Kommunisten, die Agrarkommunen in der Ukraine errichtet hatten: „Kommunen werden als agitatorischer Faktor verwendet, um den Bauern die angeblichen Vorteile der Kollektivwirtschaft vor Augen zu führen.“⁹² Bei den Einwanderern handelte es sich ja meist um hochmotivierte, ideologisch einwandfreie und gutausgebildete Menschen, deren tatkräftiger Einsatz in Industrie und Landwirtschaft die anderen Arbeiter mitreißen sollte.⁹³ Die Sowjetregierung setzte weiterhin große Hoffnung auf den politischen Einfluß, den die Zuwanderer als überzeugte Kommunisten auf ihre Mitmenschen ausüben sollten. Diese Hoffnung wurde gerade auf dem Gebiete der Kommunen oft enttäuscht. Die Proselytenmacherei trat in geringerem Ausmaß ein als erhofft und zeitigte auch nicht allzu großen Erfolg. Nur wenige Ortsansässige traten in die Kommunen ein - stets zuwenig, um den Abgang derjenigen zu ersetzen, die in ihre Heimatländer zurückkehrten.⁹⁴

Oft wurden den Interessenten zu Propaganda- und Anwerbezwecken sorgfältig ausgewählte Arbeitsstellen gezeigt.⁹⁵ Diesen Eindruck gewinnt man, wenn man die

88 WASILEWITSCH S. 193; TARLE S. 224 und S. 234

89 JURIJ FEL'STINSKIJ K istorii našej zakrytosti. Zakonodatel'nye osnovy sovetskoj immigracionnoj i emigracionnoj politiki. London 1988, S. 35, Anm. 70; MARGULIES, S. 31; TARLE, S. 238

90 TARLE, S. 35; Reichsstelle an RMdI, 19. 12. 1925. RMdI 1828, Bl. 223; HUGO GUMPRICH Delegationsbericht über die Verhandlungen mit Sowjet-Rußland. Leipzig 1919, S. 18, Paragraphen 11 und 13; RMdI an die Landesregierungen vom 15.9.1923. Staatsarchiv Hamburg, 371-8 II Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe II- Spezialakten, SXXI A 12.29.10 Ein- und Auswanderungsangelegenheiten mit fremden Staaten - Rußland, 1923-1933, Bl. 6.

91 TARLE S. 224; HOSKING S. 126.

92 Auswärtiges Amt (weiter: AA) an Reichsstelle, 11.6.1925. RMdI 1828, Bl. 182

93 „Čto kasaetsja političeskich vzgljadov immigrantov, to členami immigrantskich kollektivov, kak pravilo, stanovilis' ubeždennie priveržency kommunističeskix idej, iskrennie druž'ja Strany Sovetov.“ TARLE S. 215. S. a. ibid., S. 38.

94 TARLE S. 217.

95 Grenznachricht, 11.7.1921. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 77, tit. 1811, Nr. 37

Berichte der Delegierten der AO liest: Die - wie sich später herausstellen sollte, völlig unberechtigten - Schwärmereien legen den Gedanken an Potemkinsche Dörfer nahe.⁹⁶

Die Ausländerwerbung diente weiterhin der Imagepflege und der Idee des „proletarischen Internationalismus“.⁹⁷ Indem es den Immigranten Siedlungs- und Arbeitsmöglichkeiten bot, konnte sich das bolschewistische Rußland als wahre Heimat der Proletarier präsentieren, als das neue Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Es konnte demonstrieren, wie erfolgreich es die neue Gesellschaftsform verwirklichte. In den solidarischen westlichen Brüdern hatte man Propagandisten. So konnte man ein Netzwerk Gleichgesinnter schaffen, die auch von Rußland aus noch in Kontakt mit der Heimat blieben und Vorteilhaftes nach Hause berichteten.⁹⁸

Die RSFSR hatte also mehrere Gründe, die Einwanderung ausländischer Arbeiter zu fördern. Trotzdem brauchte sie einige Zeit, bis sie zu einer konsequenten Immigrationspolitik fand. Dies hing, wie wir sehen werden, mit innenpolitischen Entwicklungen zusammen.

3.4.2. Die Immigrationspolitik der RSFSR in den ersten postrevolutionären Jahren

Die spontan begonnene, vor allem politisch motivierte Immigration war in den ersten drei Jahren nach der Revolution besonders hoch. Aus den verschiedensten Ländern strömten die Menschen nach Rußland, um sich hier niederzulassen. Besonders viele kamen aus Amerika und Kanada.⁹⁹ Unter den Einwanderern der ersten Stunde waren Schweden,¹⁰⁰ Norweger und Deutsche.¹⁰¹ Wir wissen weiterhin von tschechoslowakischen,¹⁰² österreichischen¹⁰³ und schweizerischen¹⁰⁴ Kommunen. Aus so gut wie jedem

96 „Sowjet-Rußland und die deutschen Auswanderer“. RZ Jg. 2, Nr. 18, S. 1 (vgl. unten S. 46, Anm. 222); s. a. RZ Jg. 1, Nr. 44, S. 1ff.

97 TARLE, S. 12; FEL'STINSKI, S. 14 und S. 30

98 MARGULIES, S. 31; TARLE, S. 352

99 Interessanterweise handelte es sich bei der Immigration der Amerikaner meist um eine Rückkehr: um eine Re-Emigration von Russen, Ukrainern, Balten und Juden, die Ende des 19. Jahrhunderts in die USA ausgewandert waren. Viele von ihnen standen in ihrer Weltanschauung den Kommunisten nahe und sahen nach der Revolution die Zeit gekommen, in ihre alte Heimat zurückzukehren. TARLE S. 56ff.

100 RZ Jg. 2, Nr. 26, S. 1.

101 TARLE S. 98

102 TARLE S. 212; AA an Reichsstelle vom 11. 6. 1925. RMdI 1828, Bl. 182

103 Die österreichische Kommune „Uhlfeld“ wurde im März 1926 von rund zweihundert Österreichern in Sibirien gegründet und aufgrund „großer Schwierigkeiten“ bereits ein Jahr später aufgelöst. Interessant ist, daß die Auswanderung von der Bundesregierung und der Gemeinde Wien unterstützt wurde. „Auflösung einer österreichischen Siedlung in Sibirien“. *Nachrichtenblatt* (weiter: Nbl) Jg. 9, Nr. 16 (15. 8. 1927), S. 183; TARLE S. 218.

104 TARLE S. 218; AA an RWA, 12. 10. 1923. RMdI 1828, Bl. 33

europäischen Land kamen Einwanderer, wenn auch nicht immer in großen Gruppen.¹⁰⁵ Zunächst hatten die Bolschewiki den Zustrom gewähren lassen und den Einwanderern die Naturalisation sehr leicht gemacht.¹⁰⁶ Fehler in Organisation und Koordination der Einwanderung und unrealistische Vorstellungen über das Zielland von Seiten der Immigranten führten häufig, wie wir noch am Beispiel der Auswanderungsorganisation Ansiedlung Ost sehen werden, zu unerfreulichen Zwischenfällen. Doch erst 1921 begann man, den Zustrom gezielt zu steuern. Dieser Zeitpunkt ist nicht zufällig. Im März dieses Jahres wurde auf dem X. Parteitag die „Neue ökonomische Politik“ proklamiert. Die Regierung sah sich gezwungen, zu kapitalistischeren Wirtschaftsformen zurückzukehren, um ihre durch den Kriegskommunismus ruinierte Wirtschaft zu sanieren.¹⁰⁷ Im Rahmen der neuartigen Bemühungen um wirtschaftliche Effektivität machte man sich auch Gedanken, wie die Einwanderung am nutzbringendsten für Rußland gestaltet werden könnte. Für die Einwanderungspolitik bedeutete das: selektives Öffnen der Grenzen für Arbeitsimmigranten, von deren Wissen und Kapital der Staat profitieren konnte, gezieltes Werben im Ausland, wohlüberlegtes Verteilen der Einwanderer und eine genaue Überwachung durch die OGPU.¹⁰⁸

Eine Steigerung der Arbeitsimmigration nach Einführung der NEP fand jedoch niemals statt. Denn wegen der Hungersnot des Sommers 1921 und der wachsenden Arbeitslosigkeit mußte die Einwanderung stark eingeschränkt werden.¹⁰⁹ Die Einreise wurde nur noch erlaubt, wenn ein Arbeitsplatz für den Immigranten garantiert war.¹¹⁰

Im November 1922 wurde im Rat für Arbeit und Verteidigung (STO) eine ständige Kommission zur Regulierung der Arbeitsimmigranten eingerichtet.¹¹¹ Zu den Aufgaben dieser Kommission gehörte „die Herstellung und Heranziehung der für die RSFSR erwünschten landwirtschaftlichen und industriellen Gruppen“, die Vorbereitung in den Betrieben, in denen die Einwanderer eingesetzt werden sollten, und der Kampf gegen illegale Einwanderung.¹¹²

105 Tarle erwähnt Finnen, Ungarn, Rumänen, Polen, Litauer, Letten, Bulgaren, Kroaten, Serben, Dänen und Italiener (S. 211f.). Die RZ weiß weiterhin von der geplanten Übersiedlung einer Gruppe Franzosen zu berichten. RZ, Jg. 2, Nr. 22, S. 1.

106 FEL'STINSKIJ S. 16ff.

107 HOSKING S. 119.

108 FEL'STINSKIJ S. 29. OGPU- Ob'edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie Soveta Narodnych Komissarov SSSR (1922-1934, danach NKVD), Geheimpolizei.

109 HOSKING S. 120f.

110 FEL'STINSKIJ S. 32.

111 Postojannaja komissija Soveta truda i oborony po uregulirovaniju sel'skochozjajstvennoj i promyšlennoj immigracii. TARLE S. 168f.; s. a. FEL'STINSKIJ S. 61, Anm. 79.

112 TARLE S. 170f; FEL'STINSKIJ S. 33, Anm. 66; s. v. „Immigracija“. Enciklopedija gosudarstvo i prava, Moskau 1925-1926, Bd. II, S. 123ff.

Vorbei waren die Zeiten, in denen jedem, der aus politischer Überzeugung sein Schicksal mit dem des bolschewistischen Rußlands verbinden wollte, die Tore geöffnet wurden. Lumpenproletariat und arme Bauern wollte man nun nicht mehr haben. Zwar stellte der Rat für Arbeit und Verteidigung im Februar 1923 220 000 Desjatinen¹¹³ Neuland im Südosten und in der Wolgaregion für die Ansiedelung der Arbeitsimmigranten zur Verfügung. Gleichzeitig wurde aber zur Grundbedingung für die Einreise gemacht, daß die Immigranten Kapital mitbrachten, und zwar so viel, daß es die Versorgung und Führung des Betriebes sicherstellte.¹¹⁴

Über die Einwanderung von Industriearbeitern redete man seit 1923 überhaupt nicht mehr. Die russische Industrie war in einer verzweiferten Lage, viele Fabriken waren geschlossen worden. Die Arbeitslosigkeit stieg und erreichte ihren Gipfel im Winter 1923/24. Jeder siebte war ohne Arbeit. Daher ließ die Sowjetunion nur noch solche Einwanderer in das Land, die in der Landwirtschaft arbeiteten. Spezialisten durften in geringer Anzahl aber weiterhin immigrieren.¹¹⁵

Die bürokratische Prozedur gestaltete sich seit 1924 komplizierter: Um das Visum zu erhalten, reichte nicht mehr das Einverständnis der Einwanderungskommission, sondern auch das Narkomindel¹¹⁶ mußte sein Placet geben. Die begrenzte materielle Unterstützung, die die Einwanderer bis dato vom Sowjetstaat erfahren hatten, fiel weg. Nun wurde von ihnen verlangt, sie sollten sämtliche Ausgaben für Reise und Transport selber tragen. Von den anfänglich eingeräumten Sonderrechten verblieben nur noch Steuererleichterung und die Befreiung vom Militärdienst.¹¹⁷

Im Jahr darauf wurde es zur unumgänglichen Bedingung gemacht, daß sich die Immigranten bereits existierenden landwirtschaftlichen Kommunen, Genossenschaften oder Kooperativen anschlossen. Eine individuelle Ansiedlung auf Neuland war nicht mehr möglich. Die Zuzügler wurden auf einzelne Betriebe konzentriert, was ihren Kontakt zu den russischen und ukrainischen Bauern erschwerte, der OGPU jedoch die Arbeit erleichterte: Die Fremden wurden ständig überwacht.¹¹⁸

Wie sehr die Immigrationspolitik mit der NEP verknüpft war, zeigt sich noch einmal deutlich an ihrem gemeinsamen Ende.

113 Eine Desjatine entspricht 1,0925 Hektar.

114 FEL'STINSKIJ S. 34, Anm. 64; TARLE S. 178: „Nepremennym uslovijem pereselenija kollektivov immigrantov vydvigalsja «vvoz imi s soboj kapitala (osnovnogo i oborotnogo) v razmerax, obespečivajuščich organizaciju i vedenie xozjajstvo»“. S. a. Reichsstelle Rundschreiben Nr. 567, 14. 4. 1924. RMdI 18347, Bl. 40.

115 FEL'STINSKIJ S. 39.

116 Narkomindel - Narodnyj komissariat inostrannyx del (Außenministerium).

117 FEL'STINSKIJ S. 35.

118 ibid., S. 36.

Seit Mitte der zwanziger Jahre war das Programm der NEP Anlaß heftigster Streitereien in der Parteiführung. Ein Kritikpunkt war, daß die NEP die Wiederherstellung kapitalistischer Strukturen förderte, was sich unter anderem in einem Erstarren des Großbauerntums auf dem Dorf zeigte.¹¹⁹ Aus Furcht vor dem Anwachsen des „Kapitalismus auf dem Land“ beschloß die Sowjetregierung im September 1926, nun auch den Zuzug landwirtschaftlicher Immigranten zu drosseln. Die Tendenz zur „Kulakisierung“ hatten die Sowjets vorher selber verstärkt, indem sie mittellosen Kleinbauern die Einreise verwehrten, die Einwanderung amerikanischer Bauern mit der entsprechenden Ausstattung hingegen förderten.

In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts hörte die amerikanische Einwanderung fast ganz auf. Stattdessen bemühte sich die Sowjetregierung, ehemalige russische bzw. sowjetische Staatsangehörige, die vor Krieg, Bürgerkrieg und Revolution ins Ausland geflohen waren, zurückzugewinnen. Ende 1926 wurden die erwähnten Verordnungen der Jahre 1923-1925 zurückgenommen, und im Januar 1927 wurde die Einwanderungskommission aufgelöst. Fragen der Arbeitsimmigration wurden nun von mehreren sowjetischen Behörden gemeinsam entschieden, was die Beschlußfindung nicht unbedingt erleichterte.¹²⁰

Im selben Jahr noch wurde die landwirtschaftliche Einwanderung faktisch ganz verboten. Dies war die Zeit, in der sich die Sowjetregierung endgültig von der NEP abzuwenden begann und die Kollektivierung der Landwirtschaft vorbereitete. Die Kollektivwirtschaften der NEP waren nie zu Musterbetrieben geworden, sondern wurden ob ihrer Erfolglosigkeit von den Bauern oft belächelt. Die als Vorbild benötigten, hochmotivierten Einwanderer wurden jetzt überflüssig: Für die Kollektivierung war keine Überzeugungsarbeit mehr nötig, sondern nur Gewalt. Die neuen Organisationsformen bedurften auch weniger Arbeitskräfte.¹²¹

Mit der Kollektivierung wurde die Phase des Stalinismus eingeleitet. Und die war gekennzeichnet durch Abschottung des Sowjetstaats und allgemeines Mißtrauen allem Ausländischen gegenüber. Was dies für die Immigrationspolitik bedeutete, kann man sich leicht vorstellen. Nur noch wenige politische Flüchtlinge konnten unter bestimmten Umständen in der Sowjetunion Asyl finden. Arbeitsimmigranten wurden kaum mehr aufgenommen, und schon gar nicht gruppenweise. Großzügig war die Sowjetregierung

119 HOSKING, S. 137f.

120 FEL'STINSKI S. 38. Bei den Behörden handelte es sich um: Narkomindel, VSNCh (Oberster Rat für Volkswirtschaft), OGPU, RKI (Rabočie-krest'janskaja inspekcija), Volkskommissariate (Narkomati) für Kriegsangelegenheiten, für Innen- und für Außenhandel.

121 s.v. „Kollektivierung“. H. J. TORKE (Hrsg.): Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. München 1993, S. 144f.

nur, wenn es um ehemalige Emigranten aus dem eigenen Staatsverband ging: Deren Einreiseanträge wurden stets positiv beantwortet. Ihr Schicksal ist bekannt.¹²²

4. Der Verein *Ansiedlung Ost*

4.1. Der Verein und seine Ziele

Die bedeutendste deutsche Auswanderungsorganisation, deren angestrebtes Ziel im Osten lag, war der Verein Ansiedlung Ost. Kurzlebig wie die meisten anderen Auswanderungsvereine mit Ziel Rußland, Ukraine oder Sibirien, schaffte es die AO jedoch, über eine örtliche begrenzte Erscheinung hinauszuwachsen. War, wie wir später sehen werden, das Lammsche Unternehmen auf Ostpreußen (Kap. 5) oder das Fauthsche auf Leipzigs Umgebung (Kap. 6) beschränkt, besaß die AO schon bald nach ihrer Gründung ein Netz von Ortsgruppen, das sich von der Nordsee zu den Alpen, von Ostpreußen bis ins Ruhrgebiet erstreckte. An örtlicher Ausdehnung und Mitgliederzahl war die AO, wenn auch nur für kurze Zeit, die größte Auswanderungsorganisation in Deutschland. Die genaue Mitgliederzahl ist nicht bekannt, das RWA spricht von „einigen Zehntausend“.¹²³

Dank der günstigen Quellenlage sind wir recht gut informiert über die AO. Da ist zum einen die Räte-Zeitung (weiter: RZ), das Organ der „Kopf- und Handarbeiterräte Deutschlands“, der „Erwerbslosenräte Deutschlands“ und der AO. Jedes Mitglied der AO war verpflichtet, die RZ zu abonnieren.¹²⁴ Die RZ vertrat einen Sozialismus nach russischem Vorbild. Parteimäßig stand sie der KPD und dem linken Flügel der USPD nahe und unterstützte den Anschluß an die III. Internationale. Ihr Herausgeber war Alfons Goldschmidt, promovierter Wirtschaftswissenschaftler und glühender Verehrer des Sozialismus russischer Prägung.¹²⁵

Ab Februar 1920 hatte die AO ihr eigenes Organ, die Mitteilungen der Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland (weiter: Mitteilungen), die der RZ beiliegen. Das Blatt erschien einmal wöchentlich, änderte im Juli 1920 seinen Namen in Deutsch-russische Wirtschaftskorrespondenz und stellte im

¹²² FEL'STINSKI, S. 157.

¹²³ S. SCHMIDT „Überblick über die bisherige Entwicklung der Auswanderervereine“. Nbl. Jg. 3, Nr. 20 (15. 10. 1921), S. 766.

¹²⁴ „Richtlinien der Interessengemeinschaft“. RZ Jg. 2, Nr. 6, S. 1.

¹²⁵ Goldschmidt wurde am 23. 11. 1879 in Gelsenkirchen geboren und starb am 20. 1. 1940 in Cuernavaca (Mexiko). Er unternahm mehrere Studienreisen nach Sowjetrußland und veröffentlichte darüber Erfahrungsberichte. FURLER S. 152.

Dezember 1920 das Erscheinen ein.¹²⁶ In dieser Zeitung läßt sich die innere und äußere Entwicklung der AO verfolgen.

Zum anderen beobachteten etliche Regierungsstellen das Treiben der erfolgreichen Organisation mit Mißtrauen, allen voran das RWA. Galina Tarle beschäftigt sich in ihrem Buch „Druz’ja strany sovetov“ ausführlich mit der AO. Und schließlich schlug der tatsächlich durchgeführte Auswanderertransport nach Rußland im Sommer 1920 hohe Wellen, so daß wir noch von weiteren Seiten Berichte und Kommentare zur AO erhalten.

Die AO wurde im März 1919 in Leipzig von Hugo Gumprich gegründet.¹²⁷ Im Leipziger Vereinsregister ist die AO nicht zu finden. Dies kann damit erklärt werden, daß für Genossenschaften kein Zwang zu einer Eintragung bestand. Das Ziel der AO war, die Auswanderung von größeren Gruppen deutscher Proletarier nach Sowjetrußland zu organisieren und durchzuführen. Hier sollten die Deutschen beim Wiederaufbau der sowjetischen Wirtschaft helfen. Sie sollten Neuland kolonisieren oder in den leerstehenden Fabriken arbeiten.¹²⁸ Gleichzeitig sollte in diesen Betrieben die sozialistische Gesellschaftsordnung verwirklicht werden. Man stellte sich das folgendermaßen vor: Alle Produktionsmittel sind gemeinschaftlicher Besitz, das zugeteilte Siedlungsgebiet bzw. die Industrieanlagen werden gemeinschaftlich bearbeitet. Den Siedlern wird jedoch ein kleines Stück Land zur persönlichen Nutzung überlassen; ferner dürfen sie Kleinvieh halten. Geld ist abgeschafft, zumindest innerhalb der Kommune. Eine Zentraleitung versorgt die Siedler mit den Lebensmitteln. Die Frau ist dem Manne gleichgestellt; Arbeitspflicht besteht für beide.¹²⁹ Männer müssen sechs bis acht, Frauen vier bis sechs Stunden pro Tag arbeiten, wobei den Frauen die leichtere „Büro-, Näh-, Wasch- und Hauswirtschaftsarbeit“ zugeteilt wird.¹³⁰ Die Verpflegung erfolgt durch gemeinschaftliche Zentralküchen. Analphabeten werden im Lesen und Schreiben unterwiesen. Die Kinder werden vom Staat erzogen, die Schulbildung ist unentgeltlich.¹³¹ Vornehmstes Erziehungsziel ist es, „die menschliche Natur vom

126 *Räte-Zeitung: Wirtschaftsbote für das Proletariat*. Berlin 1919 - 1920. Ab Februar 1920 mit Beilage *Mitteilungen der Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland*. Ab Juli 1920 heißt die Beilage Deutsch-russische Wirtschaftskorrespondenz. Ich werde mich bei der Jahrgangszählung an die Angabe der RZ halten, da die Beilagen nicht selbständig erschienen. Die RZ ist übrigens nur in den seltensten Fällen mit Datum versehen.

127 „Unverfrorenheit“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 8, S. 1.

128 Protokoll der 5. Sitzung der AG für deutsches Wanderungswesen am 23. 4. 1920. RMdI 1871, bl. 24.

129 „Richtlinien der IG“. RZ Jg. 2, Nr. 6, S. 1.

130 „Bericht über die Verhandlungen mit der Sowjet-Regierung über Einwanderung von Industriearbeitern“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 20, S. 1.

131 *ibid.*

Egoismus zu befreien.”¹³² Es herrscht das Solidaritätsprinzip. Wenn jemand krank wird, erhalten er und seine Familie die gleichen Nahrungsmittel zugewiesen wie der arbeitende Siedler oder Handwerker. Dem Einzelnen ist es überlassen, sich einer Religionsgemeinschaft anzuschließen, aber Kirchen werden von der Siedlung nicht finanziell unterstützt.¹³³

Die Ortsgruppen trafen sich regelmäßig ein- bis zweimal im Monat. Man informierte sich über das große Ziel - den Stand der Verhandlungen, das Siedlungsland oder die Fabriken. Zur praktischen Vorbereitung auf die Übersiedlung wurden russische Sprachkurse abgehalten.¹³⁴ Des öfteren fielen Ermahnungen, die Räte-Zeitung zu abonnieren¹³⁵ oder die ständig steigenden Mitgliedsbeiträge zu zahlen. Die AO erhob ein Eintrittsgeld von zunächst fünfzehn, ab 26. Januar 1920 25 Mark.¹³⁶ Der Monatsbeitrag betrug anfangs eine, später zwei Mark.¹³⁷ Obendrein wurden aus verschiedenen Anlässen Extrabeiträge verlangt. Gumprichs Reise nach Rußland beispielsweise hatte den Verein 6741 Mark gekostet, was mit fünfzehn Mark „Delegationsbeitrag“ auf jedes Mitglied umgelegt wurde.¹³⁸

Anfangs stand vor allem die Auswanderung im Vordergrund, die Aussicht darauf, den unerträglichen wirtschaftlichen Zuständen zu Hause zu entfliehen. Deutschland litt unter hoher Arbeitslosigkeit, und man sah in Rußland ein durch Krieg und Bürgerkrieg entstandenes Vakuum, in das der deutsche Arbeiterüberschuß einfach abfließen konnte. Viele Russen waren in den Kriegswirren umgekommen. Die zerstörten Anlagen mußten wieder aufgebaut werden, was zusätzlich Arbeitskraft benötigte:

„Rußland ist das Land für den deutschen Bauern, dem es im Lande zu eng ist. [...] Techniker und Ingenieure werden in Rußland verlangt, Maschinenschlosser, Stellmacher und Handwerker aller Art, warum weist man den Strom deutscher Auswanderer, der aus dem Lande heraus will, nicht dorthin, wo sichere Arbeitsmöglichkeit ist, und wo der deutsche Arbeiter mit offenen Armen aufgenommen wird?“¹³⁹

Es ging aber nicht nur darum, wohin man auswandern *konnte*, sondern auch, wohin man als klassenbewußter Arbeiter auswandern *durfte*. Dabei kam eigentlich nur ein Land in Frage - das sowjetische Rußland. „Es ist grundsätzlich zu vermeiden, die Auswanderung

132 Protokoll einer öffentlichen Versammlung, einberufen von der AO Stuttgart, 10. 3. 1920. RMdI 1826, Bl. 61.

133 *ibid.*

134 z. B.: „Vereinigung Ost, Leipzig, Ortsgruppe Dresden“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 6, S. 1; „Vereinigung Ansiedlung Ost, Berlin-Brandenburg, Bezirk Adlershof“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 5, S. 3. S. a. die wiederholten Inserate im Anzeigenteil betr. Russischunterricht, z. B. in *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 12, S. 3; Jg. 2, Nr. 15, S. 2.

135 z. B. „Vereinigung Ansiedlung Ost, Sitz Leipzig“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 15, S. 2.

136 „Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Leipzig“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 7, S. 2.

137 „Ortsgruppe Beuthen“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 16, S. 2.

138 „Der Delegationsbeitrag von 15 Mark“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 16, S. 2.

nach kapitalistischen Ländern zu empfehlen“, hieß es in der RZ im Herbst 1919. „Es gibt unter den gegebenen Verhältnissen nur ein Auswanderungsgebiet, und das ist Rußland. Schickt man arbeitslose Proletarier in kapitalistische Länder, dann schadet man der Revolution und der russischen Arbeiterrepublik.“¹⁴⁰ Immer wieder wußte die RZ von den Greueln zu berichten, die die emigrierten Arbeiter in der kapitalistischen Fremde erwarten.¹⁴¹ Dem klassenbewußten Arbeiter wurde die Entscheidung für das richtige Ziel dadurch sehr erleichtert, daß Rußland angeblich paradiesische Verhältnisse bot. Zumindest wurde damit noch bis Anfang 1920 in den Publikationen der AO gelockt. Wiederholt liest man von „Rußlands Bruderhand“, die man nur zu ergreifen brauche.¹⁴² Unter der Überschrift „Sowjet-Rußland bietet den deutschen Existenzlosen eine neue Heimat“ schwärmte ein Herr Erminold von den phantastischen Bedingungen in den russischen Fabriken:

„Jeder Arbeiter erhält nach sechsmonatiger Tätigkeit einen Monat Urlaub; bei Krankheit oder Unfall beziehen die Arbeiter denselben Lohn wie während ihrer Arbeit. Die Produktion und Gehaltregelung nimmt die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe selbst vor. [...] Erlaubt es die Lage eines Betriebes, so wird den Arbeitern Garten und Ackerland zur freien Verfügung gestellt. Ferner werden Kinderspielplätze mit Speisegelegenheit für die Kinder der Werksangehörigen errichtet.“¹⁴³

Im Zusammenhang mit dem „richtigen“ Auswanderungsziel fiel auch der eine oder andere Seitenhieb gegen das vielgeschmähte Reichswanderungsamt. „Dieses durch Abfallverwertung entstandene Amt, zusammengestellt vom Auswärtigen Amt und dem Ministerium des Innern“¹⁴⁴ wollte nämlich auswanderungswillige Proletarier durchaus nicht in ihre einzig wahre Heimat, nach Rußland schicken, sondern in die Dorados der Latifundienbesitzer in Argentinien, Mexiko und Chile,¹⁴⁵ in die Bergwerkshöhlen Paraguays¹⁴⁶ oder zur Sklavenarbeit (Wiederaufbau) nach Nordfrankreich.¹⁴⁷ Man unterstellte der Beratungsstelle dabei bewußtes Verschweigen dieser großartigen Möglichkeit aus politischen Gründen:

139 „Die Auswandererfalle“. RZ Jg. 1, Nr. 36, S. 1.

140 „Die Auswandererfrage“. RZ Jg. 1, Nr. 41, S. 3.

141 „Die Auswandererfalle“. RZ Jg. 1, Nr. 36, S. 1; „Die deutsche Regierung und Rußland. Das Reichswanderungsamt“. RZ Jg. 1, Nr. 40, S. 3; „Das Sklavenlos der Auswanderer nach Süd-Amerika“. RZ Jg. 2, Nr. 3, S. 3.

142 ERMINOLD „Sowjet-Rußland bietet den deutschen Existenzlosen eine neue Heimat.“ RZ Jg. 2, Nr. 44, S. 2; „Mitteilungen der Vereinigung ‚Ansiedlung Ost‘, Sitz Leipzig, Ortsgruppe Saalfeld“. RZ Jg. 2, Nr. 8, S. 3, „Die Schwenkung nach Osten“. RZ Jg. 2, Nr. 8, S. 1.

143 ERMINOLD „Sowjet-Rußland bietet den deutschen Existenzlosen eine neue Heimat.“ RZ Jg. 2, Nr. 44, S. 1f.

144 „Die Auswandererfalle“. RZ Jg. 1, Nr. 36, S. 1.

145 „Das Sklavenlos der Auswanderer nach Süd-Amerika“. RZ Jg. 2, Nr. 3, S. 3.

146 „Die Auswandererfalle“. RZ Jg. 1, Nr. 36, S. 1.

147 „Die deutsche Regierung und Rußland. Das Reichswanderungsamt“. RZ Jg. 1, Nr. 40, S. 3.

„Das Reichswanderungsamt behauptet, über Auswanderungsmöglichkeiten nach Rußland keine Auskunft geben zu können. Das Reichswanderungsamt lügt, wie nur je eine preußische Behörde. Geht alle hin und fordert Auskunft. Die Unterlagen sind dem Reichswanderungsamt übermittelt. Danach hat die russische Regierung einen Plan unterbreitet, der Hunderttausenden von Arbeitslosen lohnende Beschäftigung in Rußland zusichert. [...] Rußland [bietet] seinen freien Arbeitsbrüdern in Deutschland die Möglichkeit, auch wirklich ein freier und glücklicher Mensch unter Kameraden zu sein. Daran hat die ebertinische Regierung kein Interesse, darum sagt sie, es sei ihr von Arbeitsmöglichkeiten in Rußland nichts bekannt.“¹⁴⁸

Und ein paar Wochen später heißt es: „Aus politischen Gründen verhindert sie [die deutsche Regierung, d. Verf.] die deutschen Arbeitslosen, ihr Elend zu mildern. Die deutsche Regierung fürchtet eben alles, was die aufbauende, die produktiver Tatkraft eines wirklichen Sozialismus erweisen könnte.“¹⁴⁹

Das Reichswanderungsamt sah diese Angriffe eher gelassen und begründete seine Ablehnung Rußlands als Auswanderungsland mit sachlichen Argumenten. So wies es auf die unbezweifelbar harten Winter hin, die Schwierigkeit des Transportes und die schlechte wirtschaftliche Situation.¹⁵⁰ Es war bemüht, die AO-Mitglieder nicht zu verprellen und „durch Erhaltung des gewonnenen Vertrauens Einfluß auf die Geschäftsleitung zu behalten.“¹⁵¹

Zunächst standen also die wirtschaftlichen Vorteile der Auswanderung nach Rußland und das korrekte solidarische Verhalten im Vordergrund der Vereinsethik. Dies änderte sich im Frühjahr 1920: Politische Motive wurden nun zunehmend wichtig. Das RWA sah diese Entwicklung im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch und der darauffolgenden Polarisierung und Radikalisierung der Weimarer Gesellschaft.¹⁵² Die ideologische Straffung hatte aber auch ihre Hintergründe in Rußland. Da waren die Bestrebungen Moskaus, die kommunistischen Bewegungen zu zentralisieren. Zu diesen Bestrebungen standen auch die Wortführer der AO - sie vertraten den Anschluß an die Komintern. Und im März 1920 nahm die AO ihre Verhandlungen mit den russischen Behörden wieder auf. Die betonten strenger als zuvor, daß die Einwanderungskandidaten ideologisch tauglich für ihre große Aufgabe sein mußten. Gleichzeitig wurde auf die Schwierigkeiten in Rußland hingewiesen.¹⁵³ In der AO wurden die Zügel nun angezogen. Definierte im September 1919 Gumprich die Ziele seiner Organisation noch recht beschaulich „im freien Sowjet-Rußland auf

148 ibid.

149 „Sowjet-Rußland will euch aufnehmen“. RZ Jg. 1, Nr. 43, S. 1.

150 RWA Rundschreiben Nr. 226, 5. 5. 1920. RMdI 1826, Bl. 73.

151 RWA Rundschreiben Nr. 189, 1. 3. 1920. RMdI 18345, B. 253ff.

152 RWA an den Herrn Reichsminister des Inneren, 19. 6. 1920. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MA 100495.

153 TARLE S. 39.

sozialistischer Grundlage anzusiedeln, dort [...] ein Stück Land zu kultivieren und somit seinen Mitgliedern eine sichere und sorgenfreie Existenz zu bieten”,¹⁵⁴ so wehte ein halbes Jahr später ein anderer Wind.

„Die Organisation ist nicht dazu da, Gruppen von Mitgliedern oder einzelnen eine bessere Lebensexistenz zu verschaffen. In keiner Weise darf sie dem Egoismus Vorschub leisten, sei es auch, daß dieser Egoismus mit Idealismus verbrämt ist. Wer nach Rußland gehen will, weil er entweder dort ein sicheres Auskommen zu finden glaubt, oder weil er meint, das geruhame Leben einer kommunistischen Dorfidylle führen zu können, der ist untauglich für die Organisation. [...] Nicht nur bereit sein, sich in mühevoller Arbeit auf russischer Erde eine neue Heimat zu schaffen, genügt, sondern notwendig ist die unbedingte Hingabe an das Werk der Revolution, für das das russische Proletariat seit drei Jahren unsagbar große Opfer gebracht hat.“¹⁵⁵

Solcherlei Bemerkungen fallen jetzt immer häufiger in der RZ bzw. den Mitteilungen. Das versprochene kommunistische Eldorado hat also mittlerweile eher ideelle als materielle Bedeutung angenommen.

4.2. Die Gründung der Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland

Der Verein *Ansiedlung Ost* wuchs recht schnell. Schon im September 1919 gab es fünfzehn Ortsgruppen mit etwa 3500 Mitgliedern und 14-16 000 Familienangehörigen.¹⁵⁶ Dieser Erfolg führte zur Gründung anderer Vereine mit ähnlichen Zielen. Um Absplitterungserscheinungen zu unterbinden, berief nun die AO eine Reichskonferenz aller Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland ein, die am 13. und 14. Dezember 1919 in Leipzig stattfand. Teilnehmer waren neben der AO Leipzig die AO Berlin, *Ansiedlung Osten* aus Hamburg und die schwäbische Siedlungsgenossenschaft *Südrußland*.

Auf dieser Versammlung wurde die *Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland* (weiter: IG) gegründet, deren Führung mehr und mehr die AO übernahm.¹⁵⁷ Die IG bildete die Dachorganisation aller nach dem Rätssystem aufgebauten Vereinigungen, welche die Auswanderung nach Sowjetrußland zum Ziel hatten. Als beratende und ausführende Körperschaft wurde ein Vollzugsrat gebildet, der sich aus Mitgliedern des Zentralrates jeder angeschlossenen Vereinigung

154 GUMPRICH S. 7.

155 „Pflichten“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 10, S. 1.

156 Protokoll der 5. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen am 23. 4. 1920. RMdI 1871, B. 34-48.

157 RWA Rundschreiben Nr. 189, 1. 3. 1920. RMdI 18345, Bl. 253ff.

zusammensetzte. Ihre Aufgaben waren identisch mit denen der AO: „Die IG hat die vornehmste Pflicht, die schnellste Auswandermöglichkeit nach Sowjet-Rußland herbeizuführen und für die günstigste Niederlaßmöglichkeit dortselbst Sorge zu tragen.“¹⁵⁸ Sie sollte sowohl die Siedler als auch die Industriearbeiter vertreten und sämtliche Verhandlungen mit der deutschen und der russischen Regierung führen. Um sich zu finanzieren, erhob die IG von den angeschlossenen Vereinigungen pro Mitglied monatlich 20 Pfennig. Es war jedem Angehörigen der Organisation Pflicht, das Publikationsorgan, die RZ, zu abonnieren.¹⁵⁹

4.3. Die örtliche Verteilung der Gruppen

Schon zum Zeitpunkt der Reichskonferenz war die IG eine weitverzweigte Organisation. Allein die AO in Leipzig hatte elf abhängige Ortsgruppen in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Müggeln, Radeberg, Limbach-Oberfrohna, Markranstädt, Delitzsch, Fürth, Nürnberg und Zwickau. Es existierten selbständige Ortsgruppen der AO im Rheinland (mit Geschäftsstelle in Duisburg) und in Berlin.¹⁶⁰ Ein weiterer der IG angeschlossener Vereine war *Ansiedlung Osten* in Hamburg¹⁶¹. Vorübergehend gehörten der IG auch die etwa 300 Mitglieder zählende schwäbische Siedlungsgenossenschaft *Südrußland* lose an, deren Auswanderungsziel die Ukraine war.¹⁶² Doch kam es zum Zerwürfnis zwischen beiden Gruppen, weil die Genossenschaft *Südrußland* den Führungsanspruch der AO nicht akzeptierte.¹⁶³

Durch die Mitteilungen sind wir recht gut über die Entwicklung der AO informiert. So läßt sich nachvollziehen, wo und auch ungefähr wann neue Ortsgruppen gebildet wurden.

Die von Leipzig abhängigen Ortsgruppen, die zum größten Teil in Sachsen lagen, wurden alle 1919 gegründet. Der Boom kam jedoch im Frühjahr 1920.

Im Januar bekam der Berliner Verein Zuwachs: In Nowawes bildete sich eine Ortsgruppe,¹⁶⁴ und der Bezirk Adlershof wurde gegründet, der die Orte Adlershof,

158 „Richtlinien der Interessengemeinschaft“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 6, S. 1.

159 *ibid.*

160 „Adressen der Interessengemeinschaft“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 6, S. 1.

161 RWA Rundschreiben Nr. 189, 1. 3. 1920. RMdI 18345, Bl. 253ff.

162 s. Kap. 10. 2.

163 RWA Rundschreiben Nr. 189, 1. 3. 1920. RMdI 18345, Bl. 253ff.

164 Am 8. 1. 1920. „Vereinigung Ansiedlung Ost, Gruppe Berlin“. RZ Jg. 2, Nr. 2, S. 3.

Johannistal, Nieder- und Oberschöneweide und Köpenick umfaßte.¹⁶⁵ Ein Stuttgarter Verein wurde als Zentrale für Württemberg konstituiert.¹⁶⁶

Anfang Februar wird mitgeteilt, daß sich die Ortsgruppen Beuthen in Oberschlesien, München, Augsburg und Weimar der IG angeschlossen haben.¹⁶⁷ In Augsburg hatte die erste Mitgliederversammlung am 20. Februar stattgefunden, bei der sogleich 75 Mitglieder aufgenommen wurden.¹⁶⁸ Zum ersten Mal fand auch die Ortsgruppe Saalfeld Erwähnung.¹⁶⁹ Am 17. Februar konstituierte sich Neukölln. Aufgrund des großen Andrangs in diesem rein proletarischen Stadtviertel wurden gleich zwei Unterbezirke gebildet.¹⁷⁰ In Berlin bestand sowieso ein überwältigend großes Interesse an der AO. Am 21. Februar gründete der Bezirk Johannistal, der vorher zu Adlershof gehörte, eine eigene Ortsgruppe,¹⁷¹ desgleichen der Bezirk Friedrichshagen am 27. Februar.¹⁷²

Im März erfolgte die Gründung der Ortsgruppen Plauen und Reichenbach im Vogtland. In Württemberg war der Zulauf mittlerweile so groß, daß acht Bezirke gebildet wurden, darunter Esslingen und Göppingen. Auch in Bayern war die AO erfolgreich. Zu den bereits bestehenden Zweigvereinen kamen noch Regensburg, Straubing, Amberg und Weiden. Aus organisatorischen Gründen beschloß man die Aufteilung in Südbayern und Nordbayern mit Zentrale München bzw. Nürnberg-Fürth.¹⁷³

Im April berichteten die Mitteilungen von der ersten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Breslau, erwähnt wurden weiterhin die Ortsgruppen Kassel und Königsberg.¹⁷⁴ Auch in Mannheim muß sich um diese Zeit ein neuer Zweigverein gebildet haben. Die AO Sitz Leipzig wuchs um die Ortsgruppen Zeitz und Wolfen, der Berliner Verein gewann zu seinen mittlerweile schon mehr als fünfzehn Bezirken den Bezirk Lichtenberg und Moabit hinzu.¹⁷⁵ Es gründete sich ferner eine Ortsgruppe in Thräna.¹⁷⁶

165 Am 29. 1. 1920. „Vereinigung Ansiedlung Ost, Berlin-Brandenburg, Bezirk Adlershof“. RZ Jg. 2, Nr. 5, S. 3.

166 „Ansiedlung Ost, Zentrale für Württemberg, „Stuttgart“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 9, S. 3.

167 „Bericht über die Vollzugsratssitzung vom 9. und 10. Februar“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 7, S. 3.

168 „Verein bayerischer Auswanderer nach Sowjet-Rußland, Ortsgruppe Augsburg“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 9, S. 3.

169 „Mitteilungen der Vereinigung Ansiedlung Ost Sitz Leipzig, Ortsgruppe Saalfeld“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 7, S. 2.

170 „Versammlungsberichte der Interessengemeinschaft: Neukölln“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 8, S. 3.

171 „Versammlungsberichte Bezirk Groß-Berlin, Gruppe Johannistal“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 9, S. 3.

172 „Ansiedlung Ost, Sitz Berlin. Bezirk Friedrichshagen“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 10, S. 2.

173 „Vereinigung Ansiedlung Ost (Nordbayern). Sitz Nürnberg - Fürth“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 12, S. 2.

174 „Adressen der Interessengemeinschaft“ bzw. „Vereinigung Ansiedlung Ost - Sitz Breslau“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 13, S. 2.

175 In Berlin existierten laut Aufzählung in den *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 16 die Bezirke Schönhauser Allee, Humboldt, Rosenthaler Vorstadt, Wedding, Virchow, Tempelhof, Potsdam-Nowawes,

Ein Bericht über den Südbayerischen Delegiertentag am 25.4.1920 zeigt, daß sich mittlerweile auch hier einiges getan hatte. In Burghausen gab es nun einen Zweigverein mit 30 Mitgliedern, in Kochel am See eine Gruppe mit 42 Mitgliedern, in Diessen eine mit fünf. Augsburg war auf 92 Mitglieder angewachsen. In Landshut und Rosenheim sollten Gruppen gegründet werden, Interessenten waren angeblich genügend vorhanden.¹⁷⁷

Danach scheint die Hochphase der Gruppengründungen vorbei gewesen zu sein. Im Mai bildete sich eine Ortsgruppe in Brieg, dem Breslauer Verein zugehörig.¹⁷⁸ Im Juni wurde von der Neugründung einer Ortsgruppe Veiten berichtet und außerdem eine Gruppe in Bremen erstmals erwähnt.¹⁷⁹ Im Juli bekam die AO Sitz Leipzig nochmals Zuwachs durch die Bildung der Ortsgruppe Gera-Reuß.¹⁸⁰ Erwähnt wurden weiterhin Gruppen in Reutlingen,¹⁸¹ Barmen,¹⁸² in Angerburg (Ostpreußen), Halle an der Saale, Hannover, Karlsruhe, Magdeburg und Osnabrück,¹⁸³ in Spremberg (Niederlausitz),¹⁸⁴ Cottbus,¹⁸⁵ Burg bei Magdeburg,¹⁸⁶ Düsseldorf, Saarau, Berlin-Fredersdorf und Köpenick,¹⁸⁷ Altenlohm,¹⁸⁸ Leukersdorf und Oelsnitz,¹⁸⁹ Erfurt, Friedrichsort, Heidenau, Lindenberg, Memmingen und Selb/Bayern.¹⁹⁰ Durch ein Schreiben des Reichswanderungsamtes wissen wir außerdem, daß es Gruppen in Danzig, Stettin, Essen, Hohenstein-Ernstthal, Apolda, Bochum, Hof in Bayern und Teuchern gab.¹⁹¹

Neukölln I und II, Friedrichshagen, Adlershof, Oberschöneweide, Stralau, Süden, Charlottenburg, Wilmersdorf-Spandau. „Adressen der Obleute der Bezirke“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 16, S. 2.

176 „Vereinigung Ansiedlung Ost, Sitz Leipzig“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 16, S. 2.

177 „Vereinigung Ansiedlung Ost, Gau Südbayern. Ortsgruppe München, Delegiertentag vom 25. April 1920“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 17, S. 2.

178 „Mitteilungen der Interessengemeinschaft. Ortsgruppe Breslau“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 20, S. 2.

179 „Vereinigung Ansiedlung Ost, Sitz Bremen“; „Vereinigung Ansiedlung Ost, Ortsgruppe Veiten“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 27, S. 2.

180 Am 6. Juli 1920. „Neue Ortsgruppe“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 26, S. 2.

181 „Ansiedlung Ost. Ortsgruppe Reutlingen“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 27, S. 2.

182 „Auswanderervereinigung Ost Ortsgruppe Barmen“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 32, S. 3.

183 „Adressen der IG“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 33 (3. 9. 1920), S. 5.

184 *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 35, (19. 9. 1920), S. 4.

185 „Versamlungsberichte“. *Deutsch-Russische Wirtschaftskorrespondenz*. Mitteilungsblatt der Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland. (Beilage der RZ), Jg. 2, Nr. 36, S. 1.

186 „Vereinigung Magdeburg“. RZ Jg. 2, Nr. 38, S. 3.

187 „Ortsgruppe Düsseldorf“. „Quittungen“, „Versamlungsberichte. Bezirk Groß-Berlin, Brandenburg“, „Versamlungs-Berichte. Fredersdorf bei Berlin“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 41, S. 1f.

188 „Quittung Nr. 4“. RZ Jg. 2, Nr. 44, S. 4.

189 „Versamlungen. Ortsgruppe Chemnitz“. RZ Jg. 2, Nr. 42, S. 3.

190 „Mitteilungen aus der PAO“. RZ Jg. 2, Nr. 46, S. 3.

191 RWA an den Herrn Reichsminister des Inneren, 19. 6. 1920. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MA 100495.

Sieht man die ungeheuerere Anzahl von Ortsgruppen, so regt sich der Verdacht: Gab es all diese Vereine wirklich? Handelte es sich nicht vielmehr um einen Propagandatricks der RZ? Denn hauptsächlich durch sie erfahren wir von der Existenz der vielen Ortsgruppen. Es sind über fünfzig, die in der RZ Erwähnung finden. Das RWA hingegen weiß in seinem Rundschreiben Nr. 189 lediglich von 37 Gruppen zu berichten.¹⁹²

Es ist schwierig, die Existenz der Ortsgruppen nachzuweisen. Meistens ließen sie sich nicht im Vereinsregister eintragen, da - wie schon erwähnt - kein Zwang dazu bestand. Schließlich handelte es sich bei der AO um eine kurzlebige Erscheinung, die nur dann registriert wurde, wenn sie in irgendeiner Weise unangenehm auffiel. Von daher haben wir immerhin einige Beweise ihrer Existenz, die nicht aus den AO-Kreisen stammen. Da ist beispielsweise das Schreiben der RWA-Zweigstelle München vom 4. Juli 1920, in der über die Aktivitäten der Augsburger Ortsgruppe geklagt wird:

„In letzter Zeit kommen Angehörige, Dienstherrschaften, Freunde von Leuten, die nach Sowjetrußland auswandern wollen, zahlreich hierher und bitten einen Einfluß auszuüben, daß ihre Angehörigen hierbleiben. [...] Anscheinend steht eine Auswanderung von durch AO Geworbene in sehr großem Umfange bevor. Zahlreiche Familien haben schon ihren Hausrat verkauft, Wohnungen und Stellungen gekündigt. Die Werbezentrale soll sich in Augsburg bzw. Hochzoll befinden.“¹⁹³

Und der Landratsamtsverwalter in Schwelm berichtet dem Regierungspräsidenten in Arnsberg: „Die Auswanderungsbewegung nach Rußland tritt auch im hiesigen Kreise in Erscheinung. Wenn ich richtig unterrichtet bin, werden etwa 150 Personen und z. T. auch Familien in etwa 2 bis 3 Wochen ihre Heimat verlassen. Aber man weiß noch nichts genaues.“¹⁹⁴

Letztendlich müssen auch die Angaben der RZ einigermaßen wahrheitsgemäß gewesen sein, denn ein Schwindel mit nicht existierenden Ortsgruppen wäre schnell aufgeflogen: sei es, daß Beitrittswillige ihren örtlichen Verein nicht gefunden hätten, sei es, daß die überwachenden Stellen dahinter gekommen wären.

Wir sind leider nur ungenau darüber informiert, wieviele Mitglieder die einzelnen Gruppen hatten. Das RWA berichtet am 1.3.1920, daß die AO Sitz Leipzig mit all ihren

192 RWA Rundschreiben Nr. 189, 1. 3. 1920. RMdI 18345, Bl. 253ff. S. a. S. SCHMIDT: „Überblick über die bisherige Entwicklung der Auswanderervereine“. Nbl. Jg. 3, Nr. 20 (15. 10. 1921), S. 765-768.

193 RWA an RMdI, 10. 7. 1920. RMdI 1826, Bl. 155.

194 Landratsamtsverwalter in Schwelm an den Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 12. 7. 1920. RMdI 1826, Bl. 149. S. a. RMdI 1827, Bericht eines kommunistischen Mitreisenden über die Überfahrt nach Moskau am 11. 4. 1921. Hier werden Facharbeiter aus Stuttgart, Hamburg, Berlin, Breslau „und einigen anderen Orten“ erwähnt. Auch über die OG Bremen haben wir einen Nachweis - einen Polizeibericht über eine Versammlung der AO am 29. Mai 1921. Polizeidirektion Bremen an

Ortsgruppen 28 000 männliche Mitglieder haben soll, davon 500 in Leipzig selber, einhundert in Dresden und 800 in Hamburg.¹⁹⁵ Der Bremer Verein hatte im August 1920 etwa 450 Mitglieder, im Mai 1921 nur noch 82.¹⁹⁶ In einer anderen Quelle wird von 3500 Mitgliedern (mit 14-16 000 Familienangehörigen) im September 1919 ausgegangen, deren Zahl sich bis Ende April 1920 verachtfacht haben soll.¹⁹⁷ Laut Thalheim soll die AO 30 000 Mitglieder gehabt haben, mit Familienangehörigen etwa 100 000 Auswanderungswillige.¹⁹⁸

4.4. Die Verhandlungen mit der Sowjetunion

In Galina Tarles Werk „Druz'ja strany sovetov“ besitzen wir eine aufschlußreiche, manchmal ermüdend detailfreudige Dokumentation über die Verhandlungen der AO mit den Sowjetbehörden aus sowjetischer Sicht. Tarle widmet der deutschen Organisation besonders viel Aufmerksamkeit, handelte es sich hier doch um Pionierarbeit: Zum ersten Male bat eine Gruppe westeuropäischer Arbeiter um Aufnahme, zum ersten Male entschloß sich die Sowjetunion, diese Gruppe einreisen zu lassen.¹⁹⁹ Ergänzt mit Gumprichs Delegationsbericht und gelegentlichen Kommentaren in der Räte-Zeitung läßt sich der Annäherungsprozeß rekonstruieren. Tarle urteilt von einem einseitig sowjetischen Standpunkt aus, doch trotzdem können wir eine Vorstellung davon gewinnen, wie der Verhandlungsverlauf ausgesehen haben könnte.

Alles begann, so Tarle, mit der katastrophalen wirtschaftlichen Situation im besiegten Deutschland: Die hohe Arbeitslosigkeit brachte immer mehr Bauern und Arbeiter dazu, an eine Übersiedlung nach Rußland zu denken. „Der Proletarierstaat, zutiefst international seinem Wesen nach, erwiderte schnell die Anfragen der ausländischen Arbeiter, vor allem Deutscher. Noch während der Bürgerkrieg [...] in vollem Gange war, im Jahre 1919, trat der Narkomzem²⁰⁰ in Verhandlungen mit den Delegierten der AO über die Einreise von landwirtschaftlichen Arbeitern. Am 7. August bestätigte der Rat

den Herrn Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 30. 5. 1921. RMdI 1827, Bl. 218ff.

195 RWA Rundschreiben Nr. 189, 1. 3. 1920. RMdI 18345, Bl. 253ff.

196 Polizeidirektion Bremen an den Herrn Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, 30. 5. 1921. RMdI 1827, Bl. 218ff.

197 Protokoll der 5. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen am 23. 4. 1920. RMdI 1871, Bl. 24ff.

198 THALHEIM S. 147f.

199 TARLE S. 35.

200 Narkomzem - Narodnyj komissariat zemledelija, Landwirtschaftsministerium.

der Volkskommissariate das Projekt ‚Gründung einer Landzuweisung an die AO‘.”²⁰¹ Bei den Delegierten der AO handelte es sich um Hugo Gumprich, den Gründer der Organisation, und seine Genossen Doberentz und Thiele.²⁰²

Über diese Reise hat Gumprich seinen „Delegationsbericht“²⁰³ verfaßt, der etwas von der Wesensart des Genossenschaftsgründers ahnen läßt: teils weitschweifig, teils bei wichtigen Punkten - wie der Landbesichtigung oder den Verhandlungen - ungenau und oberflächlich, allgemein von mangelndem Realitätssinn zeugend.

Die Delegation besichtigte mögliche Ansiedlungsplätze und kam dann mit dem Volkskommissariat für Landwirtschaft überein, sich mit einem Landstück im Nord-Dwinsk-Gouvernement zufriedenzugeben. So kam der im August unterzeichnete Kontraktentwurf zustande, der dem RWA zu schwersten Bedenken Anlaß gab.

„Lediglich eine nicht genauer benannte Landfläche möglichst in einem Stücke in einem Rayon des Flusses Moloma im Gouvernement Nord-Dwinsk ist zugesagt. Über Größe oder Lage ist nichts genaues gesagt. Der Gouvernements-Name ist vermutlich eine Neubildung. Über die Geeignetheit des Geländes enthält der Vertrag nichts. Gumprich hat sich darüber in dem Delegationsbericht in bemerkenswerter Weise geäußert. Er hat zur Besichtigung eines Geländes, von dessen Größe [...] bald mit 3600 qkm, bald mit 250 000 Deßjatinen gesprochen wird und in dem 800 000 Ansiedler unterkommen sollten, nur vier Tage gebraucht, die eigentlich nichts anderes als beschauliche Spaziergänge waren, wie sich aus seiner eigenen Niederschrift klar ergibt...“²⁰⁴

Die Bedingungen für die Landüberlassung sind ungewiß und können nach Belieben uminterpretiert werden. Die Rechte der deutschen Einwanderer sind recht vage gefaßt, die Pflichten dagegen „groß und sehr bestimmt“.²⁰⁵ Gemäß Paragraph 5 zählen die Kolonisten vom Moment der Ankunft auf ihrer Siedlungsfläche als russische Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten russischer Kolonisten.²⁰⁶ Geräte und Maschinen muß der Verein selber stellen. Überwachung und aktive Einmischung in die Angelegenheiten der Kolonie behält sich die Regierung ausdrücklich vor.²⁰⁷ Ungewiß ist weiterhin, aus welchen Mitteln der Verein die ungeheuren Verpflichtungen erfüllen soll. Die Mitgliedsbeiträge werden schon für die Propaganda des Vereins und die Delegationsreisen aufgebraucht. In seinem Delegationsbericht stellte Gumprich sich vor, daß alle Mitglieder ihre Habe veräußern. Wenn jeder auch nur 500 Mark für seine

201 TARLE S. 34f. (Diese und alle folgenden Übersetzungen J. M.).

202 GUMPRICH S. 7.

203 ibid.

204 Protokoll der 5. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen am 23. 4. 1920. RMdI 1871, Bl. 24ff.

205 ibid.

206 GUMPRICH S. 17.

207 ibid., S. 18, Par. 11 und 13 des Kontraktentwurfes.

Wohnungseinrichtung erhielte, ergäbe das bei 3000 Mitgliedern 1,5 Millionen Mark. Dazu kämen noch geschätzte 8,5 Millionen Mark für Immobilienkapital.²⁰⁸

Das Dokument wurde als „Kontraktentwurf“ bezeichnet, denn vor dem endgültigen Abschluß des Vertrages wollte die russische Regierung erst noch durch eine Kommission den Verein vor Ort inspizieren.²⁰⁹ Dieser Kontraktentwurf war also keine zuverlässige Grundlage für eine Ansiedlung. Das hielt die AO aber nicht davon ab, damit große Werbung zu veranstalten. In der RZ erschien nach der Veröffentlichung des Vertrages die große Schlagzeile „800 000 können nach Rußland“, ²¹⁰ doch zwei Seiten später las man kleingedruckt eine in Rußland von der Sowjetregierung veranlaßte Veröffentlichung: 15 000 seien für die Ansiedlung vorgesehen.²¹¹

Die praktische Verwirklichung des Kontraktentwurfes ließ aber auf sich warten. Tarle begründet dies mit dem anhaltenden Kriegszustand. Die Wartezeit bis zum Frieden, so weiß Tarle, ließen die Auswanderungswilligen jedoch nicht ungenutzt verstreichen: Sie verbesserten ihre Organisation, indem sie andere Auswanderungsvereine mit den gleichen Zielen zur Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland zusammenfaßten. Weiterhin „bereiteten sie sich auf schwere Pionierarbeit in der Sowjetunion vor und bemühten sich, keine Leute in ihre Reihen zu lassen, die nur ein leichtes Leben suchten.“²¹²

Am 6. März 1920 brach eine zweite Delegation nach Rußland auf.²¹³ Wieder nahm Gumprich an dieser Fahrt teil, obwohl vorher Mißtrauen gegen ihn geäußert worden war: Er stünde im Verdacht, ein Agent der russischen Regierung zu sein und den Vertrag über das Ansiedlungsgrundstück bewußt ungünstig für die deutschen Auswanderer abgeschlossen zu haben.²¹⁴ Anscheinend verstand Gumprich, sich unentbehrlich zu machen. Die Verhandlungen wurden diesmal mit dem Obersten Rat für Volkswirtschaft (VSNCh) und dem Volkskommissariat für Arbeit (Narkomtrud) geführt. Tarle will wissen, daß Lenin dabei den Vorsitz gehabt habe. Seltsamerweise findet seine Anwesenheit bei den Verhandlungen in der RZ keine Erwähnung. Ließ diese sich doch keine Gelegenheit entgehen, die Wichtigkeit der AO mit großen Namen zu unterstreichen. Tarles stark sowjetische Sichtweise legt den Verdacht nahe, daß die allgemeine Lenin-Mystifizierung hier wirkt: Lenin, der All-Gegenwärtige. So ist bei ihr

208 *ibid.*, S. 14.

209 *ibid.*, S. 18, Par. 12.

210 „800 000 können nach Rußland“. RZ Jg. 1, Nr. 44, S. 1.

211 „Allerweiteste Gastfreundschaft und Unterstützung“. Artikel in *Izvestija* Nr. 171 (5. 8. 1919), abgedruckt in der RZ Jg. 1, Nr. 44, S. 3.

212 TARLE S. 36.

213 „Mitteilungen des Vollzugsrates“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 10, S. 2.

214 RWA Rundschreiben Nr. 189, 1. 3. 1920. RMdI 18345, Bl. 253ff.

zu lesen, daß Lenin die erste Landüberlassung unterzeichnet hat,²¹⁵ doch in Gumprichs Delegationsbericht finden wir den Vertrag unterzeichnet von dem „Chef der Zentralen Kolonisationsabteilung des Volkskommissariats für Landwirtschaft“.²¹⁶ Gumprich hätte es sich bestimmt nicht nehmen lassen, mit Lenins Namen zu prunken. Trotzdem sei Tarles Beschreibung der Verhandlungen hier wiedergegeben. Ob Lenin daran teilnahm oder nicht - wir gewinnen einen Eindruck von den sowjetischen Gedankengängen, die den Entscheidungsprozeß beeinflussen.

„Zugrundegelegt wurde der bereits 1919 ausgehandelte, aber nie realisierte Vertrag. Am 23. April 1920 verhandelte man die Frage der Einwanderung unter Vorsitz Lenins. Die sowjetische Regierung gab dem Narkomzem das Recht, Verträge mit der IG abzuschließen. Man beschloß, daß der Narkomzem jetzt schnell die Emigration herbei- und durchführen solle. Lenin hoffte, daß die Arbeit der Deutschen in großen Betrieben unter Anwendung fortgeschrittener Technik und vollendeter Arbeitsorganisation den ortsansässigen Bauern als Vorbild für die Arbeit auf künftigen Kolchosen und Sovchosen dienen würde. In dieser Zeit gab die Organisation der Sovchosen der Regierung ständig Anlaß zur Sorge. Es war kein Zufall, daß in derselben Sitzung, in der über die Emigration deutscher Arbeiter verhandelt wurde, Lenin, nach den Worten Miljutins, „begann, über die sowjetische Wirtschaft herzufallen, da in ihr Unwirtschaftlichkeit, Unordnung und lächerlich niedrige Produktivität herrschten.“ Lenin beschäftigte sich mit den Perspektiven einer breiteren Arbeiter-Immigration. [...] In allen Sitzungen über die Einwandererfrage wurde Lenin nicht müde, zuerst immer wieder seine ausländischen Freunde auf alle Schwierigkeiten der Arbeit in der Sowjetunion hinzuweisen. Das war von großer Bedeutung, da es die Bewegung von politisch nicht erwünschten Elementen reinigte. Die Sowjetunion wollte nur Leute, die wirklich am Aufbau mithelfen wollten.“²¹⁷

Die staatliche Kommission für die Ansiedlung ausländischer Arbeiter war laut Tarle sehr bemüht, ihre Beziehungen zu den Delegierten der AO zu intensivieren, ihnen Fabriken zu zeigen und sie mit den künftigen Lebensbedingungen der Immigranten vertraut zu machen.²¹⁸

Die Delegation kehrte im Mai zurück. In den Mitteilungen betonte sie den herzlichen Empfang, die vortreffliche Lage der Industriearbeiter in Rußland, die liebevolle Kinderfürsorge und die exzellent eingerichteten Fabriken:

„In Moskau zeigte man uns Automobilfabriken, die ganz neu eingerichtet sind, tadellose Maschinen und Materialien haben, die heute arbeiten könnten, wenn nur Arbeiter vorhanden wären. In Moskau allein können 5000 Automobilarbeiter Beschäftigung finden. Eine Automobilfabrik, die während des Krieges von Amerika angelegt worden ist, liegt mitten im Walde, wunderbar eingerichtet mit Sport- und Spielplätzen und Einfamilienhäusern...“²¹⁹

215 TARLE S. 35.

216 GUMPRICH S. 19.

217 TARLE S. 38.

218 TARLE S. 49.

219 „Sowjet-Rußland und die deutschen Auswanderer“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 18, S. 1.

Und man hatte diesmal tatsächlich einen richtigen Vertrag in der Tasche. In den Mitteilungen ist er abgedruckt.²²⁰ Grundsätzliches hatte sich im Vergleich zum „Kontraktentwurf“ nicht geändert, doch immerhin war es der Delegation gelungen, noch einige Vergünstigungen für die Ansiedler herauszuholen. So wollte die Sowjetrepublik die Transportkosten ab Reval übernehmen und die Inventarien für das Siedlungswerk zur Verfügung stellen.²²¹ Das zur Kolonisation angewiesene Land befand sich im Dvinsker Gouvernement am Flusse Moloma. Zusätzlich sollten den Ansiedlern Sowjetkommunen der Gebiete Samara, Ufa, Ural'sk und Zentral-Rußlands zur Bewirtschaftung überlassen werden.²²²

4.5. Der erste Transport

Beide Seiten waren anscheinend zufrieden mit ihrem Verhandlungsergebnis. Doch da leistete sich die AO einen Fauxpas: Sie schickte ohne vorherige Absprache mit dem Zielland die erste Auswanderergruppe nach Rußland. Und dies, obwohl die russische Seite sich ausdrücklich ausbedungen hatte, vor dem Absenden des ersten Transports durch eine Delegation die AO vor Ort zu inspizieren.²²³

Der erste Transport verließ am 13. Juli 1920 Stettin. Er bestand laut RWA aus 202 Männern, 26 Frauen und 23 Kindern. In den Mitteilungen beschreibt Gumprich die Abreise:

„Trotzdem nur wenig Zeit zur Vorarbeit des Transportes vorhanden war, wurde organisatorisch alles gut vorbereitet, so daß die Abfertigung zum Schiff gut von statten ging. Die Stimmung der Genossen war eine vorzügliche. Beim Kommando „Schiff los“ erscholl ein brausendes dreifaches Hoch auf die III. Internationale. Unter dem Gesang der Internationale verließ das Schiff den Hafen. Alle Anwesenden waren begeistert, ein Abschied voller Stolz, nicht wehmütig, sondern mutig.“²²⁴

Nun besitzen wir ein informatives Dokument über diesen ersten Transport, den Erlebnisbericht eines Teilnehmers, Paul Fähnrich.²²⁵ Die in den Augen Gumprichs „gut organisierte Transportvorbereitung“ liest sich bei ihm anders.

220 „Vertrag zwischen der R. S. F. S. R. und der IG der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland, Sitz Leipzig“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 19, S. 2; „Delegationsbericht. (Schluß)“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 20, S. 1.

221 „Vorläufiger Bericht der Delegation nach Sowjet-Rußland“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 19, S. 2.

222 *ibid.*

223 *ibid.*; TARLE S. 49.

224 H. G. (vermutlich HUGO GUMPRICH) „Der erste Auswanderertransport nach Sowjet-Rußland“. *Mitteilungen* Jg. 2, Nr. 26, S. 1.

225 PAUL FÄHNRIK Kolomna. Erlebnisse von 76 Rückwanderern der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjet-Rußland. Berlin 1921.

„Am Dienstag, den 6. Juli v. Js., bekamen wir die Nachricht, es soll sofort ein Transport zusammengestellt werden. Ledige Mitglieder ohne Anhang kämen zuerst in Frage und sollten sich am Mittwoch, den 7. Juli v. Js., mittags 12 Uhr, im Verlag der ‚Rätezeitung‘, Berlin, Luisenstraße 28, melden. Dasselbst wurde den sich Meldenden der Bescheid gegeben, wir wissen noch nichts, aber geht nach dem Lokal Schiffbauerdamm 23, dort bekommt ihr Bescheid.“²²⁶

Nach längerem Warten erschien ein aus Rußland angereister Ingenieur namens Haken, der aus den neunzig Mitgliedern, die sich eingefunden hatten, einundfünfzig auswählte. Es kam zu einigen Unstimmigkeiten - so wurden den Ausgewählten 800 Mark Reisekosten abverlangt, die zugesagten Tagegelder wurden nicht ausbezahlt, der Genosse Gumprich weigerte sich, ihnen Einsicht in den Vertrag mit Sowjetrußland zu gewähren.²²⁷ Am 12. Juli reiste die Gruppe nach Stettin ab und traf hier auf die Leipziger Auswanderergruppe. Da der Abtransport sich weiter verschob, mußte eine Notunterkunft für die mehr als zweihundert Leute gefunden werden. Erst am Abend des 13. Juli konnte man abreisen. Die Reise ging per Schiff über Reval nach Narva und von dort aus mit dem Zug weiter. Am 25. Juli erreichte man Moskau und war am nächsten Tag endlich am Ziel - in Golutwin bei Kolomna.²²⁸

4.5.1. Kolomna

Im Organ der AO findet sich folgende Beschreibung des Ansiedlungsortes:

„Die Stadt Kolomna, die zirka 20000 Einwohner zählt, liegt ungefähr 110 Werst südlich von Moskau an der Moskau-Rjasaner Bahnlinie. Die Kolomna-Werke sind gegen 3 Werst südlicher an derselben Bahnlinie gelegen und bilden hier mit der Kolonie der großen Fabrik einen Ort für sich, der Golutwin heißt. Hier mündet der Moskaufluß in die Oka, die schiffbar ist, so daß die großen Wolgadampfer und sogar Ostseeschiffe für Petersburg, die hier gebaut werden, auf dem Wasserwege abgeliefert werden. Die Stadt macht einen ruhigen, sauberen und freundlichen Eindruck. [...] Arbeitsgelegenheit ist vorhanden für mehrere tausend Facharbeiter aller Berufe. Hergestellt werden in den Kolomna-Werken in erster Linie: Lokomotiven und Waggonen aller Art, Dieselmotoren, Schiffe mit Dieselbetrieb, Pontons, Brücken, Dampfkessel.[...] Soziale Einrichtungen sind ausreichend vorhanden. [...] Es gibt ein Kolonie-Krankenhaus mit einigen deutschsprechenden Angestellten, Entbindungsanstalt, Kinderheim, Badeanstalt usw. Die Feuerwehr ist besonders gut. Auch ein Theater ist vorhanden. Der Kolomnaer Stadt-Sowjet sieht der Übersiedlung der deutschen Genossen mit großer Freude und günstigen Erwartungen entgegen.“²²⁹

226 ibid., S. 4.

227 ibid., S. 5.

228 ibid., S. 6ff.

229

Kolomna stellte sich den Ankömmlingen ganz anders dar als in dieser Beschreibung. Nach der einigermaßen reibungslosen Fahrt wartete hier die erste Enttäuschung.

„Weil man uns in Deutschland mitgeteilt hatte, die russischen Arbeiter erwarten sehnsüchtig unser Kommen, glaubten wir, wenigstens in Golutwin einige Arbeiter vorzufinden, die uns begrüßen würden; statt dessen umringten unsere Wagen aber nur eine Schar bettelnder und handelnder Kinder. [...] Am Nachmittage besichtigten wir die Fabrik. Beim Betreten des Fabrikhofes glaubten wir infolge des ganzen Aussehens der Fabrik, daß der Betrieb still liegt. Es war ein wüstes Chaos von alten Maschinen sowie Eisenteilen, allerlei Unrat, [...] ein Durcheinander sondergleichen. Um so größer war unser Erstaunen, als wir beim Betreten einzelner Fabrikräume [...] dieselben sehr stark von russischen Arbeitern besetzt vorfanden. Das Verhalten der Arbeiter uns gegenüber rief ein, wie sich später herausstellte, berechtigtes Mißtrauen in uns hervor. Bei unserem Herannahen schalteten sie die Maschinen aus, betrachteten uns mit scheelen Blicken, hinter uns bildeten sich Gruppen, die lebhaft debattierten. Auf Befragen unsererseits, ob dieses die Fabrik sei, die wir übernehmen sollten, erklärte man uns, von einem Übernehmen der Fabrik kann keine Rede sein.“²³⁰

Nun machte sich Nervosität und Enttäuschung breit, war dies doch den Teilnehmern fest zugesagt worden. Das Fabrikkomitee erklärte dazu nur, daß es keinen Auftrag gegeben habe, eine Gruppe deutscher Arbeiter zu holen. In Verhandlungen mit dem Fabrikkomitee und später mit Vertretern des Arbeitskommissariats in Moskau stellte sich heraus, daß sie über die Ankunft eines Transportes nicht informiert waren. Die Männer, die die Arbeiter in Deutschland abgeholt hatten, waren als russische Vertreter nicht bekannt. „Die russische Regierung trägt an diesem Vorkommnis keine Schuld“, wurde ihnen im Arbeitskommissariat beschieden. „Wir betrachten den Vertrag als gebrochen von seiten der Interessengemeinschaft. Wir können euch keine leere Fabrik zur Verfügung stellen. Ihr seid ungeladen nach Rußland gekommen, wir betrachten euch als Eindringlinge und behalten uns alle Maßnahmen vor.“²³¹

Den „Eindringlingen“ wurde freigestellt, zu bleiben und in der erwähnten Fabrik zu arbeiten oder auf Regierungskosten nach Deutschland zurückzukehren. Doch seien die Verhältnisse derzeit für deutsche Arbeiter unmöglich, Rußland habe eine Hungersnot in sicherer Aussicht.

Unter den deutschen Arbeitern in Golutwin herrschte gedrückte Stimmung,

„welche durch die Strapazen der langen Reise, das Ungeziefer, das Wohnen in den Güterwagen ohne Stroh und Decken hervorgerufen war. Die Belieferung mit Lebensmitteln war nicht ausreichend, zum größten Teil waren sie verdorben und in verwestem Zustande. Das Brot war infolge Zusatz von Stroh, Haferhülsen und Sand ungenießbar. Die dauernde Belagerung durch bettelnde und handelnde Kinder, der

230 FÄHNRIK S. 11.

231 *ibid.*

Anblick der in Lumpen gehüllten Bevölkerung und die unbeschreiblichen hygienischen Verhältnisse lasteten ebenfalls sehr auf uns.“²³²

Ein Regierungsvertreter, Dankilevič, suchte die Gruppe in Golutwin auf. Wie Fähnrich berichtet, beschränkte sich sein Besuch darauf, die angekommene Gruppe zu beleidigen, indem er sie als „konterrevolutionäre Eindringlinge und Weißgardisten“ bezeichnete. Dem entgegneten die Deutschen sehr energisch, daß sie zum weitaus größten Teil politisch und gewerkschaftlich organisiert seien und es mehrmals durch ihr revolutionäres Verhalten in Deutschland gezeigt hätten, daß sie mit Konterrevolutionären nicht auf eine Stufe zu stellen seien.²³³

Ein Teil der Gruppe nahm tatsächlich die Arbeit in der Fabrik auf, gezwungen durch die materielle Situation und eingeschüchtert durch „Drohungen und der Bezeichnung als Konterrevolutionär, das in Rußland den Tod bedeutet.“²³⁴ Andere, die den Vertrag als gebrochen ansahen, weigerten sich, in die Fabrik zu gehen. Sie beharrten auf ihrem Heimtransport und verrichteten derweil Notstandsarbeiten - „Ausladen von Ziegelsteinen, Mehl, Salz, Obst und Getreide, Ebnen von Wegen und Zäunebauen: Sie wollten dafür keine Bezahlung, von dem Verdienst sollen die gelieferten Nahrungsmittel sowie evtl. die Kosten des Transports bezahlt werden.“²³⁵ Viele wurden krank - die Lieferung der Lebensmittel ließ oft tagelang auf sich warten, die sommerliche Hitze erreichte unerträgliche 45-47 Reaumur,²³⁶ und einige quälte die Ungewißheit, ob ihre Familien schon aufgebrochen waren, um ebenfalls in dieses Elend zu geraten.

„Auch durch die mit jedem Tag zunehmende Erkenntnis, daß hier im Lande kein Sozialismus, noch weniger Kommunismus vorhanden sei, daß es schlimmer zugehe, wie in einem kapitalistischen Staate, nur blutige Tyrannen und die Willkür der sich kommunistisch nennenden Kommissare und anderer Elemente herrscht, daß jede Meinungsfreiheit unterdrückt wird, wurden die nach Deutschland zurückwollenden Genossen in ihrem Vorhaben immer entschlossener.“²³⁷

Doch wurde es den Deutschen vorerst nicht erlaubt, sich aus Kolomna zu entfernen.

232 ibid., S. 12.

233 ibid., S. 13.

234 ibid.

235 ibid.

236 etwa 36° bis 37° Celsius.

237 FÄHNRIICH S. 14.

4.5.2. Die USPD-Delegation

Zufällig kreuzten sich in Rußland die Wege der Auswanderer mit denen der USPD - Delegation. Die Reichstagsabgeordneten Arthur Crispian,²³⁸ Ernst Däumig,²³⁹ Wilhelm Dittmann²⁴⁰ und Walter Stöcker²⁴¹ befanden sich in Moskau zum Zweiten Kongreß der III. Internationale, um über einen etwaigen Anschluß ihrer Partei an die Komintern zu entscheiden.²⁴² Schon in Deutschland hatten sich die beiden Gruppen das erste Mal getroffen, denn sie waren mit demselben Dampfer von Stettin nach Reval gereist.²⁴³ Ein weiteres Zusammentreffen fand am 7. August in Kolomna statt.²⁴⁴

Dieser Tatsache verdanken wir eine Reihe interessanter Aufzeichnungen, die uns die Situation der Ausgewanderten noch aus einer weiteren Perspektive schildern. Sie stammen vor allem aus der Feder Wilhelm Dittmanns. Er zeigte sich von dem Schicksal der deutschen Auswanderer erschüttert, und es bestätigte ihn in seiner ablehnenden Haltung zur Komintern.

Das Treffen in Kolomna kam zustande auf Initiative des deutschen Geschäftsträgers in Moskau, Gustav Hilger, der die Exkursion aus didaktischen Gründen organisierte: er

238 Arthur Crispian, geb. 4. 11. 1875 in Königsberg, gest. 29. 11. 1946 in Bern. Crispian wurde 1919 neben Hugo Haase zum Parteivorstand der USPD und 1920 als Abgeordneter für den Berliner Reichstag gewählt, dem er bis 1933 angehörte. Als Teilnehmer der USPD-Delegation lehnte er im Sommer 1920 auf dem 2. Kongreß der III. Internationale die 21 Bedingungen ab. Nach der Spaltung seiner Partei bewirkte Crispian die Aussöhnung des demokratischen Flügels mit den Mehrheitssozialdemokraten und wurde einer der drei Vorsitzenden der SPD. PAUL MAYER „Crispian“. Neue Deutsche Biographie, Bd. 3, S. 416.

239 Ernst Friedrich Däumig, geb. 25. 11. 1866 in Merseburg, gest. 4. 7. 1922 in Berlin. Repräsentant des linken Parteiflügels der USPD. Er legte die USPD auf das Räte-System fest, und es gelang ihm, große Teile der Parte zu radikalisieren. Seit Juni 1920 gehörte er dem Reichstag an. Im Juli/August 1920 nahm er auf Einladung des Exekutiv-Komitees der Komintern (EKKI) am 2. Kongreß der III. Internationale teil und vertrat die Annahme der 21 Bedingungen der Bolschewiki. GEORG KOTOWSKI „Däumig“. Neue Deutsche Biographie, Bd. 3, S. 472f.

240 Wilhelm Dittmann, geb. 13. 11. 1874 in Eutin, gest. 7. 8. 1954 in Bonn. Seit 1912 Mitglied des Reichstags für die SPD. Als einer der Sprecher des linken Flügels der Sozialdemokratie stimmte er ab 1915 gegen die Kriegskredite. Er war Gründungsmitglied der USPD und gehörte dem Vorstand an. In der USPD zählte er zu den Rechten. Er lehnte den Anschluß an die Komintern ab. Nach der USPD-Spaltung führte Dittmann den rechten Flügel 1922 in die SPD zurück. GEORG KOTOWSKI „Dittmann“. Neue Deutsche Biographie, Bd. 4, S. 3f.

241 Walter Stöcker, geb. 9. 4. 1891 in Köln, gest. 10. 3. 1939 im KZ Buchenwald. Mitglied des Reichstags seit Juni 1919, zunächst für die USPD, dann für die KPD. Von Juli 1919 bis Oktober 1920 war Stöcker Parteisekretär im zentralen USPD-Vorstand. Er befürwortete den Anschluß an die Komintern und schloß sich nach dem Bruch der USPD der KPD an. WILHELM HEINZ SCHRÖDER Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867 - 1933. Düsseldorf 1995, S. 758.

242 JÜRGEN ZARUSKY Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933. München 1992, S. 118ff.

243 WILHELM DITTMANN „Deutsche Arbeiter in Rußland“. *Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands (weiter: *Freiheit*), Nr. 358 (31. 8. 1920), S. 1, FÄHNRICH S. 6.

244 WILHELM DITTMANN „Deutsche Arbeiter in Rußland“. *Freiheit* Nr. 358 (31. 8. 1920), S. 1.

wollte die USPD-Delegierten über die wahren Verhältnisse in Rußland aufklären. In seinen Erinnerungen schreibt Hilger:

„Unter anderem unternahm ich mit ihnen allen²⁴⁵ eine Fahrt nach der etwa 130 Kilometer südöstlich von Moskau gelegenen Maschinen- und Lokomotivbauanstalt Kolomna, um ihnen das Versagen des bolschewistischen Experiments an Hand eines praktischen Beispiels zu demonstrieren. Auch bei dieser Gelegenheit zeigten sich die tiefen Gegensätze, die die vier Delegierten der USPD voneinander trennten. Dem Realsinn der einen stand der Fanatismus der anderen gegenüber.“²⁴⁶

Auf dem Treffen schilderten die Genossen ihre Lage: Sie wollten nach Deutschland zurückkehren, was ihnen jedoch unmöglich gemacht werde. Daher sollten die Delegierten sich in Moskau für sie verwenden. Ihnen selbst sei jede Verhandlungsmöglichkeit genommen, da sie nicht nach Moskau gelangen könnten. Es würde ihnen der behördliche Ausweis vorenthalten, ohne den in Rußland niemand die Eisenbahn benutzen darf. Die linken USPD-Politiker versuchten, beschwichtigend einzugreifen. „Die Delegierten Genossen Däumig und Stöcker schilderten uns die Lage Rußlands und versuchten uns umzustimmen, wir sollten versuchen, uns einzuleben, denn durch unsere Rückkehr würde die Sache des Proletariats sehr geschädigt.“²⁴⁷ Stöcker wollte gar die Enttäuschungen mit psychischer Anfälligkeit der Ausgewanderten erklären: Die fürchterliche Hitze und die geistige Isolierung habe eine Psychose verursacht. Dies sei jedoch ein anormaler Zustand, der wieder vergehen werde. „Wenn Sie sehen würden, was in Rußland geleistet wird, würden Sie sagen: Donnerwetter, wir müssen durchhalten.“²⁴⁸ Die zur Heimkehr Entschlossenen ließen sich aber nicht von ihrem Vorhaben abbringen:

„Die Versprechungen der russischen Regierung werden nicht gehalten, wir sind unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hier herüber gekommen, haben von den Idealen des Proletariats, die auch unsere sind, nichts vorgefunden. [...] Wir können es nicht verantworten, unsere Familien nachkommen zu lassen, wir wollen zurück nach Deutschland, und weitere Transporte dürfen nicht abgehen. Gewiß, wir sind oft genug gewarnt worden, aber wir glaubten an Rußland, haben aber die Erfahrung machen müssen, daß es unter den jetzigen, wohl schwer abstellbaren Zuständen für deutsche Arbeiter unmöglich ist, hier zu existieren.“²⁴⁹

245 Es handelte sich um Crispian, Däumig, Stöcker und Dittmann. WILHELM DITTMANN Erinnerungen. Frankfurt am Main 1995, Bd. 2, S. 746.

246 GUSTAV HILGER Wir und der Kreml. Frankfurt am Main 1964, S. 118. Mit „fanatisch“ sind die beiden linken USPD-Abgeordneten Däumig und Stöcker gemeint, die zum Entsetzen Hilgers den Anschluß an die Komintern befürworteten, „Realsinn“ besaßen hingegen die rechten USPD-Abgeordneten Dittmann und Crispian.

247 FÄHNRIch S. 15.

248 WILHELM DITTMANN „Deutsche Arbeiter in Rußland“. *Freiheit* Nr. 358 (31. 8. 1920), S. 1.

249 FÄHNRIch S. 15.

Zurück in Deutschland veröffentlichte Wilhelm Dittmann in der *Freiheit* einen Bericht über die deutschen Arbeiter in Rußland.²⁵⁰ Er bestätigt im großen und ganzen die Schilderungen Paul Fähnrichs, hält darüber hinaus aber noch ein paar interessante Details über das Nachspiel bereit. Sofort nach dem Treffen in Kolomna, in der nächsten Sitzung des Exekutivkomitees der III. Internationalen, brachte Dittmann das Anliegen seiner unglücklichen Landsmänner vor.

„Sinowjew, der Vorsitzende des Exekutivkomitees, ebenso Radek und Bucharin, stimmten in der Beurteilung der Angelegenheit völlig mit uns überein und versprachen, dafür zu sorgen, daß den Arbeitenden Erleichterung verschafft und den übrigen die Heimreise ermöglicht werde. Auf dem Heimwege vom Kreml zum Hotel sprachen uns dann mehrere der deutschen Arbeiter nachts um 12 Uhr auf der Straße an. Es waren ihrer sieben von Kolomna als blinde Passagiere auf der Eisenbahn nach Moskau gefahren. Sie berichteten, die nicht arbeiten wollten, sollten jetzt auf Hungerrationen gesetzt werden und die Notstandsarbeiten [...] seien ihnen von der Ortsmiliz verboten worden.“²⁵¹

Dittmann suchte deswegen am nächsten Tag den Arbeitsminister auf, traf aber nur einen Vertreter an. Es handelte sich um denselben Dankilevič, der zuvor bei den Deutschen in Kolomna gewesen war und sie als „Konterrevolutionäre“ und „Weißgardisten“ bezeichnet hatte. Auch in der Aussprache mit Dittmann zeigte er so wenig Verständnis, daß dieser sich nochmals um ein Treffen mit dem Exekutivkomitee bemühte und von Zinov'ev, Radek und Bucharin ein weiteres Mal versichert bekam, daß seinen Schützlingen schleunigst geholfen werden sollte.²⁵²

Mittlerweile hatten von den zunächst Arbeitswilligen 26 ihre Tätigkeit in der Fabrik aufgegeben. Ihre Arbeit wurde sabotiert, und Entkräftung infolge schlechter Ernährung hatte ihnen zugesetzt. Auch sie wollten jetzt nach Deutschland zurückkehren. Verhandlungen mit dem Fabrikkomitee und dem Bürgermeister von Kolomna hatten lediglich den Erfolg, daß man den Deutschen die sogenannte Hungerration von 250 Gramm Brot sowie einen Teller Suppe pro Tag gewährte. Nach und nach setzten sich 27 Mann in die Hauptstadt ab. Die in Kolomna Zurückgebliebenen wurden schikaniert, ihnen wurden die Notstandsarbeiten verboten und die Lebensmittelrationen gesperrt.²⁵³ Ein Fluchtversuch endete mit der Verhaftung von 50 Genossen. Man sperrte sie in einen Güterwagen und ließ sie erst nach zehn Stunden wieder frei. Der versprochene Rücktransport wurde immer weiter hinausgezögert.²⁵⁴ Weitere Verhandlungen und

250 WILHELM DITTMANN „Deutsche Arbeiter in Rußland“. *Freiheit* Nr. 358 (31. 8. 1920), S. 1 und ders.: „Die Wahrheit über Rußland“. *Freiheit* Nr. 360 (1. 9. 1920), S. 1f.

251 WILHELM DITTMANN „Deutsche Arbeiter in Rußland“. *Freiheit* Nr. 358 (31. 8. 1920), S. 1.

252 *ibid.*

253 FÄHNRIK S. 17.

254 *ibid.*, S. 18.

hartnäckiges Nachfragen waren nötig, bevor die Rückkehrwilligen am 20. August endlich nach Moskau fahren durften. Von dort aus traten sie per Bahn eine Woche später die Heimreise an, in einem Zug mit deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen. In Narva wurden die Heimkehrer vom Internationalen Roten Kreuz in Empfang genommen und ins dortige Durchgangslager gebracht. Mit dem Schiff ging es weiter nach Swinemünde. Da die AO keine Anstalten machte, den mittellosen Rückkehrern Unterstützung zu gewähren, übernahm das Rote Kreuz ihre Verpflegung und die Beförderung zum Heimatort. Am 9. September waren sie wieder in Berlin.

4.6. Die Reaktion der AO auf die Rückkehr der Auswanderer

Schon vor der Rückkehr der Genossen aus Rußland waren Nachrichten über ihre klägliche Lage nach Deutschland gedrungen, was hauptsächlich auf die Zeitungsartikel Wilhelm Dittmanns zurückzuführen ist. Daß der Empfang durch die AO daher nicht besonders herzlich ausfiel, ist nicht überraschend.

Am Abend der Rückkehr wurde eine Generalversammlung des Vereins einberufen, auf der Fähnrich über die Erlebnisse in Rußland berichtete. In der RZ vom 19. September 1920 ist das Protokoll dieser Versammlung unter der Schlagzeile „Sie haben die Arbeit verweigert“ abgedruckt.²⁵⁵

Interessant ist, wie die Rede Fähnrichs wiedergegeben wird: mit minimalem Wortschatz, falschen Formulierungen, extrem kurzen Sätzen, unzusammenhängend und wirr - kurz, Paul Fähnrich wird durch seine Rede den Lesern der Räte-Zeitung als Idiot hingestellt und als solcher auch etwas später in selbiger Versammlung von Gumprich bezeichnet.²⁵⁶ Die im Protokoll vermerkten Publikumsreaktionen - „große Bewegung“, „Unterbrechung“, „Zurufe“ - lesen sich bei Fähnrich weit weniger neutral:

„Ich sowie die anderen anwesenden zurückgekehrten Genossen wurden mit den unflätigsten Worten, wie Konterrevolutionäre, Verbrecher, ihr müßt gehängt werden, Faulenzer und dergleichen mehr bedacht.“²⁵⁷ Die folgenden Reden bestehen hauptsächlich aus Polemik gegen die „Verräter“. Sie werden als verweichlicht und wählerisch hingestellt. So schildert ein Delegierter der AO, Mazanowski, eine Begegnung mit den „Arbeitsdeserteuren“ in Kolomna:

255 „Sie haben die Arbeit verweigert“. RZ Jg. 2, Nr. 35 (19. 9. 1920), S. 1.

256 *ibid.*, S. 3.

257 FÄHNRICH S. 28.

„Wir wollten eine Versammlung anberaumen, die Pünktlichkeit war nicht gut, aber nach und nach kamen sie doch zusammen. [...] Die Genossen behaupteten, belogen und betrogen zu sein. Ich sagte, ich verstehe euch, ihr seid mißmutig durch den Transport im Bahnwagen. Die russische Regierung wird aber alles tun, was sie kann. Ich bitte euch aber: Geht an die Arbeit. Nein, das machen wir nicht, war die Antwort von Fähnrich. **Wir wollen Butter, wir wollen Speck!** Der Transport bestand ja aus lauter Kindern. Ich habe einen Schreck bekommen, was sich da alles präsentierte.“²⁵⁸

Auch gegen Dittmann wurde ins Feld gezogen. Er hatte sich bei den überzeugten AO-Mitgliedern nicht gerade beliebt gemacht. Mit seinen in der *Freiheit* erschienenen Artikeln, seiner Unterstützung der „Konterrevolutionäre“ hat er „erbärmlichen Verrat“ begangen, die „revolutionäre Arbeiterschaft von ihrer eigentlichen Aufgabe“ abgelenkt. „Genosse Dittmann als Führer einer revolutionären Partei hatte die unbedingte Verpflichtung zu sagen, ‚Genossen, es gilt auszuhalten!‘“²⁵⁹

4.7. Dittmann, die USPD und die Auswanderungsfrage

Wilhelm Dittmann hingegen übte herbe Kritik an dem bolschewistischen System. Sofort nach seiner Rückkehr veröffentlichte er die beiden bereits erwähnten Artikel in der *Freiheit*: „Deutsche Arbeiter in Rußland“ und „Die Wahrheit über Rußland“. Von der Reaktion der Öffentlichkeit war Dittmann, wie er in seinen „Erinnerungen“ schreibt, selber verblüfft:

„Die beiden Artikel wirkten [...] wie Bombenschläge. Wohl selten hat ein simpler Zeitungsartikel, der nichts weiter enthielt als einen objektiven Bericht über die Erlebnisse einiger Hundert Auswanderer in einem europäischen Lande, eine so sensationelle und aufrüttelnde Wirkung ausgelöst [...]. Bei den Rußlandswärmern erzeugte er eine grenzenlose Verblüffung, Fassungslosigkeit und Bestürzung, sie fielen sozusagen aus allen Himmeln. Das Auswanderungsfieber war im Nu verfliegen, die Auswanderungsvereine, von denen es damals über 400 in Deutschland gegeben haben soll, platzten wie Seifenblasen.“²⁶⁰

Nun, ein ganz so simpler, objektiver Erlebnisbericht war es nicht, was Dittmann da geschrieben hatte. Sein erster Artikel ist tatsächlich ein eher nüchternes Protokoll des Treffens in Kolomna. Die unglückliche Lage der ausgewanderten Arbeiter dient ihm dann aber als Aufhänger seiner Rußlandkritik. Die wirkt auf uns Heutige unbestechlich und weitblickend - und paßte damals überhaupt nicht ins Konzept des linken Parteiflügels. Auf der Reichs-konferenz Anfang September 1920 wurde er deshalb recht

258 „Sie haben die Arbeit verweigert“. RZ Jg. 2, Nr. 35 (19. 9. 1920), S. 3 [Hervorhebung im Original].

259 *ibid.*

260 DITTMANN *Erinnerungen*, S. 761.

heftig angegriffen. Doch lesen wir zunächst, womit Dittmann in der *Freiheit* seine Genossen so erbost hat.

„Blinde Schwärmerei und gläubige Inbrunst haben Sowjet-Rußland zu dem Idealland gemacht, in dem alles Leid des Proletariats ein Ende hat. Die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen und der Anschluß unserer Partei an die 3. Internationale wird nicht selten deshalb gefordert, um baldmöglichst teilhaben zu können an dem Wohlstand und der Freiheit, die man in Rußland errichtet wähnt.“²⁶¹

Diese wirklichkeitsfremden Vorstellungen gelte es zu zerstören, um die bitteren Erfahrungen, die die Ausgewanderten jetzt haben machen müssen, anderen zu ersparen. Die Rückständigkeit des Russischen Reiches, so Dittmann, sei nicht zu bezweifeln. Rußland sei weder wirtschaftlich noch sozial reif gewesen für das kommunistische Experiment, das Volk sei eine „kulturlose, wirtschaftlich und politische unwissende, urteilslose und daher handlungsunfähige Masse.“²⁶² Die Bolschewiki hätten daher ihr Programm ändern müssen: Sie gaben die Idee der demokratischen Selbstbestimmung des Proletariats auf und führten statt dessen ein System des staatlichen Zwanges ein. „Dabei mußten sie aus der Diktatur des Proletariats [...] eine Diktatur über das Proletariat machen“, was nur möglich war, „weil Bauern und Arbeiter infolge ihrer Unbildung politisch indifferent und passiv sind, seit jeher gewohnt, von oben her selbstherrlich regiert und geleithammelt zu werden.“²⁶³ Das Herrschaftsinstrument sei die Kommunistische Partei, die von einer kleinen Führungselite dominiert werde. Von Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit sei keine Spur. Vom Sozialismus und Kommunismus sei man in Rußland noch weit entfernt, die schönen Thesen und Programme stünden meist nur auf dem Papier und würden von den ausführenden untergeordneten Organen oft in ihr Gegenteil verwandelt.²⁶⁴

Dies lesen wir in der *Freiheit*, dies wiederholt Dittmann auf der Reichskonferenz der USPD im September 1920. Geschickt verknüpft er die Kritik an den Zuständen in Rußland mit dem Schicksal der Auswanderer. So, als er über den organisierten Staatsterror spricht: Bedenkenlos werde er eingesetzt, der Čeka seien schon Hunderte zum Opfer gefallen. „Und wer wird verhaftet?“ ruft Dittmann seinen Parteikollegen zu. „Da ist jeder ‚Konterrevolutionär‘, der überhaupt nur ein Wort der Opposition sagt; haben wir es doch erlebt, daß unsere 120 ausgewanderten deutschen Industriearbeiter als ‚Konterrevolutionäre‘, als ‚Weißgardisten‘ hingestellt wurden.“ Mit Leuten wie den Bolschewiki will Dittmann nicht paktieren: „...diesen Terror als Regierungssystem, den

261 *Freiheit* Nr. 360, S. 1.

262 *ibid.*, S. 2.

263 *ibid.*

264 *ibid.*

müssen wir allerdings als politische Partei unter allen Umständen ablehnen.“²⁶⁵ Wichtig in der Beziehung zu Rußland, so Dittmann, sei ein nüchterner, illusionsfreier Blick für die Tatsachen. Beide Länder seien unbestritten aufeinander angewiesen:

„Seine eigenen Interessen verweisen Deutschland auf Rußland und Rußlands Interessen verweisen es auf Deutschland. Das wissen wir, aber wir dürfen nicht den Wahn nähren bei den deutschen Arbeitern, daß jetzt Massen von Lebensmitteln aus Rußland nach Deutschland kommen oder daß Rohstoffe in nennenswerter Anzahl für unsere Industrie hierher kommen werden, und daß andererseits in Rußland nur darauf gewartet werde, daß ein Heer von gelernten, qualifizierten Arbeitern nach Rußland komme, um dort die Produktion in Gang zu setzen. [...] Für die akute Not, für die gegenwärtige Not liegt darin kein Heilmittel, wenn der Zusammenschluß unserer Partei mit der dritten Internationalen stattfindet oder wenn die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem offiziellen Deutschland und Rußland aufgenommen werden.“²⁶⁶

Ernst Däumig als Vertreter des linken Parteiflügels ist natürlich anderer Meinung. Er bezichtigt seinen Genossen des unsolidarischen Verhaltens, denn Solidarität mit Sowjetrußland ist für ihn untrennbar verbunden mit dem Anschluß an die III. Internationale. Was die von Dittmann kritisierten Zustände anbetrifft - für ihn sind das die unvermeidlichen Kinderkrankheiten des neuen Systems. Und manche Fehler, die Dittmann den Russen anlasten will, haben ihre Ursache ganz woanders. So der fehlgeschlagene Auswanderungstransport:

„Wir haben alle schon auf dem Schiff in Stettin mit der größten Entrüstung diese Auswanderergruppen gesehen und wir waren alle darin einig, daß [...] die Hauptschuld an diesem beklagenswerten Vorgang in Deutschland liegt. Liegt darin, daß wir viel zu lange geschwiegen haben zu der Tatsache, daß private Organisationen gegründet worden sind, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Arbeitern alle mögliche Illusionen über Rußland gemacht haben. [...] Es ist sicherlich auch richtig, daß in dem Verwaltungsapparat drüben auch die Räder in dieser Frage nicht so funktioniert haben wie sie hätten funktionieren sollen. [...] Wir werden darauf hinwirken müssen, daß diese privaten Gründungen, diese Schaffung von Organisationen unter allen Umständen aufzuhören hat, und daß der Austausch von Arbeitskräften zwischen Sowjetrußland und Deutschland durch die gegebenen Arbeiterorganisationen zu erfolgen hat.“²⁶⁷

265 Protokoll der Reichskonferenz vom 1. - 3. 9.1920 in Berlin. Protokolle der Parteitage der USPD. Bd. 2 1919 - 1920, S. 170.

266 USPD-Protokolle, S. 177

267 *ibid.*, S. 185f.

4.8. Gründe für das Scheitern des ersten Transports

Das Fehlschlagen des Transports wurde von der IG auf die Auswanderer abgewälzt, ihre überzogenen Ansprüche, ihre Untauglichkeit, ihren mangelnden Opfersinn. Zudem hatten sie bei den falschen Leuten Hilfe gesucht, nämlich den rechten USPD-Führern, und sich so mit dem Feind verbündet.²⁶⁸ Auf diese Weise konnten die IG-Leiter, vor allem Gumprich, recht gut von den massiven Fehlern ablenken, die ihnen bei der Organisation unterlaufen waren und die das Scheitern des Auswanderungstransportes fast zu einer Unweigerlichkeit machten. Der grundlegende Fehler war die mangelnde Abstimmung mit dem Zielland. Die IG hatte Verhandlungen geführt und auch den Abschluß eines Vertrages erreicht. Doch waren die Sowjetbehörden nicht uneingeschränkt erfreut über einen möglichen Zustrom deutscher Arbeitskräfte.²⁶⁹ Daher behielten sie sich auch ausdrücklich vor, den Verein vor Erteilung einer Einreiseerlaubnis durch eine Delegation zu inspizieren.²⁷⁰ So hieß es in den „Vereinbarungen mit Sowjet-Rußland“, unterzeichnet von Miljutin und Gumprich:

„Zwecks schnellster und systematischer Verwirklichung der Einwanderung von deutschen Arbeitern und technischen Kräften delegiert der Oberste Rat für die Volkswirtschaft seine verantwortlichen Vertreter nach Deutschland. Zu den Aufgaben der Delegation gehören: Die Auswahl von Arbeitern und Personen technischen Personals, die Kontrolle der Organisation des Transportes der einzuwandernden Arbeiter und Lösung sämtlicher, mit der Einwanderung verbundenen technischen Fragen. Der Delegation steht das Recht zu, die Interessengemeinschaft und ihre angeschlossenen Organisationen auf ihren Mitgliederbestand, Charakter und Finanzlage zu prüfen.“²⁷¹

Nun hatte Gumprich das Eintreffen der russischen Delegation nicht abgewartet, sondern den Transport vorher losgeschickt. Über seine Gründe können wir nur spekulieren. Es scheint, als hätten viele Mißstände dieser Organisation ihre Ursache in der Persönlichkeit des Gründers. Was wir aus den Quellen über Gumprich erfahren - seien das die von ihm selbst verfaßten Artikel in der RZ, der Erlebnisbericht von Fähnrich oder die Schilderungen des RWA -, zeigt ihn als einen ehrgeizigen, auf Dominanz bedachten Menschen, berechnend, gewissenlos und überheblich. Wahrscheinlich entsprang die absolut irrationale Idee, eine erste Auswanderungsgruppe ohne Moskaus Einverständnis loszusenden, Gumprichs Profilierungssucht. Womöglich fürchtete er, daß es überhaupt nicht mehr zu einer Auswanderung käme - sei es, daß die Delegation mit der IG unzufrieden sein würde, sei es, daß die wirtschaftlichen und politischen

268 „Sie haben die Arbeit verweigert“. RZ Jg. 2, Nr. 33 (19. 9. 1920), S. 2.

269 TARLE S. 38f.

270 „Siedlungsvertrag mit Sowjetrußland“. RZ Jg. 1, Nr. 43, S. 1.

271 HUGO GUMPRICH Das deutsche Proletariat und die Auswanderung nach Sowjet-Rußland“. RZ Jg. 2, Nr. 33 (3. 9. 1920), S. 3.

Verhältnisse in Sowjetrußland es nicht mehr zuließen. So wollte er dem Scheitern des von ihm gehegten Plans zuvorkommen und setzte überstürzt und eigenmächtig den ersten Transport ins Werk. Er selber rechtfertigte sein Verhalten mit der ihm eigenen Eloquenz:

„Zuzugeben ist, daß der erste Transport in großer Eile zusammengestellt wurde und vielleicht nicht den Anforderungen entsprach, die man an revolutionäre Pioniere stellen muß. Aber diese Eile hatte ebenfalls ihre Gründe. Der Transport wurde vor der Ankunft der russischen Kommission in Deutschland zusammengestellt und abgelassen, weil er ein Solidaritätsbeispiel sein sollte.“²⁷²

In seiner Selbstüberschätzung hatte Gumprich sich weder über das Schicksal der Auswandernden Gedanken gemacht, noch über die Folgen dieser verunglückten Aktion für die Beziehungen zu Sowjetrußland. Dessen Regierung war gereizt, weil über ihren Kopf hinweg gehandelt wurde. Der „Solidaritätsbeweis“ wurde eindeutig als Vertragsbruch betrachtet.²⁷³

In einem Telegramm an Čičerin distanzierte sich der russische Vertreter in Berlin, Viktor Kopp, von den Vorgängen:

„Der am 13. Juli nach Reval abgegangene Transport deutscher Auswanderer ist ohne mein Wissen und ohne meine Kontrolle abgegangen. Lehne deswegen jede Verantwortung für die Zusammensetzung des Transports ab. Bitte um Mitteilung, ob hiesige Zeitungsnachrichten vom baldigen Eintreffen von über 1000 Auswanderern zutreffen.“²⁷⁴

Die Antwort des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Čičerin, kam in einem Telegramm am 7. August:

„Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Kopp bezüglich der in Berliner Tageszeitungen durch unverantwortliche Personen ausgestreuten Nachrichten, daß Tausende von deutschen Auswanderern in der nächsten Zeit nach Rußland abreisen können, wird hierdurch bekanntgegeben, daß Transporte mit Auswanderern, ebenso wie einzelne Personen, die ohne vorherige Erlaubnis der russischen Sowjetregierung [...] die Abfahrt aus Deutschland unternehmen werden, bedingungslos von der russischen Grenze zurückgeschickt werden müssen. Der am 1. Juli (alten Stils) von Stettin abgegangene Transport ist von den russischen Behörden übernommen worden nur unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Lage der angekommenen Auswanderer, die in Unkenntnis der Einreisebedingungen sich zur Fahrt verleiten ließen, die jedoch unter den gegebenen Umständen mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen haben werden.“²⁷⁵

272 „Die Klagen der Rußlandswanderer“. RZ Jg. 2, Nr. 33, S. 5.

273 TARLE S. 50.

274 Funkspruch von Kopp an Čičerin. RMdI 1826, Bl. 148.

275 „Auswanderung aus Rußland“. Nbl Jg. 2, Nr. 16, 15. 8. 1920, S. 543f.

4.9. Die Russisch-Technische Staatskommission

Erstaunlicherweise war der IG trotz dieses Fehlschlags eine weitere Wirkungszeit beschieden, und es reisten noch mehrere Auswanderergruppen nach Rußland, wenn auch nicht, wie geplant, regelmäßig alle vierzehn Tage.²⁷⁶ Das große Ereignis, das nach dem Mißerfolg das Vertrauen der Mitglieder in die Organisation wieder festigen sollte, war das Eintreffen der Russisch-Technischen Staatskommission (weiter: RTK). Dies war die Delegation, deren Urteil eigentlich schon vor dem ersten Transport hätte abgewartet werden sollen. Im Organ der IG wurden die Aufgaben der Kommission dargelegt:

„Der Wunsch der deutschen Arbeiter, den russischen Brüdern zu helfen, findet ein begeistertes Echo bei dem russischen Proletariat. Aber die Hilfe muß gut organisiert und geregelt sein.“²⁷⁷ Und genau dazu sei die Kommission da: Sie solle die geeigneten Kräfte zum Aufbau des ersten sozialistischen Staates der Welt heranziehen. Eine Massenübersiedlung käme aber derzeit keinesfalls in Frage. Nur hochqualifizierte, technisch befähigte Kräfte auf dem Gebiete des Transportes, der Schwerindustrie, des Ackerbaues und einigen anderen Spezialgebieten würden gebraucht.²⁷⁸

Die Kommission bestand aus dem Professor der Bergakademie Fedorovskij, dem Eisenbahningenieur Jasikov und dem Agronom Morosanov.²⁷⁹

Am 20. September 1920 nahm die RTK ihre Tätigkeit in den Räumen der IG auf.²⁸⁰ Diese Örtlichkeit wurde später einmal von der Landesgrenzpolizei als „Werbebüro Louisenstraße 28“ bezeichnet.²⁸¹ Daß dort Auswandererwerbung stattfände, wurde von den mißtrauischen Reichsbehörden hartnäckig behauptet und von der IG ebenso hartnäckig bestritten. Denn was die einen als Werbung betrachteten, sahen die anderen

276 RWA an RMdI, 22. 7. 1920. RMdI 1826, Bl. 162.

277 „Mitteilung“. *Deutsch-Russische Wirtschaftskorrespondenz*, Jg. 2, Nr. 35 (19. 9. 1920), S. 1.

278 *ibid.*

279 Während die beiden letztgenannten Herren in der *Bol'shaja Sovetskaja Enciklopedija* nicht aufzufinden sind, handelte es sich bei dem Professor der Bergakademie um Nikolaj Michajlovič Fedorovskij, dem eine halbe Spalte in diesem Lexikon gewidmet ist. Fedorovskij wurde am 30. 11. (12. 12. alten Stils) 1886 in Kursk geboren und starb am 27. 8. 1956 in Moskau. Schon mit 16 Jahren nahm er an der revolutionären Bewegung teil. Er beendete 1915 das Studium der Mineralogie an der Moskauer Universität, an der ihm nach erfolgreicher Betätigung in revolutionären Ausschüssen eine glänzende Karriere als Wissenschaftler bevorstand. Er war eins der Gründungsmitglieder der Moskauer Bergakademie, die er von 1918 bis 1923 leitete. N. A. Voskresenskaja: „Fedorovskij“. In: *Bol'shaja Sovetskaja Enciklopedija*, Bd. 27, Moskau 1974, S. 261. S. a. Tarle, S. 50: „Kommissiju vozglavil starij bol'shevik, člen kommunističeskoj partii s 1904 g. N. M. Fedorovskij - izvestnij učenij - mineralog, professor.“

280 „Mitteilung“. *Deutsch-Russische Wirtschaftskorrespondenz*, Jg. 2, Nr. 35 (19. 9. 1920), S. 1.

281 Landesgrenzpolizei Osten an AA, 18. 3. 1921. RMdI 1827, Bl. 81.

als Auswahl.²⁸² Tatsächlich wird hier eher Vermittlungstätigkeit vor sich gegangen sein. So schrieb der Staatskommissar für öffentliche Ordnung:

„Fedorowski bestreitet nachdrücklich, sich mit Anwerbung von Auswanderern nach Rußland beschäftigt zu haben. Er stellt nicht in Abrede, daß er auf Grund von Privatverträgen Techniker, Ingenieure und Spezialisten für eine Tätigkeit in Rußland angenommen und verpflichtet hat. Diese Persönlichkeiten, denen er die Lage in Rußland in sehr düsteren Farben geschildert haben will, hätten die Reise auf eigenen Wunsch angetreten. Fedorowski teilte ferner mit, daß er sich vor dem Andrang von Stellen suchenden Reichsdeutschen nicht retten könne, da viele ohne Aussicht auf Erwerb seien. Viele von diesen waren bereits vor dem Kriege in Rußland tätig. Fedorowski gibt zu, daß er sie an die Sowjetmission verwiesen habe, wo einzelne von Kopp Paßvisa und auch Geldmittel zur Reise nach Rußland bekommen hätten.“²⁸³

Tatsächlich betrachtete die RTK es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, den Auswandererstrom nach Rußland zu regulieren.²⁸⁴ Einen zweiten „wilden Transport“²⁸⁵ sollte es nicht geben.

Natürlich spekulierte man in den deutschen Reichsbehörden über weitere Intentionen der RTK. Nicht nur Abwerbung von Reichsdeutschen, auch Agenten- und Propagandatätigkeit wurde ihr unterstellt - kurz, man war überhaupt nicht sehr erbaut über ihre Anwesenheit.²⁸⁶ Die Aufenthaltsgenehmigungen der drei Russen wurden deshalb auch nicht verlängert, was einen wortreichen Briefwechsel zwischen der IG bzw. der RTK und den diversen Ämtern zur Folge hatte.²⁸⁷ Morosanov wurde am 17.11.1920 in Stuttgart verhaftet, weil sein Visum abgelaufen war.²⁸⁸ Seinem Kollegen Jasikov, der im Spätherbst nach Moskau gefahren war, verweigerte man die Wiedereinreise nach Deutschland.²⁸⁹ Das Innenministerium begründete seine Haltung mit seiner Pflicht zum Schutze seiner Bürger: Der mißglückte Transport im Juli hätte gezeigt, „daß den deutschen Auswanderern gegenwärtig in Rußland schwere Prüfungen und Entbehrungen bevorständen. [...] Der RTK, zu deren Aufgaben hauptsächlich die Förderung der Auswanderung nach Rußland gehört, kann somit die Ausübung ihrer Tätigkeit in Deutschland nicht gestattet werden.“²⁹⁰

Die IG sah die Sache natürlich anders, obwohl auch sie mit dem Schutz der Auswanderer argumentierte. Gerade um Fehlschläge wie den ersten Transport zu

282 RTK an Staatskommission für Einwanderung, 31. 10. 1921. RMdI 1827, Bl. 84.

283 Staatskommissar für öffentliche Ordnung an RMdI, 15. 4. 1921. RMdI 1827, Bl. 109.

284 „V avguste 1920 g. N. M. Fedorovskij soglasoval s CK Partii i s V. I. Leninom predloženie ob ograničenii germanskoj emigracii.“ TARLE S. 51.

285 „V konce ijulja 1920 g. tak nazyvaemyj *dikij transport* pereselencev is Germanii pribyl v Rossiju.“ TARLE S. 50 (Hervorhebung d. Verf.).

286 RMdI an RWA; 5. 3. 1921. RMdI 1827, Bl. 55.

287 Schriftwechsel zwischen der IG, der RTK und dem RWA. RMdI 1826, Bl. 296 - 304.

288 RTK an AA, 26. 11. 1920. RMdI 1826, Bl. 296ff.

289 Abschrift eines Briefes von Viktor Kopp an das AA, 16. 12. 1920. RMdI 1826, Bl. 334.

290 Nachrichtenstelle des Innenministeriums, 14. 1. 1921. RMdI 1826, Bl. 354.

vermeiden, sei diese Kommission nach Deutschland gekommen: Als „eine Hilfskommission zur Prüfung der Organisation auf ihre Brauchbarkeit als Auswanderungsinstrument.“²⁹¹ Und die IG ließ sich sogar zu einem Eingeständnis hinreißen, das erahnen läßt, in welchem verzweifelter Zustand sie sich befand:

„Wenn die Aufenthaltsbewilligung nicht verlängert wird, wächst sich die Organisationskrise der IG zu einer Organisationskatastrophe aus, denn die Mitglieder der IG würden allen Mut verlieren, wenn ihnen auch noch, bevor positive Resultate vorliegen, das Organ genommen würde, welches sie augenblicklich als Hauptgarantie für die kommende Auswanderung ansehen.“²⁹²

Anfang März 1921 entschloß sich das Innenministerium dann doch, die Aufenthaltsgenehmigung für Fedorovskij zu verlängern. Womöglich hing diese Entscheidung mit der Fürsprache zusammen, die der Leiter des Rußlandreferates in der Ostabteilung Ago von Maltzan und der Reichswirtschaftsminister für ihn einlegten.²⁹³

Denn Fedorovskij, so hatte sich herausgestellt, war nicht nur Mitglied der RTK, sondern auch Vorsitzender der Auslandsabteilung des wissenschaftlich-technischen Departements des Obersten Volkswirtschaftsrats (Naučno-Techničeskij Otdel, weiter: NTO). Die Auslandsabteilung der NTO hatte es sich zur Aufgabe gemacht, engeren Kontakt zwischen russischen und deutschen wissenschaftlichen und technischen Kräften herzustellen.²⁹⁴ So sollte die RTK unter anderem in Berlin die Verlegung technischer Literatur in Gang bringen.²⁹⁵ Der Reichswirtschaftsminister argumentierte auch mit den Interessen des deutschen Buchdrucker- und Verlagsgewerbes: Von ihrem Standpunkte aus dürfte es erwünscht sein, Professor Fedorovskij eine befristete Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen.²⁹⁶ Rußland als Wirtschaftspartner wollte man nicht vergraulen. So wurde die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung erteilt, aber klar an die Bedingung geknüpft, „daß Fedorovski keine bolschewistische Propaganda betreibt und sich nicht mit Auswanderungsangelegenheiten befaßt,“²⁹⁷ sondern sich ausschließlich dem wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch widmet.

Im RWA rang man sich zu der etwas gelasseneren Einstellung durch, daß die RTK eine Anwerbung gar nicht nötig habe - die Leute meldeten sich freiwillig. Und da die

291 IG an AA, 13. 11. 1920. RMdI 1826, Bl. 324.

292 *ibid.*

293 AA an RMdI. RMdI 1827, Bl. 48; Reichswirtschaftsminister an RMdI, 19. 2. 1921. RMdI 1827, Bl. 49.

294 Tarle weiß zu berichten, daß Fedorovskij Albert Einstein getroffen hatte, welcher die Arbeit der RTK in Deutschland sehr begrüßte. TARLE S. 50, Anm. 64.

295 TARLE S. 51.

296 Reichswirtschaftsminister an RMdI, 19. 2. 1921. RMdI 1827, Bl. 49.

297 RMdI an RWA und Reichswirtschaftsminister, 31. 3. 1921. RMdI 1827, Bl. 55.

russische Regierung nur die Leute einreisen ließe, für die sie bereit sei, zu sorgen, sei ein gewisser Erfolg der Auswanderer nicht mehr ausgeschlossen.²⁹⁸

Tarle schätzte die Tätigkeit der RTK als recht erfolgreich ein, zumal unter den „außerordentlich schwierigen Bedingungen“: Denn „die bourgeoise deutsche Regierung stand der Auswanderungsidee feindlich gegenüber und verweigerte ihr öffentliche Anerkennung.“²⁹⁹ In ihrer kurzen Schaffenszeit bis zum 15. April 1921 schickte die RTK immerhin 250 hochqualifizierte Arbeiter nach Rußland.³⁰⁰

4.10. Das Ende der IG

Vor allem im Winter und Frühjahr 1921 kam es noch zur Ausreise mehrerer Gruppen. Das RWA informierte im Februar den Innenminister: „Mit einem Dampfer, der am 29.1.1921 Stettin verlassen hat, sind 23 Personen - Frauen, Kinder und Angehörige der seinerzeit nach Kolomna ausgewanderten Arbeiter - nach Rußland abgereist.“³⁰¹ Weitere 69 verließen ihre Heimat am 12.3.1921.³⁰² Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes in Moskau meldete das Eintreffen eines Transports von 25 qualifizierten Arbeitern samt 51 Angehörigen.³⁰³ Am 6. April reisten etwa 60 Personen,³⁰⁴ am 13. April gar 133 nach Rußland ab,³⁰⁵ und weitere 57 folgten zehn Tage später.³⁰⁶ Und am 7. Mai 1921, als sich die IG schon längst in Liquidation befand, ging nochmals ein Transport mit siebzig Teilnehmern nach Osten - zwanzig Arbeiter mit ihren Familienangehörigen.³⁰⁷

Trotzdem waren die Tage der IG gezählt. Nicht ganz frei von Håme schrieb die Allgemeine Deutsche Auswanderer-Zeitung im Mai 1921:

„Die Kommunistische Auswanderungsorganisation wird liquidiert. Das Geschäftsunternehmen des famosen Herrn Gumplich, der bekanntlich zahlreiche deutsche Arbeiter durch lügnerische Vorspiegelungen in das Sowjetelend nach Rußland

298 RWA an RMdI, 8. 4. 1921. RMdI 1827, Bl. 108.

299 TARLE S. 53.

300 „Dem Auswärtigen Amt ist vertraulich mitgeteilt worden, daß die hiesige Vertretung der Sowjet-Regierung tatsächlich etwa 250 qualifizierte Arbeiter zur Auswanderung nach Rußland angeworben hat.“ AA an RMdI, 31. 3. 1921. RMdI 1827, Bl. 76; TARLE S. 52.

301 RWA an RMdI, 10. 2. 1921. RMdI 1827, Bl. 35.

302 RWA an RMdI, 19. 3. 1921. RMdI 1827, Bl. 73.

303 Vertreter des AA in Moskau an RMdI, 28. 3. 1921. RMdI 1827, Bl. 119.

304 AA an RMdI, 31. 3. 1921. RMdI 1827, Bl. 76.

305 RWA an AA, 23. 4. 1921. RMdI 1827, Bl. 121.

306 RWA an RMdI, 3. 5. 1921. RMdI 1827, Bl. 125.

307 RWA an RMdI, 19. 5. 1921. RMdI 1827, Bl. 150.

hineingehetzt hat und dem seinerzeit einige enttäuschte und empörte Rückwanderer handgreifliche Beweise ihrer Unzufriedenheit geben wollten, befindet sich in Liquidation. Damit hat ein Schwindelunternehmen sein Ende erreicht, das in der widerlichsten Weise mit der deutschen Arbeiterschaft Schindluder getrieben hat.“³⁰⁸

Als Gründe für den Zerfall der Organisation nannte das RWA unzureichende Geschäftsführung, Mangel an organisatorischen Fähigkeiten, Unkenntnis der russischen Lebensverhältnisse und vor allem den gescheiterten Transport:

„Bekanntlich ist ein beträchtlicher Teil der damals [...] Ausgewanderten sehr bald nach Deutschland zurückgekehrt. Durch die Schilderung seiner Erlebnisse hat er die weitere Tätigkeit der Organisation sehr erschwert. Seit der Zeit begann die Mitgliederzahl schnell abzunehmen.“³⁰⁹

Tarle hingegen führte das Scheitern der IG darauf zurück, daß die RTK ihre Tätigkeit einstellen mußte. Denn die deutsche Regierung, immer bemüht, der Kommission Steine in den Weg zu legen, verweigerte den drei Russen die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung. Und ohne RTK konnte auch die Auswanderungsorganisation ihre Arbeit nicht fortsetzen.³¹⁰ Daß von den Ausgewanderten viele unzufrieden waren, konnten sie - so Tarle - nicht der Sowjetunion zum Vorwurf machen: „Die sowjetische Gesellschaft umgab die Immigranten mit freundschaftlicher Aufmerksamkeit und Fürsorge.“³¹¹ Und auf die ungewohnt harten Verhältnisse seien die Deutschen von sowjetischer Seite zur Genüge hingewiesen worden. Schuld hatte vielmehr die IG, denn sie schickte einen ungenügend vorbereiteten, zufällig zusammengewürfelten Haufen, nachlässig zusammengestellt in beruflicher und politischer Hinsicht. So war es kein Wunder, daß ein Teil der deutschen Arbeiter schon wenige Tage nach der Arbeitsaufnahme „sich weigerte, die Mühen der russischen Werkstätten zu teilen.“³¹²

Einige enttäuschte Mitglieder forderten Schadensersatz. Der Maschinenbauer Osbahr aus Hamburg forderte 3460 Mark für entgangene Lohnersparnisse und versetzte Kleidungsstücke.³¹³ Der Schlosser Walter Brumm aus Brochau verklagte die IG, durch unrichtige Behauptungen bei ihren wiederholten Vorträgen über die Auswanderung nach Sowjetrußland ihm einen Schaden von wenigstens 4100 Mark zugefügt zu haben.³¹⁴ Der Klage wurde stattgegeben, doch ob Brumm sein Geld je erhalten hat, wird nicht berichtet.³¹⁵

308 *Allgemeine Deutsche Auswanderer-Zeitung* Jg. 1921, Nr. 20. RMdI 1827, Bl. 135.

309 RWA Rundschreiben Nr. 391, 20. 5. 1921. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MA 100495.

310 TARLE S. 53.

311 *ibid.*, S. 98.

312 *ibid.*, S. 100.

313 „Das will ein Revolutionär sein“. RZ Jg. 2, Nr. 38, S. 3.

314 Artikel aus der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, Juli 1921. RMdI 1827, Bl. 198.

315 RWA an RMdI, 14. 1. 1922. RMdI 1827, Bl. 24.

4.11. Das Schicksal der in Rußland Gebliebenen

Wie aber erging es den Leuten, die in Rußland blieben? Wenn man der RZ Glauben schenken darf, gut. Zum Beweis druckt sie Briefe der glücklichen Auswanderer ab. Einer der Dagebliebenen schreibt über die „Saboteure“, die nach Deutschland zurückgekehrt waren:

„Ich erkläre rund heraus: eine ganze Anzahl dieser Auch-Genossen sind nur hierher gekommen, um eine gehobene Rolle zu spielen. Sie dachten nämlich, die Russen sind ja so saudumm, da kommen wir gerade zur rechten Zeit, um die Meister- und sonstigen Vizeposten zu besetzen. Aber o weh, wie ganz anders kam es. Nämlich die Russen können auch arbeiten und sogar ganz sauber, nur daß es eben nach unseren Begriffen nicht rationell ist. Sie arbeiten eben umständlicher und, was hauptsächlich in Betracht kommt, sie machen alle Stunde ihre Rauchpause, da wird erst eine Zigarette gedreht und unter gemütlichem Klöhnen aufgeraucht, und hier ist die Sache, wo wir anzusetzen haben. Nach Aussage der Betriebsleitung ist der Erfolg unserer Arbeit bereits zu spüren, indem wir die Russen durch unser intensives Arbeiten mitreißen, weil ihr Ehrgeiz sie anspornt, nicht hinter uns zurückzubleiben. Doch ich hoffe, daß es uns gelingen wird, den Schandfleck wieder auszulöschen, den uns die Saboteure hinterlassen haben.“³¹⁶

Unter der Schlagzeile „Und doch geht es in Rußland vorwärts“ werden die Verhältnisse in der Lokomotivfabrik geschildert.

„Unsere Arbeitszeit in der Golutwiener Lokomotivfabrik beträgt acht Stunden.[...]. An Sonnabenden wird durchgehend von 7 bis 1 Uhr gearbeitet. Die Arbeitsbedingungen in der Fabrik selbst sind - auch mit deutschen Zuständen verglichen - nicht ungünstig. Es herrscht strenge, aber keine drückende Arbeitsdisziplin bei großer Bewegungsfreiheit der einzelnen Arbeiter.[...] Es wird zwar in der Bezahlung ein Prämiensystem angewandt, das aber nicht ein Antreibersystem im kapitalistischen Sinne ist. [...] Das Verhältnis der eingewanderten deutschen Arbeiter zu den russischen Arbeitern in der Fabrik war anfänglich oft nicht sehr freundschaftlich, da eine Verständigungsmöglichkeit nicht bestand. Jetzt ist das Verhältnis gut [...]. Kleine Mißverständnisse [...] werden rasch und immer zur Zufriedenheit geregelt. [...] Alle Wohnungen sind in gutem Zustande, gesund und mit geringen Mitteln so herzustellen, daß auch „deutsche Gemütlichkeit“ nicht entbehrt zu werden braucht.“³¹⁷

Etwas weniger enthusiastisch äußert sich das Auswärtige Amt für Wirtschaftsfragen in Moskau:

„In Kolomna sind zur Zeit 36 deutsche Arbeiter beschäftigt, deren Lage amtlicherseits als durchaus befriedigend bezeichnet wird. Die deutschen Arbeiter in Kolomna hatten unter der Sabotage russischer Arbeiter sehr zu leiden, so daß sich Herr Stünkel, der Leiter der Metallabteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates veranlaßt sah, sich nach Kolomna zu begeben, um durchzugreifen, worauf sich die Lage der deutschen Arbeiter besserte. Zu einem Erfolg kann die kommunistische Einwanderungspolitik nicht führen, weil der deutsche Arbeiter sich den russischen Lebens- und Arbeitsverhältnissen nicht anpassen

316 „Der Brief eines wirklichen Pioniers“. RZ Jg. 2, Nr. 38, S. 3.

317 „Bericht der in Golutwien bei Kolomna angesiedelten deutschen Industriearbeiter“. RZ Jg. 2, Nr. 44, S. 1f.

kann (nur in deutschen Konzessionsbetrieben könnte der Lage deutscher qualifizierter Arbeiter entsprechend Rechnung getragen werden) und weil den Kommunisten große Enttäuschung in Rußland erwartet.“³¹⁸

Das RWA sieht die Perspektiven für die Ausgewanderten nicht allzu pessimistisch. Im Juni 1921 schreibt es ans Innenministerium, daß

„eine besondere Veranlassung zur Besorgnis über das Schicksal der neuerdings nach Rußland Auswandernden insofern nicht gegeben ist, als die russische Vertretung selbst bei der Ausstellung von Einreise-Sichtvermerken die größte Zurückhaltung beobachtet. Von den in der Zeit von Januar bis Mai d. J. nach Rußland Ausgewanderten sind denn auch bisher keinerlei Rückwanderungsabsichten geäußert worden, wie es bei den im Juli 20 Ausgewanderten geschehen ist.“³¹⁹

Bis jetzt wurde nur über die Industriearbeiter gesprochen. Ihr Schicksal wurde auf deutscher Seite mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, vielleicht, weil hier das Scheitern des Projekts und der jammervolle Zustand der sowjetischen Wirtschaft eklatanter war. Über das Schicksal der landwirtschaftlichen Ansiedler finden sich hingegen weniger Berichte. Mag sein, daß sich die Deutschen in der russischen Landwirtschaft besser einrichten konnten als in den Fabriken und daher weniger nach Rückführung verlangten. Die Kolonisation, die anfangs im Vordergrund gestanden hatte, wurde niemals in Angriff genommen. Wer in der Landwirtschaft arbeiten wollte, wurde in Kolchosen oder Sovchosen untergebracht. Recht ausführlich sind wir aber über die landwirtschaftlichen Emigranten des ersten Transports informiert. Von Tarle erfahren wir, daß sie ins Gouvernement Saratov geschickt wurden, wo sie auf einer Sovchose mit russischen Bauern zusammenarbeiten sollten.³²⁰ Es scheint sich dabei um dieselbe Gruppe zu handeln, von deren Schicksal das Nachrichtenblatt im August 1921 berichtet. Demnach hatten sich die Deutschen im Kreis Novousensk, Gouvernement Saratov, auf einem Staatsgut in der Nähe der Bahnlinie Saratov-Ural'sk niedergelassen. Aus Mangel an Wohnraum mußten sie vorerst in einer zugigen Scheune wohnen. Das Klima und die schlechte Trinkwasserqualität taten ein übriges, unter den Auswanderern Krankheiten ausbrechen zu lassen. Ruhr und Typhus forderten einige Todesopfer. Trotzdem wollten die Ansiedler ausharren, und es gelang ihnen auch, einigermaßen erträgliche Zustände zu schaffen.

„Da erfolgte Anfang März 1921 ein nächtlicher Überfall einer bewaffneten Bande, die sämtliche Wohnräume, Lagerräume und Stallungen ausplünderte. Nachdem die Bande abgezogen war, erschienen die umwohnenden Bauern und Kirgisen, die bereits vorher

318 Vertreter des AA für Wirtschaftsfragen in Moskau, 22. 3. 1921. RMdI 1827, BI 98.

319 RWA an RMdI, 14. 6. 1921. RMdI 1827, BI 194.

320 TARLE S. 101.

versucht hatten, das Gut zu berauben, und bemächtigten sich der übriggebliebenen Vorräte und Werkzeuge. Mit einem Schlage war die ganze Arbeit der Ansiedler vernichtet. Ein weiteres Verbleiben auf dem Gut war [...] zwecklos. [...] Die Ansiedler mußten das Gut fluchtartig verlassen und sind in das Moskauer Gebiet überführt worden, wo sie ebenfalls auf einem Staatsgut angesiedelt werden sollten.“³²¹

Diese Schilderungen kongruieren mit denen Tarles. Von ihr erfahren wir weiterhin, daß der ganze Kreis Dergači im Frühjahr 1921 unter dem Banditenunwesen zu leiden hatte.³²² Es handelte sich dabei, so weiß Tarle zu berichten, um Kulakenbanden, die gezielt sowjetische Betriebe überfielen.³²³ In Übereinstimmung mit dem Nachrichtenblatt schreibt Tarle, daß die Deutschen ins Gouvernement Moskau, Kreis Kašira, übersiedelt wurden, wo man ihnen die Sovchose „Martem’janovo“ zuwies.³²⁴

Der Bayerische Kurier berichtete am 15. 1. 1922:

„Eine Einwanderergruppe von 21 Familien hat im Gouvernement Altai den Besitz eines ehemaligen Nonnenklosters mitsamt Baulichkeiten und lebendem Inventar zugewiesen erhalten, insgesamt 6440 Deßjatinen (etwa 7000 Hektar). Die Deutschen haben den Wiederaufbau des verwahrlosten Gutsbetriebs mit großer Energie in Angriff genommen. Eine Abordnung der Einwanderer begibt sich nun nach Deutschland zum Ankauf der nötigen Maschinen.“³²⁵

Das RWA vermutete, daß es sich dabei um die Auswanderer des ersten Transportes handelte. „Es dürften dieselben Familien sein, denen die Sowjet-Regierung im Wolgagebiet ein nationalisiertes Gut zur gemeinsamen Bewirtschaftung überlassen hatte und die, nachdem sie den Wirtschaftsbetrieb einigermaßen eingerichtet hatten, von Banden beraubt und vertrieben wurden.“ Halb bewundernd schrieb das RWA: „Diese Familien haben wider Erwarten große Arbeitsfreudigkeit und Ausdauer an den Tag gelegt. Sie haben gezeigt, daß sie den festen Entschluß haben, sich in Rußland seßhaft zu machen. Nachdem ihnen dies im europäischen Rußland nicht gelungen ist, versuchen sie es jetzt in Sibirien.“³²⁶

321 „Rußland“. Nbl Jg. 3, Nr. 16 vom 15. 8. 1921, S. 613.

322 Dergači liegt einen Kilometer von der Eisenbahnlinie Saratov-Ural’sk entfernt im Saratover Gebiet. Bol’shaja Sovetskaja Enciklopedija, 2. isd. Moskau 1952, Bd. 14.

323 TARLE S. 102.

324 TARLE S. 103; „Schlechte Erfahrungen deutscher Ansiedler in Rußland“. Nbl Jg. 3, Nr. 16 (15. 8. 1921), S. 613.

325 „Deutsche Einwanderer in Sibirien“. Bayerischer Kurier, 15. 1. 1922. RMdI 1827, Bl 243.

326 RWA an RMdI, 11. 2. 1922. RMdI 1827, Bl 247. Der erneute Siedlungsversuch in Sibirien, von dem das RWA berichtet, steht in Widerspruch zu den Informationen Tarles. Wahrscheinlich handelt es sich doch eher um zwei verschiedene Gruppen.

5. Die *In- und Auslandssiedlungsgenossenschaft m.b.H.* mit dem vorläufigen Sitz in Bialla

In der zweiten Hälfte des Jahres 1923 gründete in Ostpreußen ein „Professor Doktor“ Lamm ein Siedlungsunternehmen mit Ziel Südrußland. Lamm inserierte zunächst in verschiedenen ostpreußischen Zeitungen, daß er tüchtige deutsche Landwirte für ein Ansiedlungsvorhaben in der Sowjetunion suche. Man wolle auf unbebautem russischem Agrarland landwirtschaftliche Betriebe errichten. Diese Inserate stießen auf große Resonanz: Viele Anfragen wurden an Lamm gerichtet, der den Interessenten erklärte, er habe mit Lenin, den er von früher kenne, Abmachungen getroffen, daß deutschen Siedlern von der sowjetischen Regierung 400 000 Morgen Land zur Verfügung gestellt werden solle.³²⁷ Ein beachtlicher Anhängerkreis war schnell gefunden, unter dem sich etliche Rußlanddeutsche befanden. Mit dieser Gruppe gründete Lamm die *In- und Auslandssiedlungsgenossenschaft m.b.H.* mit dem vorläufigen Sitz in Bialla. Die Mitglieder wurden aufgefordert, eine Einschreibgebühr von einer Goldmark zu zahlen, einen Geschäftsanteil von mindestens fünfzehn Goldmark zu erwerben und entbehrliche Lebensmittel, Inventar und sogar ihren Grundbesitz an die Genossenschaft mit der Maßgabe abzutreten, daß ihnen der Gegenwert als Anzahlung auf die zu überlassende Siedlung in Rußland gutgeschrieben werden solle.³²⁸

Schon zu diesem Zeitpunkt hegte das RWA den Verdacht, der Gründer wolle sich persönliche Vorteile verschaffen, hielt ein Einschreiten aber doch noch für verfrüht. Nachforschungen ergaben, daß es sich bei Lamm um einen recht zwielichtigen Genossen handelte, der den Doktoren- und den Professorentitel zu Unrecht führte und wegen Gotteslästerung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden war.³²⁹

Am ersten Transport im Frühjahr 1924 sollten 870 Auswandererfamilien - etwa viertausend Personen - teilnehmen. Für diese forderte Lamm in einem Schreiben an den Reichskanzler Stresemann freie Bahnfahrt bis zur Sammelstelle, dort freie Unterkunft und die freie Ausfuhr der für die Kolonie bestimmten Gelder- „ca. zwei Millionen Goldmark“. Ferner sollte die Regierung die kostenlose Ausfuhr von Zuchtvieh, Saatkorn und Haushaltsinventarien gestatten - Lamm rechnete mit etwa 125 Waggons - und die freiwerdenden Landwirtschaften und Häuser übernehmen.³³⁰ Der Reichskanzler gab den Antrag an das Auswärtige Amt zur Prüfung weiter.³³¹

327 RWA an AA, 10. 11. 1923. RMdI 1866, Bl. 6.

328 *ibid.*

329 RWA Rundschreiben, 31. 12. 1923. RMdI 1861, Bl. 97.

330 *ibid.*

331 RWA an AA, 10. 11. 1923. RMdI 1866, Bl. 6.

Am 17. November 1923 sprach Lamm im Reichswanderungsamt vor. Das RWA schilderte die Zusammenkunft dem Innenminister.

„Über seine Siedlungspläne befragt, erging er sich in allgemein gehaltenen Andeutungen, die geeignet waren, den Eindruck zu erwecken, daß es sich um ein ebenso leichtfertiges wie geschäftsmäßig raffiniert auf das harmlose Bauerngemüt eingestelltes Vorhaben handelt, das Lamm Geldmittel und Sachwerte in die Hand spielen soll. Lamm will die allgemeine grundsätzliche Zustimmung der zuständigen Reichszentralbehörden zu seinem Unternehmen erlangen, um dann mehr oder weniger ungestört und unbeaufsichtigt die Gutgläubigkeit der ostpreußischen Bauernbevölkerung ausnutzen zu können. Auf die Frage, welche konkreten Unterlagen er für den Siedlungsplan habe, antwortete Lamm, er sei persönlich in Moskau gewesen und habe von Lenin (mit dem er sich in deutscher Sprache unterhalten habe) weitgehende Zusagen bekommen. Diese Angabe ist unglaublich, umso mehr, als nach Feststellungen im Auswärtigen Amt Lenin um die behauptete Zeit krank war und Besucher nicht empfang.“³³²

Interessant ist die Denkschrift „Deutsch-Russische Siedlungen“, in der „Prof. Dr.“ Lamm seine genauen Siedlungspläne darlegte.³³³ Das für die Kolonie erwählte Gebiet liege im Südosten des europäischen Rußland in der Nähe des deutschen Wolgagebietes und sei etwa 100 000 Desjatinen groß. Der Boden sei für Landwirtschaft überaus geeignet, das Klima sei für Europäer recht gesund. Die Verkehrslage sei günstig, der Mangel an Eisenbahnen werde durch Flußschiffe ausgeglichen. Der innere Aufbau der Kolonie, so stellte Lamm sich vor, sei autonom, politisch jedoch an Sowjetrußland angegliedert. Der Aufbau der Verwaltungsorgane entspräche dem Rätssystem, es würden Dorf- und Gutssowjets gebildet. Die Kolonisten erhielten die russische Staatsangehörigkeit. Jede Landarbeiterfamilie solle zwanzig Morgen Land und Wohngelegenheit erhalten, die sie nicht anzuzahlen brauche. Sie wäre aber bis zur vollständigen Abzahlung arbeitsverpflichtet. Als Wohnstätten sollten „einfache Holzhäuser auf Pfählen“ gebaut werden.³³⁴

Das RWA zeigte sich entsetzt über Lamms Denkschrift: Seine Ausführungen seien geeignet, jegliches Vertrauen zu seinen Plänen zu beseitigen. Er sei „weder mit den russischen Verhältnissen im allgemeinen, [...] noch mit der sachlichen und finanziellen Seite seines Unternehmens überhaupt hinreichend vertraut.“³³⁵ Was das RWA am schärfsten kritisierte, war Lamms mangelnde Kenntnis der russischen Staatsverfassung: Lamm spräche von „Besitzungen“ und „Gütern“, von einem „autonomen Staat“ mit eigener „Zentralverwaltung“, den die von ihm zu gründende Kolonie darstellen sollte. Das Siedlungsland liege zwar im „Autonomen Gebiet der Wolgadeutschen“, deren

332 RWA an RMdI, 27. 11. 1923. RMdI 1866, Bl 35.

333 Denkschrift von Lamm: „Deutsch-russische Siedlungen“. RMdI 1866, Bl. 31-34.

334 *ibid.*

335 RWA an RMdI, 4. 12. 1923. RMdI 1866, Bl 45.

Autonomie sich allerdings hauptsächlich auf kulturelle Angelegenheiten und verwaltungstechnische Wirtschaftsfragen beschränke. Die Gebietsverwaltung werde ständig von Moskau kontrolliert. Lamms geplante Neugründungen müßten sich zwangsläufig dem vorhandenen politischen Gefüge einordnen, von einem eigenständigen Staatsgebilde könne also nicht die Rede sein. Zudem erwähne Lamm mit keinem Wort, daß der Erwerb von Land in Rußland ausgeschlossen sei. Nur Pachtung für maximal 36 Jahre käme in Frage.³³⁶

Kurioserweise bekam man auch in Polen Wind von der Sache. Der Kurier Poznanski schreibt am 5. Dezember 1923:

„In Lyck (Ostpreußen) ‚arbeitete‘ seit einiger Zeit der verdächtige Spekulant Dr. Lamm. Er warb deutsche Familien an und schickte sie nach Rußland zwecks Gründung deutscher Kolonien, und gleichzeitig betrieb er Propaganda für die Sowjets. Er stand, wie es sich herausstellt, an der Spitze eines vorzüglich organisierten Spionagenetzes, das sich auch auf Polen erstreckte, wohin er in Königsberg in polnischer und deutscher Sprache gedruckte Geheimschriften verschickte. Diese Geheimschriften wurden auf Wagen über die Grenze in Richtung Grajewo ausgeführt und von dort aus in ganz Polen verbreitet. Dr. Lamm organisierte auch in Ostpreußen proletarische Stoßtrupps. Er wurde schließlich verhaftet. Der verhaftete Sowjetagent, der sich auch zum Schaden Polens beteiligte, wurde in das Gefängnis zu Lyck eingeliefert.“³³⁷

Daß die in dieser Zeitungsnotiz enthaltenen Informationen größtenteils Falschmeldungen sind, liegt auf der Hand. Lamm wurde niemals verhaftet und saß auch nicht im Gefängnis zu Lyck, und der Vorwurf der Spionage scheint ebenfalls nicht haltbar zu sein. Der Artikel dokumentiert vielmehr die deutsch-russisch-polnischen Beziehungen der Zeit, er ist Ausdruck der Angst und des Mißtrauens Polens, das zwischen den beiden mächtigen Nachbarn eingekeilt war.

Mögen die Behauptungen über ein Treffen mit Lenin auch pure Erfindung gewesen sein, so ist es doch belegt, daß Lamm mit seinem Anliegen immerhin bis zu der zuständigen Kommission vordringen konnte. In der Izvestija vom 1. Dezember 1923 wird kurz über die Sitzung der Ständigen Kommission des Rates für Arbeit und Verteidigung (STO) berichtet. In dieser Sitzung sei auch über Lamm verhandelt worden, und die Kommission habe es für möglich befunden, der Gruppe 50 - 100 000 Desjatinen Land zur Verfügung zu stellen.³³⁸ Durch diesen Zeitungsbericht aufmerksam geworden, stellte die Deutsche Botschaft in Moskau Ermittlungen an und fand Anfang 1924 heraus, daß die beim Rat für Arbeit und Verteidigung bestehende Ständige Kommission für Immigration dem „Professor“ Lamm zunächst die wohlwollende Prüfung seines Anliegens zugesagt hatte, dann aber, nachdem sie Erkundigungen über Person und

336 ibid.

337 Artikel aus *Kurier Poznanski*, Nr. 228 vom 5. 12. 1923. RMdI 1866, Bl. 60.

338 AA an Innenministerium, 29. 12. 1923. RMdI 1866, Bl. 40.

Absicht des Genossenschaftsgründers eingezogen hatte, sein Gesuch abschlägig beantwortete.³³⁹ Später erwies sich, daß Lamm auch in Rußland mit leichtfertigen und unzutreffenden Angaben gearbeitet hatte und nur dadurch erreichen konnte, daß sich die zuständigen russischen Stellen überhaupt mit seinem Konzessionsantrag befaßten.³⁴⁰

Im Frühjahr 1924 war offensichtlich, daß die Siedlungsgenossenschaft zusammengebrochen und Lamms Anhang „auf einen kleinen Kreis unbelehrbarer Personen zusammengeschrunpft“ war.³⁴¹ Um zu verhindern, daß Lamms Beispiel Schule machte, schlug die Reichsstelle - verblüffend spät- ein Verbot des Unternehmens vor. Das erfolgte dann auch Anfang Mai „aufgrund [...] der Verordnung gegen Mißstände im Auswanderungswesen vom 14. 2. 1924.“³⁴² Das Gesetz war zu diesem Zeitpunkt gerade zwei Monate alt, womit vielleicht auch erklärt werden kann, warum die *In- und Auslandssiedlungsgenossenschaft m.b.H.* erst so spät verboten wurde.

Offenbar wurde Lamm nicht strafrechtlich verfolgt. Er konnte aber von seinem Treiben nicht lassen. Anfang 1925 reiste er nach Argentinien aus, wo er sich in lügnerischer Weise auf angebliche Empfehlungen und Aufträge der Auswanderungsberatungsstelle Ostpreußen berief. Er nannte sich nun „Prof. Dr. rer. pol. Hermann Lamm Kolonisator und Administrator der Sociedad Lopez Agrelo y Casanova“ und warb in einer Druckschrift „Die Kolonie für den deutschen Siedler. Mit 400 argentinischen Papierpesos Herr seiner eigenen Scholle“ für die Ansiedlung auf dem Kamp Santa Maria.³⁴³ In dieser in Deutschland verbreiteten Werbeschrift beschrieb der unermüdliche Siedlungsgründer das Land Argentinien und die Zukunftsaussichten dort in genauso rosigen Farben wie das vorherige Ziel im Osten.³⁴⁴

6. Die Siedlungsgenossenschaft Gruppe 1 in Königsberg

Nachdem das Unternehmen des „Prof. Dr.“ Lamm zusammengebrochen war, übernahm ein Mann namens Maertsch dessen Idee und die hartnäckigsten Auswanderungswilligen. Maertsch hatte eine Zeitlang mit Lamm zusammengearbeitet: Er hatte zum Aufsichtsrat der *In- und Auslandssiedlungsgenossenschaft* gehört, war aber ausgeschlossen worden, weil Lamm seine weitere Anwesenheit in der Gruppe als schädigend empfand. Worin

339 Deutsche Botschaft Moskau an AA Berlin, 29. 2. 1924. RMdI 1866, Bl. 63.

340 Reichsstelle an RMdI, 12. 4. 1924. RMdI 1866, Bl. 66.

341 *ibid.*

342 Innenminister an Regierungspräsidenten, 9. 5. 1924. RMdI 1866, Bl. 69

343 Reichsstelle an RMdI, 24. 11. 1925. RMdI 1866, Bl. 69

344 Broschüre: Lamms Webeschrift „Die Kolonie für den deutschen Siedler. Mit 400 argentinischen Papierpesos Herr seiner eigenen Scholle“. RMdI 1866, Bl. 103ff.

die Vorwürfe gegen ihn bestanden, teilte uns Lamm bedauerlicherweise nicht mit.³⁴⁵ Ganz einwandfrei scheint Maertsch wirklich nicht gewesen zu sein: Was hätte er sonst für Gründe gehabt, andauernd seinen Namen zu ändern? Wie der Polizeipräsident in Königsberg schreibt, nannte sich der Siedlungsgründer nicht nur Martsch, sondern auch Maertsch und Mertsch und benutzte abwechselnd die Vornamen Hans und Alfred.³⁴⁶ Wir wollen den Mann mit den vielen Namen der Einfachheit halber hier unter dem Namen handeln, mit dem er zuerst in den Akten des Innenministeriums auftaucht: Maertsch.

Am 3.2.1924 gründete Maertsch die *Siedlungsgenossenschaft Gruppe 1 in Königsberg*. Die Zahl der Gründungsmitglieder belief sich auf 79, die der Interessenten angeblich auf zweitausend Familien, mit denen in Ostpreußen weitere selbständige Gruppen - Nr. 2, Nr. 3 usw.- gegründet werden sollten. Von jedem Mitglied wurden fünfzehn Goldmark als Kostenbeitrag verlangt und weitere acht Goldmark für Formalitäten.³⁴⁷ Wie auch bei dem Lammschen Unternehmen handelte es sich bei einem Großteil der Interessenten um deutsche und deutschstämmige Rückwanderer aus Rußland, „mehr oder minder unbemittelte rußlanddeutsche Flüchtlingsfamilien“,³⁴⁸ die im Verein mit den inlandsdeutschen Auswanderungswilligen in ihre alte Heimat zurückkehren wollten.³⁴⁹ Der Regierungspräsident fand das Projekt nicht sehr vertrauenserweckend und ordnete schon eine Woche nach Gründung eine scharfe polizeiliche Überwachung an. Der Landrat in Königsberg erhielt Weisung, den Auswanderungswilligen einstweilen die Pässe nicht auszustellen.³⁵⁰ Auch die Reichsstelle war mißtrauisch: Da es ihrer Ansicht nach der *Siedlungsgenossenschaft Gruppe 1* an jeglicher finanzieller und sachlicher Eignung mangelte, konnte es den Leitern der Organisation nur darum zu tun sein, sich unberechtigte Einnahmen zu verschaffen. Sie schlug daher dem Regierungspräsidenten in Königsberg vor, das Unternehmen zu verbieten.³⁵¹ Daraus scheint nichts geworden zu sein: Maertsch blieb weiterhin aktiv. Im Herbst 1924 fuhr er nach Rußland und erwarb tatsächlich eine Pachtkonzession auf 12 Jahre für das 700 Desjatinen große Gut Lestničenko bei Rostov am Don. Dieses Gut sollte von der Auswanderergruppe als Kommune „Das Rote Germanien“ (russisch: Krasnaja Germanija) bewirtschaftet werden.³⁵² Nur ein knappes

345 Reisebericht Lamms. RMdI 1866, Bl. 23ff.

346 Polizeipräsident Königsberg an Deutsche Botschaft Moskau, 13. 8. 1926. RMdI 1830, Bl. 13.

347 Reichsstelle an den Herrn Reichsminister des Innern, 17. 4. 1924. RMdI 1861, B. 174.

348 „Schicksal einer deutschen Auswanderergruppe in Rußland“. Nbl Jg. 7, Nr. 4 (15. 2. 1925), S. 41.

349 Reichsstelle an den Herrn Reichsminister des Innern, 17. 4. 1924. RMdI 1861, B. 174.

350 *ibid.*

351 Polizeipräsident Königsberg an Regierungspräsidium, 27. 11. 1924. RMdI 1828, Bl. 117.

352 Auswanderer-Beratungsstelle Ostpreußen, Königsberg, an Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen, 27. 11. 1924. RMdI 1828, Bl. 118.

Dreivierteljahr nach der Gründung der *Siedlungsgenossenschaft* kam es bereits zur Auswanderung. 72 Familien, insgesamt 373 Personen,³⁵³ versammelten sich vom 21. bis 23. Oktober 1924 auf dem Hauptbahnhof in Königsberg, um von dort aus die Reise nach Rußland anzutreten. Doch gab es massive Schwierigkeiten bei der Ausreise, da etliche Leute kein russisches Visum besaßen. Wie bestellt und nicht abgeholt lagen die Leute auf dem Bahnhof, mitsamt ihrer drei „Stockschen Motorpflüge“ und zahlreichem anderen Inventar.³⁵⁴ Nach drei Tagen und drei Nächten wurde es der Bahnverkehrsverwaltung zu bunt, und sie ordnete die Entfernung der verhinderten Emigranten an. Die Fürsorge für die unglücklichen Leute wurde nun in die Hand des Direktors Mönke gelegt, des Leiters der Auswanderer-Beratungsstelle Ostpreußen. Mönke brachte sie in einer Turnhalle unter und kümmerte sich auch sonst um ihre Belange.³⁵⁵ Am 24. November 1924 tauchte Maertsch in Königsberg auf und wurde sogleich verhaftet. Seine Auswanderergruppe erfuhr bei dieser Gelegenheit,

„daß der Mann nicht Maertsch, sondern Martsch heißt und wegen Betruges mit 3 Jahren Zuchthaus vorbestraft ist. Die Durchsuchung der Kassenbücher ergab, daß Martsch mit dem Gelde der Siedler leichtsinnig umgegangen war. Der früher mittellose Mann entpuppte sich als Besitzer eines Landhauses in Rauschen bei Königsberg. Er hatte für die Auswanderergruppe Maschinen und Geräte im angeblichen Wert von 96 000 M eingekauft und besaß noch 25 000 M bares Geld, das ihm abgenommen und in die Hände einer neugewählten Kommission aus 3 Siedlern übergeben wurde. Mit Rücksicht darauf, daß die allermeisten Siedler trotz alledem zu Martsch hielten, wurde letzterer wieder auf freien Fuß gesetzt.“³⁵⁶

Nun setzten sich doch einige ab, denen die Sache zu mulmig geworden war.³⁵⁷ Die übrigen jedoch waren jeglicher Belehrung unzugänglich, unter anderem, weil sie bereits sämtliche Brücken hinter sich abgebrochen hatten.³⁵⁸ Die Geldmittel der Auswanderergruppe stammten hauptsächlich von den Inlandsdeutschen, die sich mit 1500 bis 20000 Mark an der Genossenschaft beteiligt hatten, während die 46 rußlanddeutschen Familien durchschnittlich nur mit 300 Mark beigetragen hatten. Die Rußlanddeutschen sollten ihren mangelnden finanziellen Beitrag durch Landeskenntnisse wettmachen. Die Reichsstelle vermutete aber, daß ihnen sowieso nur daran gelegen sei, so schnell wie möglich in ihre Heimatsorte statt nach Lestničenko zu gelangen. Einige dieser staatenlosen Familien konnten selbst die 25 Mark, die das russische Konsulat für die

353 Das Polizeipräsidium spricht von 68 Familien mit 471 Köpfen. Polizeipräsident in Königsberg an Regierungspräsidium, 27. 11. 1924. RMdI 1828, Bl. 117.

354 „Schicksal einer deutschen Auswanderergruppe in Rußland“. Nbl Jg. 7, Nr. 4 (15. 2. 1925), S. 40.

355 Reichsstelle an RMdI, 9. 12. 1924. RMdI 1828, Bl. 125.

356 *ibid.*, Bl. 125f.

357 „Schicksal einer deutschen Auswanderergruppe in Rußland“. Nbl Jg. 7, Nr. 4 (15. 2. 1925), S. 40.

358 Auswanderer-Beratungsstelle Ostpreußen, Königsberg, an Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen, 27. 11. 1924. RMdI 1828, Bl. 118.

Repatriierung verlangte, nicht aufbringen. Um nur die Leute loszuwerden, bezahlten die ostpreußischen Landkreise die Gebühr. Auch Mönke setzte sich sehr dafür ein, den Transport zu ermöglichen. So besorgte er ein Gruppenvisum für die Leute, die noch keine russische Einreisegenehmigung hatten. Nach Überwindung aller Hindernisse verließ der Transport am 8. Dezember Königsberg. Auf Moskaus Weisung hin sollte die Reise über Eydtkuhnen, Kovno, Dünaburg-Dwinsk, Orel, Voroneš nach Rostov am Don geleitet werden.³⁵⁹ Die Gruppe bestand aus 330 Personen: „63 Familienvätern, 67 Ehefrauen bzw. Witwen, 68 ledige männliche und 43 weibliche Personen über 14 Jahren, 21 Kinder von 7 bis 14 Jahren und 68 Kinder unter 7 Jahren.“³⁶⁰

Maertsch wurde sein bereits ausgestellter Auslandspaß wieder entzogen als Strafe dafür, daß er sich an den Auswanderungswilligen bereichert hatte. Trotzdem trat er die Reise an: Er fuhr mit gefälschten Papieren seiner Auswanderungsgruppe nach.³⁶¹ Am 20. Dezember 1924 kam der Transport in Asov an. Schon vor dem Eintreffen am eigentlichen Zielort herrschte „widerwärtige Uneinigkeit“,³⁶² und man beschloß, nun besser getrennte Wege zu gehen. Etwa zehn Familien brachen Richtung Ukraine auf. Zwölf andere, unter ihnen der etwas später eingetroffene „Siedlungsgründer“ Maertsch, schlossen sich zu einer Gruppe „Kultur-Germania“ zusammen und zogen nach dem Kaukasus. Dort gelang es ihnen, ein 700 Desjatinen großes Landgut in der Nähe von Pjatigorsk zu pachten. Eine Weile ging alles gut, doch dann kam es zu Unstimmigkeiten. Maertsch verpachtete dem Bericht seines Bruders zufolge Land zu ziemlich hohem Zins an die russischen Bauern, was natürlich böses Blut gab.³⁶³ Einige Familien verließen „Kultur-Germania“. Der Bruder des Maertsch fand mit seiner Familie in der deutschen Kolonie Marienbrunn ein zufriedenstellendes Auskommen durch Obstbau und Verpachtung. Ein anderes Ehepaar schlug sich bis Transkaukasien durch.³⁶⁴

Diejenigen, die tatsächlich das eigentliche Ziel, Lestničenko, aufsuchten, erlebten eine böse Überraschung: Das Gut war schon an russische Bauern verpachtet, die Pferde- und Viehbestände waren verkauft, Unterkunft war nicht vorhanden. Das in Deutschland gekaufte Frachtgut - sechs Waggons mit landwirtschaftlichen Maschinen - wurde von der russischen Regierung in Voroneš zurückgehalten und beschlagnahmt.³⁶⁵ Die Notlage der Auswanderer wurde jeden Tag größer und zwang manche zur Bettelei in den

359 Reichsstelle an RMdI, 9. 12. 1924. RMdI 1828, Bl. 125.

360 „Schicksal einer deutschen Auswanderergruppe in Rußland“. Nbl Jg. 7, Nr. 4 (15. 2. 1925), S. 40.

361 Reichsstelle an RMdI, 16. 1. 1925. RMdI 1828, Bl. 133.

362 „Schicksal einer deutschen Auswanderergruppe in Rußland“. Nbl Jg. 7, Nr. 16 (15. 8. 1925), S. 183.

363 „Auswandererbericht“. Nbl Jg. 8, Nr. 20 (15. 10. 1926), S. 243f.

364 ibid.

umliegenden Ortschaften. Bei Minustemperaturen von 24° C versetzten die Leute noch ihre Kleidungsstücke, um Lebensmittel kaufen zu können.³⁶⁶ Einige Familien zogen nach Wolhynien, weil sie dort Verwandtschaft hatten, andere suchten Unterschlupf in den deutschen Kolonien der Umgebung.³⁶⁷

Anscheinend drang nicht viel Information über Geschick und Verbleib der Ausgewanderten in die alte Heimat, denn im September 1925 wandte sich die Deutsche Botschaft in Moskau beunruhigt an das Volkskommissariat für Auswanderungsangelegenheiten: Man möge doch die Botschaft baldmöglichst darüber informieren, wo sich die reichsdeutschen Auswanderer zur Zeit aufhalten. Die Angehörigen in Deutschland seien in tiefster Sorge. Der Bitte um Aufklärung schloß sich ein saftiger Tadel an:

„Die deutsche Regierung sieht sich gezwungen, das Vorgehen der bei der Einwanderung dieser Gruppe mitbeteiligten Behörden in doppelter Hinsicht zu beanstanden. Zunächst ist es unverständlich, warum das den Auswanderern versprochene Land vor ihrer Ankunft an Andere verpachtet worden ist und warum die den Auswanderern versprochenen Pferde- und Viehbestände verkauft waren. Des ferneren ist es unerklärlich, warum den Auswanderern das mitgebrachte landwirtschaftliche Gerät und die Maschinen seitens der zuständigen Behörden beschlagnahmt worden sind und zwar umsomehr, als seitens der Union bei den Verhandlungen betreffend Übernahme von Rückwanderern der Besitz von Geräten und Geld immer als eine der Hauptvorbedingungen für die Einwanderungserlaubnis bezeichnet worden ist.“³⁶⁸

Zwei Monate später antwortete das Volkskommissariat und wies die Vorwürfe der Botschaft als vollkommen ungerechtfertigt zurück. Es warf den Einwanderern Vertragsbruch und Lüge vor und unterstrich die Großherzigkeit der Sowjetunion:

„Die Deutsche Botschaft ist nur schlecht informiert oder hat Berichte, meistens der Immigranten selber, nicht überprüft. Die Angaben der Immigranten entsprechen nicht der Wahrheit [...]. Das von der Gruppe dem russischen Konsulat in Königsberg übergebene Geld - 42 000 Rubel - war eine Sicherstellung. Vieh war der Gruppe nicht versprochen worden. Mehr noch, die örtlichen Behörden waren so freundlich, einem Teil der Gruppe zu erlauben, sich in dem nahegelegenen Miroshnitschenko niederzulassen, als sie in Lestnitschenko nicht genügend Unterkunft fanden.“³⁶⁹

Weiterhin wurde betont, daß das Volkskommissariat für Landwirtschaft allen durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen voll nachgekommen sei, während die Immigranten nicht einen einzigen Paragraphen des Vertrages erfüllt hätten. Sie hätten

365 AA an RMdI, 5. 8. 1925: Abschrift eines Berichtes des Deutschen Konsulats in Kiev vom 10. 7. 1925 über die Auswanderergruppe Martsch. RMdI 1828, Bl. 179ff

366 „Schicksal einer deutschen Auswanderergruppe in Rußland“. Nbl Jg. 7, Nr. 4 (15. 2. 1925), S. 40.

367 „Schicksal einer deutschen Auswanderergruppe in Rußland“. Nbl Jg. 7, Nr. 16 (15. 8. 1925), S. 183.

368 Deutsche Botschaft Moskau an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 14. 9. 1925. RMdI 1828, Bl 191.

369 Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten an die Deutsche Botschaft in Moskau, 14. 11. 1925. RMdI 1828, B. 204.

viel zu hohe Angaben über ihre finanziellen Mittel gemacht, schließlich aber noch nicht einmal Geld genug gehabt, ihre Transportkosten zu bezahlen. Doch wollte man noch einmal Gnade vor Recht ergehen lassen:

„Mit Rücksicht auf die Nichterfüllung des Vertrages seitens der Immigranten hatte das Volkskommissariat für Landwirtschaft das volle Recht, diesen Vertrag zu lösen und den Immigranten vorzuschlagen, das Gebiet der Sowjetunion unverzüglich zu verlassen. Mit Rücksicht aber auf die dringenden Bitten der Immigranten selbst, die in ihren Eingaben darauf hinwiesen, daß sie in Deutschland ein schweres Geschick erwartet, kamen die Sowjetbehörden der Bitte der Immigranten entgegen und eröffneten ihnen, um sich im Gebiet der Sowjetunion einzurichten, einen Kredit von 12000 Rubel und gaben ihnen leihweise Saatgut. Außerdem wurde diese Gruppe für einige Zeit von Steuern befreit. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten nimmt an, daß hinsichtlich der obenerwähnten Not die Regierung der UdSSR viel mehr getan hat, als sie durch den obenerwähnten Vertrag auf sich genommen hatte. Wir sehen uns gezwungen, alle Vorwürfe, wir hätten die Verpflichtungen des mit der Einwanderungsgruppe geschlossenen Vertrages nicht erfüllt, aufs entschiedenste zurückzuweisen.“³⁷⁰

Woraufhin der Reichsstelle für das Auswanderungswesen nichts übrigblieb, als resignativ zu kommentieren: „Die zuständigen Regierungsstellen in Moskau und ihr Konsulat in Königsberg sind einem Schwindler - Martsch - auf den Leim gegangen. Hätten sie seine Angebote gründlicher geprüft, wäre das alles nicht passiert. Die Erfüllung des Vertrages war von vornherein zweifelhaft gewesen.“³⁷¹

Allen Widerständen zum Trotz muß die Kommune „Rotes Germanien“ einige Zeit existiert haben. Bei Tarle wird sie in zwei Listen aufgeführt, und im Frühjahr 1927 treffen Bittschriften von Kommunenmitgliedern bei der Deutschen Botschaft in Moskau ein. Laut Tarle ließ sich die Gruppe 1925 im Don-Kreis, Region Nord-Kaukasus nieder, wo sie 700 Desjatinen Land zugewiesen bekam. Sie war als Genossenschaft (artel') organisiert.³⁷² Eine weitere Tabelle analysiert Ab- und Zugang von Mitgliedern der Kommunen. „Krasnaja Germanija“ hatte demnach zunächst 382 Mitglieder, von denen 133 weggingen. Weitere 74 trennten sich von der Kommune und bildeten die Gruppe Mertsch. Da aus der ansässigen Bevölkerung kein Ersatz für die abgegangenen Arbeitskräfte kam, wurde „Krasnaja Germanija“ zum Stichtag 1. Juli 1925 von 175 Personen bewirtschaftet.³⁷³

Anfang 1927 meldete sich ein Mitglied der Kommune „Rotes Germanien“ bei der Deutschen Botschaft in Moskau und beantragte Heimschaffung auf Reichskosten für sich, seine Frau und fünf Kinder. Die Familie war vollkommen mittellos. Die

370 ibid.

371 Reichsstelle an RMdI, 19. 12. 1925. RMdI 1828, Bl. 223.

372 TARLE S. 210, Tabelle 4.

373 TARLE S. 218, Tabelle 5, Anm. 3.

Heimschaffungskosten, so schätzte die Deutsche Botschaft, würden sich auf etwa 400 Rubel belaufen. Weitere Anträge von Mitgliedern der Auswanderergruppe stünden zu erwarten.³⁷⁴ Das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft waren sich einig in der Ablehnung des Antrags:

„Gerade die Mitglieder dieser Gruppe sind rechtzeitig so eindringlich aufgeklärt und gewarnt worden, daß es nur gerechtfertigt erscheint, wenn sie die Folgen ihrer geradezu ertrotzten Auswanderung selbst zu tragen haben. Im übrigen würde eine Heimschaffung dieser Gruppe zweifellos zu berechtigteren Berufungen zahlreicher anderer, unter geringerer eigener Verantwortung ausgewanderter Volksgenossen führen.“³⁷⁵

Tatsächlich kam im April des Jahres ein weiterer Hilferuf des „Roten Germanien“ an die Deutsche Botschaft in Moskau, aber es ging nicht um eine Rückkehr nach Ostpreußen.

„Werte Botschaft! Wir sind verschuldet wegen Mißernten und anderer unglücklicher Umstände. Die Kollektive „Rotes Deutschland“ wird deswegen liquidiert. Maschinen, Traktore werden uns fortgenommen, und was sie mit uns machen wollen, wissen wir noch nicht. Die deutsche Botschaft möchte doch mithelfen, daß unsere Maschinen noch bleiben möchten und unsere Schulden auf 1-2 Jahre verlängern. Wir möchten gerne als Landbauern weiterwirtschaften. Wir werden gedrückt von allen Seiten. Predsedatel³⁷⁶ der Kollektive Krasnaja Germania.“³⁷⁷

In ihrem Antwortschreiben ließ es sich die Botschaft nicht nehmen, süffisant auf ihre vorher erfolgten Warnungen hinzuweisen. Trotzdem erklärte sie sich bereit, zu helfen.³⁷⁸

Wie es der Pjatigorsker Gruppe weiter erging, kann man einem Brief entnehmen, den Mitglieder der Siedlungsgruppe Ende September 1925 an die Landabteilung Pjatigorsk, Rostov und Moskau richteten. Es ist ein Aufschrei der Verzweiflung, der, wenn auch stellenweise recht polemisch, doch sehr anschaulich vom Elend der einst so hoffnungsfrohen Siedler spricht.

„Wir teilen dem Semotdjel sowie jeder weiteren Behörde mit, daß wir unter dem Druck der auf uns besonders von der Landabteilung ausgeübt wird, nicht weiter leben können. Alle Schwierigkeiten, die nur ein Mensch ersinnen kann, wendet die Landabteilung an, um uns zu vernichten. [...] Auf die großen Versprechungen hin, zogen wir aus unseren goldigen Heimat und wie man uns sagte in ein freies Land -o Gott- wir sind aus dem Regen in die Traufe gekommen. Den Vertrag, den man uns im Semotdjel Pjatigorsk gegeben, ist zu erfüllen unmöglich. [...] Zwei Menschenalter können am Aufbau der Gebäude für die Regierung arbeiten, ohne auch nur einen Kopeken für sich zu haben. [...] Wir geben zu, daß wir daran schuld sind, daß wir nach Rußland kamen. Aber hat man uns

374 Deutsche Botschaft Moskau an AA, 20. 1. 1927. RMdI 1830, Bl. 18.

375 AA an Deutsche Botschaft Moska, 7. 2. 1927. RMdI 1830, Bl. 19.

376 Predsedatel = Vorsteher

377 Mitglieder des „Roten Germanien“ an Deutsche Botschaft Moskau, April 1927. RMdI 1830, Bl. 78.

378 Antwortschreiben der Deutschen Botschaft Moskau an das „Rote Germanien“. RMdI 1830, Bl. 78.

nicht goldige Berge versprochen? doch der nur auf Abgurgelung zielende verfaßte Vertrag schreibt uns mit Reparatur der Maschinen und Aufbau der Gebäude ohne Steuer pro Deßjatine 22-25 Rubel Pacht vor. Kann das jemand leisten? [...] Wir können nur die bereits gestellte Bitte auf Vertragslinderung wiederholen und noch hinzufügen, laßt uns leben, schlägt uns nicht tot, wir haben an unserem Aufderweltsein keine Schuld.“³⁷⁹

Unterschieden ist der Brief unter anderem mit „Alfred Mertsch“. Es sollte noch viel schlimmer kommen. Im Frühjahr 1926 wendet sich die Frau des Siedlungsgründers, Minna Maertsch, mit einem Schreiben an die Deutsche Botschaft in Moskau.

„Mein Mann Alfred Maertsch ist auf Grund des Schreibens an die deutschen Behörden in Rußland als Konterrevolutionär und Spion verhaftet worden [...]. Kein Mensch darf mit ihm sprechen und da er nicht russisch sprechen noch schreiben kann ist zu befürchten daß er seinen Verstand verliert. Mein Mann lag wiederholt und lange schwer darnieder und auch war er in Nervenheilanstalten Deutschlands. [...] Wir erfahren auf Umwegen, daß er schwer krank ist, aber keine Behandlung bekommt, weil er nicht russisch kann. Wir sind vollkommen mittellos und hungern, weil uns unser Führer fortgenommen ist. Das Land ist uns von der Landabteilung fortgenommen worden.[...] Unser Sohn ist 15, also noch ein Kind, ich selbst bin sehr leidend. Zudem verbreitet sich das Gerücht hier, daß die GPU gesagt haben soll, den deutschen Spion schicken wir nach Sibirien- was soll man da denken? Wir haben sehr Angst und bitten um sofortige Hilfe. Wir Unterzeichneten bezeugen gleichzeitig an Eidesstatt, daß unser Führer Alfred Maertsch nie an Spionage noch an Konterrevolution gedacht hat, er war nur für's Rechte und verlangte Arbeit, weil er selbst stets fleißig war. Unterzeichnet: Minna Maertsch, Franz Still, Fritz Maertsch, Krammer Hugo. Adresse: Station Jnosemzewo, Nordkaukasische Eisenbahn, Kolonie Nikolajewskaja, Schule Nr. 9 Lehrerin G. G. Kahnert für Minna M.“³⁸⁰

Maertsch muß sich über ein halbes Jahr im Gefängnis befunden haben, denn erst im September erfahren wir wieder Neues über ihn. Die Deutsche Botschaft berichtete am 4. September 1926 ans Auswärtige Amt, daß nach Mitteilung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Maertsch aus der Sowjetunion ausgewiesen worden wäre. Seine Abschiebung über Leningrad stünde bevor. Zur Zeit befände er sich noch in Moskau in Haft, bis seine Reisepapiere einträfen.³⁸¹

7. Siedlungsprojekte in der Ukraine und in Sibirien

7.1. Die Ansiedlungsorganisation *Ukraine*

Wie in Kapitel 3.3. dargelegt, gab es auch in konservativ-nationalistischen Kreisen Auswanderungsprojekte mit östlichem Ziel, wobei weniger das eigentliche Rußland als

379 Mitglieder der Auswanderergruppe Mertsch an die Landabteilung Pjatigorsk, Rostov und Moskau, 28. 9. 1925. RMdI 1829, Bl. 37 ff.

380 Minna Maertsch und andere Mitglieder der Auswanderungsgruppe Mertsch an die Deutsche Botschaft in Moskau, 4. 4. 1926. RMdI 1829, Bl. 151.

vielmehr die Ukraine und Sibirien ins Auge gefaßt wurden. Vorwärts, das Zentralorgan der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, berichtete in der Abendausgabe vom 16.3.1920 über ein solches konservatives Ansiedlungsprojekt. Demzufolge planten russische Emigranten zaristischer Couleur - wohl hauptsächlich Offiziere der alten Zarenarmee - mit Hilfe bayerischer Nationalisten, deutsche Freikorps auf Donauschiffe zu verladen und in Südrußland anzusiedeln. Dort sei ihnen von „menschenfreundlichen Großgrundbesitzern“ Land in Aussicht gestellt worden. Als Gegenleistung erwarteten diese Schutz gegen die Bolschewiki: Die Freikorps sollten „nicht Dampfpflüge, Sämaschinen und Ackergerätschaften mitbringen, sondern Kanonen, Maschinengewehre, Gewehre, Handgranaten und was sonst zur Ausrüstung eines modernen Landknechts gehört.“³⁸² Dieser polemisch gehaltene Bericht bezog sich auf das Projekt „südrussischer“ Gutsbesitzer, deutsche Freikorps zum Schutze ihrer Güter auf ihrem Land anzusiedeln. Die Aktion erinnert an das „Baltikumsabenteuer“, den Einsatz deutscher Freikorps, die zum Schutz Estlands und Lettlands vor den bolschewistischen Truppen ins Land gerufen wurden und sich selber dort eine neue Heimat schaffen wollten.³⁸³ Möglicherweise mit diesem Vorbild vor Augen hatte sich eine Ansiedlungsorganisation *Ukraine* gegründet. In ihr fanden sich Gutsbesitzer aus den Gouvernements Jekaterinoslav, Cherson und Poltava zusammen. Die Leitung oblag einem gewissen Černikov, einem Gutsbesitzer, der sich in seiner Denkschrift als „früheren Generalgouverneur von Jekaterinburg“ bezeichnet.³⁸⁴ Von seinen Gütern vertrieben, entwarf er im Namen seiner Schicksalsgenossen einen Ansiedlungsplan. In der Denkschrift über seine Organisation, verfaßt am 14. März 1920, erklärte Černikov, warum er sich ausgerechnet von Deutschen beschützen lassen wolle: Die Deutschen besäßen ein überlegenes Kampf- und Siedlungstalent, welches sie während der Besetzung der Ukraine unter Beweis gestellt hätten. Mehr aber zählte noch, daß die Bolschewiki so viel Respekt vor den Deutschen hätten, daß sie deren Eigentum nicht anrührten und somit „die gesamte blühende Wirtschaft der südlichen Ukraine vor den Zerstörungen des Bolschewismus bewahrt werden“ könne.

Die konkreten Ansiedlungspläne sahen so aus: Jeder der Organisation angehörende Gutsbesitzer übergibt ein Zehntel seines Grundbesitzes an die deutschen Kolonisten. Ein entsprechender Kaufvertrag wird fingiert und mit einem Datum aus dem Zeitraum Mai bis Oktober 1918 versehen, da Verträge, die nach dieser Zeit abgeschlossen worden

381 Deutsche Botschaft Moskau an AA, 4. 9. 1926. RMdI 1830, Bl. 13.

382 „Bayern als Herd der Gegenrevolution“. Vorwärts, Abendausgabe, 16. 3. 1920. RMdI 1826, Bl. 71.

383 HEIBER S. 67.

384 Denkschrift des Černikov „Ansiedlungsorganisation ‚Ukraine‘“ (abschriftl.), 14. 3. 1920. RMdI 1826, Bl. 118ff. In ERIK AMBURGER Geschichte der Behördenorganisation Rußlands ist Černikov nicht zu finden.

sind, von den Bolschewiki nicht mehr anerkannt werden. Ein Gegenvertrag, der den offiziellen Kaufvertrag annulliert, wird bei beiden Partnern aufbewahrt. Das Land wird also nur zum Schein verkauft. Für das erste Jahr werden den deutschen Kolonisten auch die restlichen neunzig Prozent des Grundbesitzes zur Pacht überlassen. Als Gegenleistung ist ein Teil der Ernte abzuführen. Das gesamte lebende und tote Inventar des Gutes wird den Deutschen auf mindestens ein Jahr zur Verfügung gestellt. Auch dies geschieht mit dem Hintergedanken, es vor Konfiskationen zu schützen - die Bolschewiki verschleppen weniger Inventar, wenn es in deutschem Besitz ist. Für die Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen sollte die deutsche Regierung Sorge tragen: Sie sollte eine Handelsgesellschaft beauftragen, die mit „weitestgehenden Konzessionen und Einfuhrerlaubnis ausgestattet werden muß“³⁸⁵. Die Segnungen solcher Handelsabkommen mit Deutschland sollten auch den Gutsbesitzern zuteil werden. Die Kolonisten sollten anfangs in den Wohnhäusern der Höfe und Güter untergebracht werden, später jedoch sich eigene Häuser bauen. Da der Boden des betreffenden Siedlungsgebietes außerordentlich fruchtbar sei, genüge für eine kleine Familie ein Landstück von zehn bis fünfzehn Desjatinen vollauf. Da es wenig Arbeitsplätze gäbe, seien die Kolonisten darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt von der Bearbeitung dieses Landstückes zu bestreiten. Als Siedler kämen nur „tadellose Menschen mit anständiger Gesinnung“ in Betracht, vornehmlich aus den Kreisen „früherer Offiziere, Unteroffiziere und verdienter Mannschaften“.³⁸⁶

Dies alles entnehmen wir der Denkschrift des Černikov. Das RWA war von diesen Plänen überhaupt nicht begeistert. In einem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 17. Mai 1920³⁸⁷ beurteilte es das Projekt als schlichtweg undurchführbar, wobei die Kritik von einer recht genauen Kenntnis der Lage vor Ort zeugt und zudem eine interessante Vorgeschichte enthüllt: Schon im Herbst 1918 wollten demnach die Großgrundbesitzer in der West-Ukraine ihre Güter mit eingesessenen deutschstämmigen Kolonisten besetzen. Diese sollten für die Übereignung von 25 Desjatinen Land das Leben und Eigentum ihrer Wohltäter mit der Waffe in der Hand verteidigen. Dieses Angebot wurde selbst von landarmen bzw. landlosen Kolonisten abgeschlagen, da ihnen bewußt war, daß, wenn sie sich hinter die Gutsbesitzer gestellt hätten, sie wie diese von der Enteignung und Vertreibung durch ukrainische Bauern bedroht gewesen wären. Etwas anderes wäre es, so das RWA, würde Černikov an die Übereignung seines gesamten Besitzes an deutsche Siedler denken. In Wolhynien und im Schwarzmeergebiet würden

385 Denkschrift des Černikov „Ansiedlungsorganisation ‚Ukraine‘“ (abschriftl.), 14. 3. 1920. RMDI 1826, Bl. 118ff.

386 *ibid.*

387 RWA an AA, 17. 5. 1920. RMDI 1826, Bl. 120.

sich zahlreiche deutschstämmige Siedler gerne geschlossen auf ehemaligem Gutsbesitz ansiedeln. Dies würde noch am ehesten von den ukrainischen Bauern akzeptiert, da sie es möglicherweise als „Kommunalisierung von Gutsbesitz“ betrachten würden. Hierfür müßten die Gutsherren ihren gesamten Besitz räumen, ohne Pacht in Anspruch zu nehmen. Das RWA hielt aber höchste Diskretion für geboten, um die deutsch-ukrainischen Beziehungen nicht zu gefährden, und wollte daher keine Vermittlerrolle einnehmen. Zu diesem Zweck mußte Černikov mit dem Zentralkomitee des Verbandes der deutschen Kolonisten Südrußlands oder dem Vertrauensrat der deutschen Kolonisten verhandeln. Später, so spekulierte das RWA, könnte man dann auf den mit einheimischen deutschen Kolonisten besetzten Gütern auch einige reichsdeutsche Siedler unterbringen. Doch schon zwei Monate später erklärte das RWA auch diese Variante der Ansiedlungspläne in der Ukraine für aussichtslos.³⁸⁸ Im Juni 1920 waren die Bolschewiki ein viertes Mal in Kiev eingezogen, und diesmal sollten sie sich halten.³⁸⁹ Ihr Vormarsch machte endgültig alle Ansiedlungspläne zunichte.

Obwohl der Ansiedlungsplan des Černikov ziemlich unrealistisch war, wurde er doch in den Kreisen deutscher Heeresentlassener bekannt und weckte bei einigen, die mit Existenzschwierigkeiten zu kämpfen hatten, unberechtigte Hoffnungen. Vor allem im süddeutschen Raum stieß das Projekt auf Resonanz. Das RWA schloß sein Rundschreiben an die Zweigstellen daher mit der Bitte um „gelegentliche nichtöffentliche Aufklärung“³⁹⁰. Aber nicht nur um Freikorpsangehörige vor unbedachter Auswanderung zu bewahren, riet das RWA zur Vorsicht. Die ganze Angelegenheit hatte auch einen politischen Aspekt: Man wollte es sich nicht mit der Ukraine verderben. Mit einer Förderung des Černikovschen Projekts würde man den „ukrainischen Volkswillen“ kompromittieren, was „im Interesse einer späteren deutsch-ukrainischen Annäherung unbedingt vermieden werden muß“.³⁹¹

7.2. Vereinigung *Ansiedlung Ukraina/Ansiedlung Bessarabia*

Karl Fauth gründete nach seinem Ausschluß aus der AO die Vereinigung *Ansiedlung Ukraina* mit Sitz in Leipzig.³⁹² Fauth kannte die Ukraine aus eigener Anschauung, denn während der deutschen Besetzung diente er dort als Sanitätsunteroffizier. Man wählte

388 RWA Rundschreiben 289, 22. 7. 1920. RMdI 18346, Bl. 22.

389 KAPPELER *Ukraine*, S. 175.

390 RWA Rundschreiben 289, 22. 7. 1920. RMdI 18346, Bl. 22.

391 *ibid.*

392 Vereinsregister Nummer 746. Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Polizeipräsidium 843.

ihn in den Soldatenrat, wo er laut RWA „lernte, seine demagogischen Talente zu entwickeln“.³⁹³ Zurück in Deutschland wurde er bei den links orientierten Sozialisten aktiv. Er war einer der Gründer der *Ansiedlung Ost*.

„Teils aus Neid, teils aus Zweifel an seiner Uneigennützigkeit verdrängte man ihn aus dieser Siedlungsgesellschaft. Er begann darauf eine sehr heftige Opposition gegen die Vorstandsschaft der AO und wandte sich durch verschiedene Flugblätter vor allem gegen die erste Kommission, die nach Rußland reiste. Er warf dieser ziemlich unverblümt Unterschlagung und Verwendung der anvertrauten Gelder im Privatinteresse vor. Fauth ist laut Polizei wegen Betrugs und Urkundenfälschung vorbestraft.“³⁹⁴

Mit seinem neuen Projekt, der Vereinigung *Ansiedlung Ukraina*, wandte sich Fauth von seinen früher vertretenen kommunistischen Prinzipien gänzlich ab. Er war überzeugt, daß nunmehr eine völkische Orientierung der Auswandererbewegung vonnöten sei.

Die Beiträge zu diesem Verein waren recht hoch. Das Eintrittsgeld betrug 25 Mark, der Monatsbeitrag fünf Mark, und zusätzlich war jedes Mitglied zur Zahlung von 100 Mark innerhalb eines Monats nach Eintritt verpflichtet. Zur Deckung der Reisekosten zum Ansiedlungsgebiet sollte jedes Mitglied tausend Mark bezahlen, um an dem geplanten Transport teilnehmen zu dürfen.³⁹⁵

Fauth plante, in ganz Deutschland Agitationskomitees zur Mitgliederwerbung einzusetzen. Die solcherart Geworbenen sollten zusammenhängend nach Herkunft in verschiedenen Dörfern der Ukraine angesiedelt werden. Aus dem Deutschland übergreifenden Netzwerk wurde nichts, die *Ansiedlung Ukraina* blieb auf Sachsen und Thüringen beschränkt. Die Leipziger Ortsgruppe hatte immerhin 500 Mitglieder. Weitere Ortsgruppen bestanden in Bautzen, Wurzen, Plauen im Vogtland, Chemnitz, Erfurt, Gotha, Eisenach, Mühlhausen i. Th., Altenburg und Gera.³⁹⁶

Mitte Juni 1920 unternahm Fauth die erste Delegationsreise in die Ukraine. Zu diesem Zweck ließ er sich 5000 Mark aus der Vereinskasse ausbezahlen. Begleitet wurde er von zwei Herren, die sich bereiterklärten, ihre Reisekosten selbst zu bestreiten. Erster Halt der Expedition war Wien. Dort begab sich Fauth zuerst aufs rumänische Konsulat, um die Verhandlungen wegen der Durchreiseerlaubnis zu führen. Daraufhin überraschte er seine Mitreisenden mit der Neuigkeit, daß sie es gar nicht nötig hätten, nach der Ukraine zu reisen, denn die Rumänen seien bereit, den Vereinsmitgliedern Land in Bessarabien zuzuweisen. Die beiden Begleiter drängten nun darauf, mehr über diese angeblichen Zusicherungen zu erfahren, und suchten daher gemeinsam mit Fauth die Botschaft auf. Dort war der Offizier nicht aufzufinden, der die Versprechungen

393 Öffentliche Auskunftsstelle des RWA, Tagebuch-Nr. 5525/20 vom 5. 10. 1920. RMdI 1860, Bl. 72f.

394 *ibid.*

395 Satzung des Vereins *Ukraina*. Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Polizeipräsidium 843 SF 4174.

396 Öffentliche Auskunftsstelle des RWA, Tagebuch-Nr. 5525/20 vom 5. 10. 1920. RMdI 1860, Bl. 72f.

gemacht hatte. Ein Gesandtschaftsbeamter nahm aber trotzdem in der Angelegenheit ein Protokoll auf, wobei Fauth keck behauptete, die Mittel der Vereinigung *Ansiedlung Ukraina* beliefen sich auf 300 000 Mark. Der Beamte erklärte dann, die Herren müßten erst die Antwort aus Bukarest abwarten, und auch ein Paßvisum könne man ohne Bescheid von dort nicht geben. Trotz der Aussichtslosigkeit des Unternehmens erbat sich Fauth von der *Ansiedlung Ukraina* telegraphisch weitere zweitausend Mark, von denen er tausend erhielt, die er in Essen und Trinken verschwendet haben soll. Doch mittlerweile hatten die Mitglieder in Leipzig Verdacht geschöpft, und nach seiner Rückkehr kam es zu einer turbulenten Versammlung. Fauth wurde aus dem Verein ausgeschlossen. Bei der Staatsanwaltschaft wurde eine Untersuchung wegen Betrugs und Unterschlagung beantragt. Die Herausgabe der restlichen Vereinsgelder konnte nicht erlangt werden, vielmehr stellte Fauth dem Verein eine Gegenrechnung. Erstaunlicherweise konnte Fauth sich trotzdem eine Schar treuer Anhänger bewahren. Das RWA vermutete, daß er mit einigen Leuten Privatgeschäfte gemacht hatte oder persönliche Vorteile für Bessarabien oder die Ukraine in Aussicht stellte. Mit den thüringischen Ortsgruppen bereitete er eine "Siedlungsgesellschaft Bessarabia" vor und verkündete in Erfurt, die rumänische Regierung nehme deutsche Siedler mit offenen Armen auf.³⁹⁷

Nun schritt aber das RWA ein und strengte ein Strafverfahren gegen Karl Fauth an. Am 27. April 1921 wurde er vom Amtsgericht Leipzig zu einer Geldstrafe von 1500 Mark oder hundert Tagen Gefängnis verurteilt. Seine Vereine waren zu dieser Zeit sämtlich in Auflösung begriffen. An die Stelle der Leipziger *Ansiedlung Ukraina* trat eine *Deutsch-Ukrainische Vereinigung* (s. Kap. 8. 4. 2.). Nachteiliges über diesen Verein wurde nicht bekannt.³⁹⁸

7.3. Auswanderungsziel Sibirien: Die *Niederlausitzer Arbeits- und Siedlungsgenossenschaft Igdrasil*

Aus dem Protokoll einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen im April 1920 erfahren wir Näheres über die *Niederlausitzer Arbeits- und Siedlergenossenschaft Igdrasil*.³⁹⁹ Ihr Gründer, der Bergingenieur Walter

397 *ibid.*

398 RWA, 21. 7. 1921. RMdI 1860, Bl. 256.

399 Protokoll der 5. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen am 23. 4. 1920. RMdI 1871, Bl. 49ff.

von Mohrenschildt, hielt einen enthusiastischen Vortrag über die Niederlassungsmöglichkeiten in Südsibirien:

„Der Osten bietet nicht nur genügend Raum, sondern auch Arbeitsgelegenheit in überreicher Fülle. Millionen können in der Landwirtschaft und in der wieder aufzubauenden russischen Industrie untergebracht werden. Somit ist Deutschland volkswirtschaftlich mit dem Osten aufs engste verknüpft. Was liegt also näher, als den Menschenstrom nach dorthin abzuleiten.“⁴⁰⁰

Der Menschenstrom, das waren „gute deutsche Pioniere aus dem Osten, jetzt heimatlose, mittellose Flüchtlinge, die hier auf der Suche nach einer neuen Existenz ohne Leitung herumirren.“⁴⁰¹ Mohrenschildt dachte also vor allem an die Deutschen, die durch die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg heimatlos geworden waren oder vor den Diskriminierungen in Rußland flohen.

„Um dieses wertvolle Menschenmaterial nicht zu verlieren, sondern zu sammeln und jedem Arbeitswilligen und moralisch und gesund denkenden Menschen helfen zu können, habe ich unter großen Schwierigkeiten mit Gottes Hilfe eine Flüchtlingskolonie in dem Niederlausitzer Braunkohlenrevier gegründet und die Gleichgesinnten in eine Arbeits- und Siedlungsgenossenschaft vereinigt.“⁴⁰²

Dies sei die „Mutterkolonie“, zu der später ständig Kontakt gepflegt werden sollte. Von hier aus sollte die Kolonisation Sibiriens vor sich gehen.

Dies hehre Ziel zu verwirklichen, hatte von Mohrenschildt das Sayan-Altai-Gebiet im Visier, das Quellgebiet der Flüsse Ob und Enisej, das seines Erachtens für deutsche Siedlung ganz besonders in Betracht kam. Die landwirtschaftliche Entwicklung könne dort mit industrieller Hand in Hand gehen, da es sowohl fruchtbares, noch unkultiviertes Land in Überfülle als auch reiche mineralische Schätze gebe. Klimatisch sei das Gebiet günstig: Der Flora nach sei es der Schweiz ähnlich, dank des kalten Bodens und „der großen Wärmemenge im Sommer“ fruchtbar und überdem gesund wegen des „großen Radiumgehalt des Bodens“ und des „Fehlen von großen Witterungsschwankungen“. Es gebe viele Heilquellen, und am See Schira sei neuerdings sogar ein Kurort entstanden. „Landschaftlich übertrifft es an Schönheit viele in dieser Hinsicht bekannte Gegenden Europas.“ Sibirien sei das „gelobte Land.“⁴⁰³ Es sei anzuraten, die Zahl der Auswanderer fürs erste einzuschränken und sie nur mit der Entwicklung der Industrie zu steigern. Unter konkreteten Erwerbsmöglichkeiten stellte von Mohrenschildt sich vor: „Gewinnung von Edelmetallen, Viehzucht, Molkerei, Fischzucht, Jagd auf kostbare Pelztiere, Anbau von Tabak, Zuckerrüben, Hanf, Flachs und vieles mehr. Jeder, der entschlossen ist, Hand anzulegen, kann in kurzer Zeit zu großem Wohlstand kommen.“

400 ibid.

401 ibid.

402 ibid.

Was die politischen Verhältnisse anbelangt, zeigte sich von Mohrenschildt kurzsichtig. Sibirien sei

„glücklicherweise von dem bolschewistischen Einfluß aus vielerlei Gründen freigebieben, da der Großteil der Bevölkerung mongolisch-tatarischen Ursprungs ist, darunter viele Lamas, die außerhalb jeder politischen Bewegung stehen. Die russische Bevölkerung ist zumeist aus politisch verschickten, aber geistig hochstehenden Menschen zusammengesetzt, unter denen der Bolschewismus nicht Fuß gefaßt hat. Dazu hat die vollkommene Abgeschlossenheit vom übrigen Rußland viel beigetragen.“⁴⁰⁴

Dies mochte für den Moment Berechtigung haben: Sibirien war im April 1920 noch nicht von den Bolschewiki besetzt, aber weniger, weil es von politisch desinteressierten Naturvölkern oder feinsinnigen Verbannten bewohnt war, sondern weil dort antibolschewistische Streitkräfte Fuß gefaßt hatten. Wenn es zu diesem Zeitpunkt vielleicht auch noch nicht absehbar war, wie sich die Dinge entwickeln würden, zeugte es doch von politischem Unverständnis, die Lage in Sibirien anders als ungewiß zu schildern. Am Schluß seines Vortrags steigerte sich von Mohrenschildt ins Visionäre:

„Ich bin überzeugt, daß jede Arbeit, jedes Unternehmen in diesem Teil Sibiriens gelingen muß. Sibirien ist nicht, wie viele es heute noch glauben, das Land der ewigen Kälte, eine Wüstenei, Gefängnis für Schwerverbrecher. Nein, es ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das Land, wo Milch und Honig fließt, und es ist das einzige Land, das Deutschland wieder zu Kraft und Größe emporheben kann.“⁴⁰⁵

Erstaunlich ist, daß von Mohrenschildt mit seinen unrealistisch scheinenden Vorstellungen bei den Zuhörern ein positives Echo fand. Es handelte sich bei seinem Publikum immerhin um die Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen (weiter: AG), der namhafte und seriöse Beratungsorganisationen angehörten.⁴⁰⁶ In der gleichen Sitzung wurde ein Referat über den Verein Ansiedlung Ost gehalten und dieser scharf kritisiert: Da war die Rede von „landwirtschaftlicher Ahnungslosigkeit und frivoler Leichtfertigkeit“ der Vereinsgründer.⁴⁰⁷ So sehr diese Vorwürfe berechtigt waren, ist es umso verwunderlicher, warum nur wenige dem Mohrenschildtschen Vorhaben Mißtrauen entgegenbrachten, warum er überhaupt auf dieser Versammlung reden durfte. Denn seine Vorschläge klangen ähnlich unrealistisch wie die der AO. Eine Erklärung dürfte in dem Charakter der AG zu finden sein. Es handelte sich dabei um eine Dachorganisation, in der sich im Februar 1919 verschiedene an Auswanderung interessierte Körperschaften und Vereine zusammenfanden, um ein

403 *ibid.*

404 *ibid.*

405 *ibid.*

406 „Von der ‚Arbeitsgemeinschaft für das Auswanderungswesen‘“. Der deutsche Auswanderer, Jg. 17, Nr. 3-4 (April 1919), S. 98f., BRETTING / BICKELMANN S. 210, Anm. 517.

407 Referat des Admirals von Kühlwetter über die AO auf der 5. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen am 23. 4. 1920. RMdI 1871, Bl. 34-48. Hier: Bl. 39.

„wanderungspolitisches Diskussionsforum“ zu bilden.⁴⁰⁸ Immerhin 65 Körperschaften gehörten zum Gründungszeitpunkt der AG an. Darunter befand sich die Deutsche Kolonialgesellschaft, die Norddeutsche Lloyd und verschiedene nationale und religiöse Vereine. Die Vereinigung für Deutsche Siedlung und Wanderung wurde zum geschäftsführenden Mitglied der neugegründeten AG bestimmt. Diese Gruppen sahen ihre Aufgabe nicht nur in der Beratung von Auswanderungswilligen, sondern wollten auch die Auswanderung im nationalen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands lenken. Sie standen in ihren Bestrebungen dem RWA nahe, waren tendenziell eher revisionistisch und konservativ. Dies erklärt, warum die utopischen Pläne des Herrn von Mohrenschild so wohlwollend aufgenommen wurden - sie kamen den Vorstellungen von „Erhaltung des Deutschtums im Auslande“ und anti-Versailler Bestrebungen entgegen. Aus dem Protokoll der 7. Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft am 3.9.1920 erfahren wir, daß sich mehrere Teilnehmer wärmstens für die Ansiedlung in Sibirien aussprachen.⁴⁰⁹ Man wollte den Ententemächten zuvorkommen, die auch Interesse an Gebietsgewinnen in Sibirien zeigten. Allerdings erwähnt das Protokoll auch einigen Widerspruch an dem sibirischen Projekt, leider ohne genaue Angabe von wem und weshalb.⁴¹⁰

8. Weitere Siedlungsgesellschaften

Im folgenden sind nach Osten orientierte Siedlungsgesellschaften aufgeführt, die in den Akten des Innenministeriums oder den Vereinsregistern Erwähnung fanden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Gruppierungen mit nur geringem Einfluß und kurzer Lebensdauer, weswegen das Material über sie eher spärlich ist - meist beschränkt es sich auf eine reine Nennung des Namens, des ungefähren Gründungsdatums und -ortes. Viele kamen in ihrer Tätigkeit nicht über das Gründen eines Vereins hinaus, manche noch nicht einmal über das Verfassen einer Denkschrift. Aller Dürftigkeit der Fakten zum Trotz sollen sie hier aufgeführt werden, um ein Bild davon zu vermitteln, wie wenig abwegig vielen Leuten das Auswanderungsziel im Osten schien, und mit welcher verschiedenen weltanschaulichen Motivationen gleichermaßen man sich Hoffnungen auf ein besseres Leben in Rußland, in Sibirien oder der Ukraine machen konnte.

408 BRETTING / BICKELMANN, S. 210.

409 7. Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen am 3. 9. 1920. RMdI 1871, Bl. 117ff.

410 Protokoll der 5. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen am 23. 4. 1920. RMdI 1871, Bl. 24.

Grundlegende Züge sind auch bei einigen dieser kleineren Gruppierungen erkennbar: die rechtsstehenden betonen den Erhalt deutscher Kultur und die Vermehrung deutschen Siedlungsgebietes, die linksstehenden die Unterstützung der neuen Gesellschaftsordnung und das Profitieren von diesem neuen, gerechteren System.

Bei der Aufzählung der Gruppen werde ich unter 8.1. zunächst die weltanschaulich links stehenden Gruppen vorstellen, unter 8.2. die rechts - konservativen. Unter 8.3. finden sich Organisationen, die vor allem geschäftliche Ziele verfolgten, unter 8.4. schließlich Siedlungsgesellschaften im klassischen Sinn.

8.1. Linksstehende Organisationen

8.1.1. *Flammeanus-Gemeinde* in Stuttgart

Diese Genossenschaft nannte sich auch *Süddeutsche Auswanderer-Vereinigung der Handwerker, Tagelöhner und der Landbevölkerung*. Sie plante eine Ansiedlung in Rußland mit kommunistischer Wirtschaftsweise und religiös-sektiererischen Tendenzen.⁴¹¹ Eine lange Lebensdauer war ihr nicht beschieden. Vermutlich 1919 gegründet, löste sie sich schon Anfang 1920 auf, und ihr Leiter, Theodor Jaschek, schloß sich der AO an.⁴¹²

8.1.2. *Schwäbische (süddeutsche) Siedlungsgenossenschaft Südrußland*

Diese Siedlungsgenossenschaft wurde Ende 1919 von dem als politisch radikal bezeichneten kommunistischen Schreiner Gotthilf Strienz gegründet. Hauptsitz war in Stuttgart, wo sich die Geschäftsstelle in Untertürkheim, Kepplerstraße 2, befand.⁴¹³ Ortsgruppen existierten in Feuerbach, Karlsruhe, Mannheim und Zuffenhausen. Eine Zeitlang gab die Genossenschaft eine Zeitung heraus, *Der süddeutsche Ansiedler*, die aber bald einging. Ziel der Auswanderung war Südrußland. Das RWA spricht von etwa 300 Mitgliedern.⁴¹⁴

411 RWA Rundschreiben Nr. 157, 26. 1. 1920. RMdI 18345, Bl. 253ff.

412 RWA Rundschreiben Nr. 182, 2. 3. 1920. RMdI 18345, Bl. 264.

413 *ibid.*, Bl. 257ff.

414 RWA Rundschreiben Nr. 157, 26. 1. 1920. RMdI 18345, Bl. 253ff.

8.1.3. Siedlungsverband Rote Erde

Dieser Siedlungsverband wird nur kurz in dem Verzeichnis der Siedlungsgesellschaften des RWA erwähnt. Er hatte seinen Sitz in Münster/Westfalen, Elisabethstr. 2.⁴¹⁵ Der Name weist auf eine linksstehende Organisation hin.

8.1.4. Organisation Neu-Wald

Die *Organisation Neu-Wald* konstituierte sich am 27. 12. 1925 in Wald (Rheinland). Leiter war Adolf Schubert, ein Kommunist. Das Ziel der Organisation war, eine genossenschaftlich geführte Dorfgemeinde mit etwa tausend Menschen in Südrußland zu gründen. Der Verein gab ein monatliches Mitteilungsblatt heraus, aus dessen bis dato dreimal erschienenen Nummern die Reichsstelle folgende Informationen entnahm:

„Jeder Einwohner des Dorfes ist arbeitspflichtig, Frauen sowohl als Männer. Von der Arbeitspflicht sind entbunden die Einwohner unter 15 und über 60 Jahre, die werdende Mutter, Kranke und Invalide. Frauen, die einen Haushalt führen, erfüllen ihre Verpflichtungen mit den Hausarbeiten. Die Frau steht dem Manne wirtschaftlich und politisch gleich, sie hat das volle Recht über ihren eigenen Körper und braucht nicht Mutter zu werden, wenn sie nicht will. Die Dorfgemeinde entschädigt keinen Einwohner für geleistete Arbeit, übernimmt jedoch die Versorgung aller Einwohner. Keiner braucht Steuern oder Abgaben zu entrichten. Die Staatssteuern werden von der Gemeinde bezahlt. Dem Einwohner stehen frei zur Verfügung eine Wohnung (Einfamilienhaus mit Garten), Schule und Lernmittel, Arzt und Heilmittel sowie Feuer- oder Erdbestattung. [...] Jeder Einwohner ist wahlberechtigt und bei Strafandrohung wahlverpflichtet. Am 1.5. jedes Jahres finden die Gemeindewahlen statt, in denen der Dorfsowjet, das Gericht und das Standesamt gewählt werden. Jedes Mitglied muß, wenn es Einwohner der Dorfgemeinde wird, alle Geldwerte, die in seinem Besitz sind, an die Dorfgemeinde gegen wertbeständige Gutschrift abtreten. Nur das, was sich der Einwohner für den persönlichen Bedarf mitbringt und was er sich auf Grund seiner Versorgungskarten innerhalb der Gemeinde erwirbt, ist sein persönliches Eigentum.“⁴¹⁶

Zu diesen Auswanderungsplänen kommentierte die Deutsche Allgemeine Zeitung sarkastisch:

„Wald bei Solingen 13. 1. Hier hat sich unter kommunistischer Führung die Organisation ‚Neu-Wald‘ gebildet, deren Mitglieder in kurzem auswandern wollen, um im Wolga-Distrikt eine Gemeinde Neu-Wald zu begründen.[...] Sicher liegt dem Beschluß die Kenntnis zugrunde, in wie harter Arbeit die Wolgadeutschen sich zu einer einigermaßen lebensfähigen Existenz durchringen mußten.“⁴¹⁷

415 RWA: Verzeichnis der Siedlungsgesellschaften. RMdI 18345, Bl. 103.

416 Reichsstelle an RMdI, 21. 5. 1926. RMdI 1829, Bl. 279.

417 „Gute Reise“. *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 2. 2. 1926. RMdI 1829, Bl. 10.

Schubert hatte ursprünglich geplant, Ende Januar 1926 auf Kosten der Organisation nach Rußland zu fahren, um sich das Siedlungsgebiet anzusehen. Nach seiner Rückkehr sollte zunächst ein Transport von dreißig Männern abgehen, um Wohnungen zu errichten, woraufhin dann im April vierzig Familien folgen sollten. Weil Schubert jedoch mit seinen Verhandlungen auf der Russischen Botschaft in Berlin erfolglos blieb, verschob man die Ausführung der Pläne um ein Jahr.⁴¹⁸ Doch da gab es *Neu-Wald* schon gar nicht mehr. Zwar soll Schubert in Moskau gewesen sein, zwar soll ihm sogar ein Areal im Ural- oder Wolgagebiet in Aussicht gestellt worden sein - aber am 28. November 1926 beschloß man in der Generalversammlung, die Organisation aufzulösen. „Dem allgemeinen Wunsche, den bisherigen Zusammenhang zwischen den Mitgliedern auch weiterhin zu pflegen, wurde stattgegeben. Ein Beitrag wurde jedoch nicht mehr erhoben.“⁴¹⁹

8.2. Rechtsstehende Organisationen

8.2.1. Siedlungsprojekt des Bürgermeisters Fink aus Gollnow

Am 25.8.1920 informierte das Reichswanderungsamt das Auswärtige Amt über eine Denkschrift des Bürgermeisters Fink aus Gollnow.⁴²⁰ Fink wollte sich an organisierter Auswanderung versuchen. Ihm schwebten deutsche Siedlungen in Rußland vor, die sich wie deutsche Inseln im russischen Meer ausnehmen sollten. Die Deutschen dort würden Selbstverwaltung genießen und ein eigenes Ortsrecht besitzen. Die deutschen Arbeiterschutzgesetze sollten auf die Arbeiter Anwendung finden. Die Detailfreudigkeit des organisationstalentierten Bürgermeisters ging so weit, daß er sich in seinen Siedlungen ein deutsches Postsystem vorstellte: Ein deutsches Postamt mit deutschen Postbeamten sollte den Postverkehr besorgen.⁴²¹

418 Reichsstelle an RMdI, 21. 5. 1926. RMdI 1829, Bl. 279.

419 Reichsstelle an RMdI, 8. 1. 1927. RMdI 1830, Bl. 3.

420 RWA an AA über die Denkschrift des Bürgermeisters Fink in Gollnow betr. organisierte Auslandssiedlung, 25. 8. 1920. RMdI 1826, Bl. 175.

421 *ibid.*

8.2.2. Osteuropäische Siedlungsgenossenschaft, Sitz Moskau und Berlin

Ein ähnlicher Phantast wie Bürgermeister Fink war Romeo von Krenski aus Cosel. Am 16.12.1921 schrieb er an das Ministerium für Handel und Industrie, um die Grundzüge der von ihm gegründeten *Osteuropäischen Siedlungsgenossenschaft* zu unterbreiten und um weitestgehende Unterstützung zu bitten.⁴²² Das Ansinnen Krenskis war es, auswanderungswilligen Deutschen ein sicheres Auskommen zu bieten, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu fördern und die Ressourcen Rußlands für Deutschland nutzbar zu machen: „Rußland wird für die Auswanderer ein neues Amerika.“⁴²³ Krenski plante eine „Muttersiedlung“ im „Distrikt Moskau und Uralgebirge, von der aus netzartig die systematische Bearbeitung des Landes erfolgen soll“.⁴²⁴ Die unberührten Bodenschätze des Riesenreiches garantierten fast von selbst erfolgreiche Arbeit.

Krenski behauptete, die Ansiedlung würde von der Sowjetregierung unterstützt. Der erste Transport sollte im Frühjahr 1922 abgesandt werden. Die konkreten Bedingungen vor Ort stellte sich Krenski folgendermaßen vor: Jeder bäuerliche Siedler hat Anspruch auf ein Haus nebst Land, für Handwerker reichen auch Mehrfamilienhäuser. Kapital braucht keiner mitzubringen- Kost und Bekleidung werden unentgeltlich zu Verfügung gestellt. Vom monatlichen Gehalt wird die Siedlung abbezahlt. Eine prozentuale Beteiligung am Gewinn des Siedlungsunternehmens ist selbstverständlich.⁴²⁵

Dem Reichswanderungsamt war Krenskis Projekt nur einen knappen Kommentar wert. In einem Schreiben an das Innenministerium vom 20. Januar 1922 hieß es lakonisch: „Krenski wendet dieselben Schlagworte an, die schon zahlreiche Gründer ähnlicher Unternehmungen gebraucht haben.“⁴²⁶ Krenski sei offensichtlich nicht unterrichtet über die Verhältnisse in Rußland. Die Durchführbarkeit seines Plans sei sehr zweifelhaft - wie die Sowjetunion das Unternehmen unterstützt, woher die Geldmittel kommen, würde nicht erklärt. Eine Bekämpfung dieses „Schwindel- oder Phantasieproduktes“ sei zu befürworten. Daraufhin angestellte Erhebungen ergaben, daß Romeo von Krenski in Cosel nicht zu ermitteln war, dort weder polizeilich gemeldet noch in den Fremdenbüchern verzeichnet war. Offensichtlich hatte er es auch noch nicht geschafft, Teilnehmer für sein dubioses Unternehmen zu werben.⁴²⁷

422 Romeo von Krenski aus Cosel ans Ministerium für Handel und Industrie, 16. 12. 1921. RMdI 1827, Bl. 245.

423 ibid.

424 ibid.

425 ibid.

426 RWA an RMdI, 20. 1. 1922. RMdI 1827, Bl. 245.

427 RWA an RMdI, 6. 2. 1922. RMdI 1827, Bl. 248.

8.2.3. Kultur- und Siedlungsgenossenschaft m. b. H. in Neukölln

Im Rundschreiben vom 4. April 1925 warnte das Reichswanderungsamt vor der *Kultur- und Siedlungsgesellschaft m. b. H.* Gegründet wurde sie von dem Kaufmann A. Roßberg in Neukölln mit dem Ziel, „eine großzügige Ansiedlung Deutscher in der Gegend von Jekaterinoslaw ins Werk zu setzen.“⁴²⁸ Interessenten wurden durch Zeitungsanzeigen aufgefordert, sich zu melden, und erhielten daraufhin die Information, daß es sich bei dem Unternehmen „um den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau deutscher Siedlungsgebiete im Süden Rußlands handele und zwar in einer denkbar günstigen Lage, welche tüchtigen Handwerkern und Landwirten die besten Möglichkeiten zur Gründung einer Existenz inmitten einer rein deutschen Bauernbevölkerung biete.“⁴²⁹ Gegen Einsenden von zwei Mark erhielten die Interessenten weitere Informationen und die Aufforderung, durch Ausfüllen eines Fragebogens die Mitgliedschaft zu erwerben. Den eingetretenen Mitgliedern wurde daraufhin mitgeteilt, daß sie für den ersten, im April geplanten Transport einen reservierten Platz hätten und sich am 15. 3. 1925 im Geschäftslokal der Gesellschaft einfinden sollten, wo mit ihnen ein Ausreisevertrag geschlossen werden würde. Dieser Vertrag sichere den Siedlern 32 Hektar guten Bodens zu, pachtweise auf 36 bzw. 50 Jahre überlassen. Ferner erhalte der Siedler dank besonderer Abmachungen mit der Sowjetregierung Steuerermäßigung und verbilligte Bahnfahrt. Die Gesellschaft Sorge für die Unterbringung und die Bereitstellung von Saatgut, Zuchtvieh, Bekleidung, Maschinen und Geräten. Schutz für Leben und Besitz des Siedlers und seiner Angehörigen werde garantiert. Schließlich wurden die Mitglieder ein weiteres Mal um Geld gebeten: innerhalb der nächsten Woche sollten sie einen Unkostenbeitrag von fünfzig Mark an die Siedlungsgesellschaft einsenden.⁴³⁰ Dem Reichswanderungsamt schwante nichts Gutes: „Das Vorgehen Roßbergs erweckt den dringenden Verdacht, daß es nur darauf ankommt, in kurzer Zeit zahlreiche Einzahlungen zu 50 Mark einzunehmen und mit dem Gelde zu verschwinden. Für die Durchführbarkeit des Unternehmens liegen noch nicht die geringsten positiven Unterlagen vor.“⁴³¹

Daß Roßberg sich bereits wegen Betruges vor Gericht verantworten mußte, machte ihn natürlich auch nicht vertrauenswürdig. Die Reichsstelle für Auswanderungswesen beantragte daher Verbot dieses Unternehmens. Und so gesellte

428 Reichsstelle Rundschreiben Nr. 672, 4. 2. 1925. RMdI 1861, Bl. 297.

429 *ibid.*

430 *ibid.*

431 *ibid.*

sich zu dem bereits schwebenden Verfahren noch eines „wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung gegen Mißstände im Auswanderungswesen“.⁴³²

8.3. Organisationen mit geschäftlichem Interesse

8.3.1 *Deutsch-Südrussischer Verband e. V.*

Der Regierungs-Assessor Merzdorf gründete Anfang 1920 in Dresden den *Deutsch-Südrussischen Verband*. Das RWA reihte ihn in die Kategorie „zuverlässig“ ein, die Räte-Zeitung hingegen schimpfte: „Versuchen diese konterrevolutionären Elemente sich nochmals in Rußland Reichtümer zu erwerben, jedenfalls wird die Sowjet-Regierung dafür sorgen, daß dieses nur ein Wunsch bleibt.“⁴³³

8.3.2. *Deutsch-Russische Industriegewerkschaft*

Die *Deutsch-Russische Industriegewerkschaft* (weiter: DRIG) wurde in der ersten Jahreshälfte 1920 in Berlin gegründet. Ihren Satzungen zufolge hatte die Gewerkschaft den Zweck, Rußland die Aufrichtung seiner Industrie mit Hilfe deutscher Arbeiter zu ermöglichen. Dazu sollten willige Deutsche - „Kopf- und Handarbeiter“- planmäßig vorbereitet und zusammengeschlossen werden.⁴³⁴ „Zur planmäßigen Vorbereitung“, so lesen wir auf einem Flugblatt der DRIG,

„gehört: 1. eine gewisse sprachliche Vorbildung, 2. Aufklärung über die russischen Arbeits- und Ernährungsverhältnisse, 3. die Sicherstellung der in Rußland eingesetzten deutschen Kräfte in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung durch Verträge mit der Sowjet-Regierung resp. den in Betracht kommenden Organisationen. Die deutschen Arbeiter, die in Rußland arbeiten wollen, müssen Garantien haben, daß sie in der Art und Weise wie in Deutschland, auch in Rußland arbeiten können, d.h. ohne den diktatorischen Zwang und drakonische Strafen. Deshalb müssen die deutschen Arbeiter in Rußland eingesetzt werden unter deutschem Recht, d.h. sie müssen, wie es bei Gesandten, Konsulen und anderen auswärtigen Vertretern in allen Ländern üblich ist, die Exterritorialität zugebilligt erhalten. Das kann nur durch offiziellen Vertrag mit der Sowietregierung geschehen. Die deutschen Arbeiter müssen in Rußland unter der Obhut der deutschen Gewerkschaften und der russischen Arbeiter-Organisation stehen. Das will die DRIG.“⁴³⁵

432 RWA an RMdI, 7. 3. 1925. RMdI 1861, Bl. 323.

433 „Ansiedlung Ost - Leipzig“. RZ Jg. 2, Nr. 5, S. 3.

434 Satzung der DRIG. RMdI 1826, Bl. 205.

435 Flugblatt: Was will die DRIG? RMdI 1826, Bl. 209.

Der Gründer der DRIG war ein gewisser Otto Pertz, der sich als „Sekretär des deutschen Arbeiterrats in Sankt Petersburg“ bezeichnete. Dem Bericht des RWA ist zu entnehmen, daß Pertz mit den für Gründer solcher Vereine üblichen Eigenschaften ausgestattet war - Abenteuerlust, Erlösungsgedanken und mangelndem Realitätssinn.⁴³⁶

Von den Auswanderungswilligen wurde eine Mark Eintrittsgeld und 50 Pfennig Wochenbeitrag erhoben. Bis September 1920 stellte die DRIG etwa 1200 Mitgliedskarten aus. Neben der Auswanderung verfolgte die DRIG aber noch andere Zwecke, und zwar geschäftlicher Art. Eine deutsch-russische Waren-Austausch-Gesellschaft wurde ins Leben gerufen, für die leistungsfähige Fabrikanten und Handelshäuser geworben werden sollten.

Das RWA hielt Mißtrauen diesem Verband gegenüber für angebracht. Auch die deutschen Gewerkschaftsverbände standen der DRIG „schroff ablehnend gegenüber“,⁴³⁷ bezichtigten sie, „Schiebermethoden“ anzuwenden⁴³⁸ und warfen ihr Opportunismus vor: „An der Spitze dieser ‚Gewerkschaft‘ steht jene Sorte von Kommunisten, die es in den Kapptagen für gut befunden haben, mit der Kappregierung sofort in freundschaftliche Verbindung zu treten.“⁴³⁹ Der Vorwurf des Opportunismus kam auch von Seiten der Räte-Zeitung. Einerseits bezeichne sich die dubiose Neugründung als Gewerkschaft, andererseits trage sie eindeutig kapitalistische Züge: Sie habe „ihr Domizil im innersten Geschäftsviertel Groß-Berlins, Leipziger Straße“ aufgeschlagen. „Die Räumlichkeiten entsprechen dem echt preußischen Bürokratensinn. Empfangs- und Konferenzzimmer mit allmächtig großen und grünen Diplomatentischen, Lehnstühlen u. dergl.“⁴⁴⁰

8.3.3. Osteuropäische Siedlungsgenossenschaft in Heilbronn

Diese Siedlungsgenossenschaft wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1922 von einem Erwin Palck gegründet.⁴⁴¹ Das RWA hielt seine Pläne für äußerst unrealistisch. Von Palck um einen Kommentar gebeten, beschied es ihm, daß sein Unternehmen nur dann erfolgreich sein könne, wenn es in Verbindung mit einer größeren deutschen Wirtschaftsorganisation stünde.⁴⁴²

436 RWA Rundschreiben Nr. 326, 24. 9. 1920. RMdI 1826, Bl. 195.

437 *ibid.*

438 Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst, Jg. 2, Nr. 11 (28. 8. 1920). RMdI 1826, Bl. 211.

439 *ibid.*

440 HUGO GUMPRICH „Deutsch-Russische Industrie-Gewerkschaft“. RZ Jg. 2, Nr. 34, S. 3.

441 RWA an RMdI, 7. 8. 1922. RMdI 1827, Bl. 256.

442 *ibid.*

Es scheint sich bei Palck um einen Unternehmer zu handeln, der nach Einführung der NEP seine Chance gekommen sah, profitable wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion zu knüpfen. Von daher auch der Hinweis des RWA, er solle sich einer größeren Organisation anschließen.

8.4. Auswanderungsgesellschaften

8.4.1. *Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer Siedlungsgenossenschaft in Sibirien*

Dies war eine Münchner Gruppe, deren Geschäftsstelle sich in der Westenriederstraße 3 befand. Zunächst lose mit der Ansiedlung Ost verbunden, hatte sie sich 1920 von ihr losgesagt, da die kommunistisch-bolschewistische Richtung ihren Vorstellungen nicht mehr entsprach. Die *Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer Siedlungsgenossenschaft in Sibirien* plante die Gründung einer Ansiedlung in Sibirien in Form einer landwirtschaftlich-industriellen Genossenschaft, lehnte aber die kommunistische Wirtschaftsweise ab.⁴⁴³

8.4.2. *Deutsch-Ukrainische Vereinigung*

Dieser Verein ging hervor aus der *Ansiedlung Ukraina*, die sich im Februar 1921 auflöste. Die *Deutsch-Ukrainische Vereinigung* bezweckte die Pflege der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Ukraine und die Beratung und Unterstützung auswanderungswilliger Mitglieder, die sich in der Ukraine niederlassen wollten. Sitz war in Leipzig.⁴⁴⁴ Das RWA bezeichnete den Verein als „vertrauenswürdig“.⁴⁴⁵

443 RWA Rundschreiben Nr. 157, 26. 1. 1920. RMdI 18345, Bl. 253ff. In den Münchener Stadtadreßbüchern Jg. 1919 bis 1924 ist der Verein unter der genannten Adresse nicht zu finden.

444 RWA, 21. 7. 1921. RMdI 1860, Bl. 256.

445 Verzeichnis der Auswanderervereine und Siedlungsunternehmen nach dem Stande vom 1. 10. 1920. RMdI 18346. Bl. 187ff.

8.4.3. Verein deutscher Rußlandauswanderer

Dieser Verein wurde in Straubing im Herbst 1921 gegründet. Die Adresse war Passauer Straße 3.⁴⁴⁶

8.4.4. Landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaft zur Auswanderung nach Rußland

Im Jahre 1925 gründete ein Bauunternehmer namens Grommeck im ostpreußischen Snopken (bei Johannsburg/Ostpreußen) die *Landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaft zur Auswanderung nach Rußland*. Ziel war, eine landwirtschaftliche Kolonie in den mit deutschen Siedlungen durchsetzten Gouvernements Taurien oder Cherson zu schaffen.⁴⁴⁷

Der Gruppe gehörten 203 Leute an - 40 Familien, die sich laut Reichsstelle „mehr durch Kinderreichtum als durch vorhandenes Vermögen“⁴⁴⁸ auszeichneten. Teils handelte es sich hierbei um ostpreußische Landwirte und Landarbeiter, teils um Deutschrussen, teils um Russen - „Angehörige der in Ostpreußen angesiedelten griechisch-orthodoxen Philipponen“.⁴⁴⁹ Parallelen zu den beiden in Kapitel 5 behandelten ostpreußischen Auswanderungsorganisationen sind offensichtlich: deutschstämmige Rückwanderer und Flüchtlinge setzten große Erwartungen in solche Vereine, weil sie hofften, in deren Schlepptau nach Rußland zurückkehren zu können. In der Reichsstelle machte man sich große Sorgen um diese Familien und befürchtete ihren Ruin, falls es zur Auswanderung kommen sollte. Also machte sich ein Berater des Amtes auf, Grommeck und seine Anhänger von ihre Plänen abzubringen. Dies gelang ihm nicht, doch fand er wider Erwarten in den Auswanderungswilligen „ernstgesinnte Menschen“, welche sich „aus Sorge um die Zukunft ihrer Kinder nach Ansiedlungsmöglichkeiten in einem Lande umsehen, wo man sich ausbreiten könnte.“⁴⁵⁰ Der unerträgliche Steuerdruck zwinge sie zum Verkauf ihres landwirtschaftlichen Besitzes und zur Emigration.⁴⁵¹ Dazu sollte es aber nicht kommen.

446 *ibid.*

447 Reichsstelle an RMdI, 6. 7. 1925. RMdI 1829, Bl. 240.

448 Reichsstelle an RMdI, 7. 10. 1926. RMdI 1830, Bl. 4.

449 *ibid.* Philipponen: Vom Mönch Philipp (gest. 1675) in Rußland gegründete zaren- und staatskirchenfeindliche Sekte, die zu den priesterlosen Altgläubigen gehörte. Der Große Herder, Freiburg 1958, Bd. 7 s. v. Philipponen.

450 Reichsstelle an RMdI, 7. 10. 1926. RMdI 1830, Bl. 4.

451 *ibid.*

Im Sommer 1927 meldete Grommeck der Königsberger Auswandererberatungsstelle, daß die Gruppe zerfallen sei.⁴⁵²

8.4.5. Kolonistenverein in Neustadt bei Coburg

Im Juni 1926 informierte die Bayerische Landessiedlung das Innenministerium über diesen Neustädter Verein, der eine staatliche Unterstützung zur Umsiedlung nach Rußland gewährt haben wollte. Die bayerische Behörde äußerte sich fast wohlwollend über das Projekt: „An und für sich erscheint der Gedanke einer Ansiedlung der fraglichen Personen erwägenswert, weil sie sonst mit öffentlicher Unterstützung durchzufüttern sind.“⁴⁵³ Zwar hält man einen Teil der Leute für Kommunisten oder Sympathisanten, doch machten die Leute insgesamt einen intelligenten und zuverlässigen Eindruck.⁴⁵⁴ Und wenn man ihre klug argumentierende Petition liest, kann man dieses Urteil durchaus nachvollziehen:

„Seit nahezu zwei Jahren liegt die hier in Neustadt bei Coburg auf industrieller Grundlage aufgebaute Spielwarenindustrie fast vollkommen brach. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit, langandauernd, ist die Folge. Neustadt hat 8500 Einwohner und mehr als 1000 registrierte Arbeitslose. Das Wohlfahrtsamt hat in seinem Haushaltsplan mit einer Durchschnittszahl von 35 unterstützungsberechtigten Erwerbslosen zu rechnen, außerdem mit 150 Sozialrentnern. Es sind 200 Tuberkulose-Fälle bekannt. Die Stadt ist hochverschuldet. Angesichts dieser Notlage sowie in der Gewißheit, daß auch in absehbarer Zeit kein Aufschwung zu erwarten ist, hat sich hier eine Vereinigung gebildet, welche sich das Ziel der kooperativen Auswanderung und landwirtschaftlichen Ansiedlung im Ausland gestellt hat. Durch Anfragen bei der Botschaft der Sozialistischen Soviet-Republiken in Berlin Unter den Linden 7 über die Möglichkeit der Ansiedlung in Süd-Rußland wurde uns mitgeteilt, daß dort Ansiedlungsmöglichkeit besteht. Der Abschluß eines Pachtvertrags wird jedoch abhängig gemacht von dem Nachweis des Besitzes von 30 Dollar Betriebskapital pro Deßjatine Land, Samen für zwei Ernten und Tragen der Überfahrtkosten. Es ist nun schon mit einer Zahl von 30 Familien zu rechnen. Rechnet man nur 20 Deßjatinen Land pro Familie, Samen und Transportkosten dazu, so ergibt sich eine gesamt notwendige Summe von 150000 Mark oder 5000 Mark pro Familie. [...] Nachdem wir nun durchweg arbeitslos sind und auch sonst nicht besitzen, sehen wir uns genötigt, uns an die Reichsregierung zu wenden, uns auf dem Weg der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine Summe von 150000 Mark zur Verfügung zu stellen. Betonen möchten wir, daß uns nichts daran liegt, diese Summe bar ausgezahlt zu erhalten. Wir hegen vielmehr den Wunsch, daß die betreffende Reichsbehörde für uns den Abschluß eines Pachtvertrages bei den russischen Behörden tätigen möchte und das nötige Kapital bei dem deutschen Botschafter in Moskau oder Tiflis deponieren würde, wo selbst uns

452 Reichsstelle an RMdI, 22. 8. 1927. RMdI 1830, Bl. 96.

453 Bayerische Landessiedlung an RMdI, 5. 6. 1925. RMdI 1867, Bl. 273.

454 „Die Tatsache, daß sie von der gegenwärtigen Regierungsform in Rußland besondere Vorteile für sich erwarten, beruht auf der besonderen, politischen Einstellung der meisten von den Antragstellern.“ Ibid.

diese Mittel je nach Bedarf im Zeitraum von 2 Jahren zur Bewirtschaftung des zu pachtenden Landes zur Verfügung ständen. [...] Wir glauben nicht betonen zu müssen, welchen Wert wirtschaftlicher wie kultureller Natur (Verbreitung des deutschen Sprachgebietes usw.) deutsche Ansiedlungen im Ausland für Deutschland haben und setzen unsere ganze Hoffnung des Entgegenkommens auf den vor kurzem abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrag.⁴⁵⁵

8.4.6. Gesellschaft zur Förderung des jüdischen Siedlungswerkes in der UdSSR

Diese Gesellschaft ist in den Akten des Polizeipräsidiums Leipzig erwähnt. Sie hatte ihren Sitz in Berlin, Carmen-Silva-Straße 2. Die Leipziger Ortsgruppe wurde 1931 gegründet und zählte ein Jahr später etwa 60 Mitglieder. Weder im Berliner noch im Leipziger Vereinsregister ist die Gesellschaft eingetragen.⁴⁵⁶

9. Conclusio

In dieser Arbeit wurden verschiedene Auswanderungsorganisationen vorgestellt. Sie hatten eine Gemeinsamkeit: Ihr Auswanderungsziel lag im Osten, nicht - wie sonst üblich - in Übersee. Ansonsten waren ihre politischen Motivationen und ihre Ziele höchst unterschiedlich. Viele Gruppen wollten gemäß ihrer kommunistischen Weltanschauung nach Rußland emigrieren, weil sie dort die ideale Gesellschaftsordnung verwirklicht glaubten und ihren Beitrag zu deren Aufbau leisten wollten. Rechtsorientierte Auswanderungsorganisationen sahen ihr Ansiedlungsziel eher in Sibirien und in der Ukraine. Sie witterten im Osten wirtschaftliche Vorteile: Bodenschätze, billigen Grund und Handelspartner. Außerdem glaubte man, die Assimilierung der Auswanderer hier vermeiden zu können, indem man in den endlosen Weiten Sibiriens rein deutsche Siedlungen gründete oder sich deutschen Orten in der Ukraine anschloß. Wieder andere Gruppierungen waren politisch neutral und sahen hauptsächlich Profitchancen in Rußland, so die Möglichkeit, billig Land pachten zu

455 Bayerische Landessiedlung an RMdI, 5. 6. 1925: Situationsbericht und Antrag des Neustädter Kolonistenvereins vom 22. 5. 1926 (Abschrift). RMdI 1867, Bl. 277-279. Mit dem „vor kurzem abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrag“ mußte der am 24. 4. 1926 zu Berlin abgeschlossene Freundschaftsvertrag gemeint sein, in dem Deutschland und Rußland sich ihrer gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen versicherten und Neutralitätswahrung im Falle eines wirtschaftlichen Boykotts oder militärischen Angriffs gegen einen der Partner vereinbarten. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Bd. II, 1, S. 402.

456 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Polizeipräsidium 4486 SF 4284.

können oder Handelsbeziehungen aufzunehmen. Und schließlich gab es Siedlungsunternehmungen, die es nur darauf abgesehen hatten, sich auf betrügerische Weise an den Auswanderungswilligen zu bereichern.

Von den vielen hier vorgestellten Organisationen gelang es nur zweien, eine Auswanderung tatsächlich durchzuführen: Der *Ansiedlung Ost* und der *Siedlungsgruppe 1 in Königsberg*. Daß es sich dabei um zwei linksstehende Organisationen handelte, dürfte kein Zufall sein. In ihrem Umgang mit der Sowjetregierung waren diese Organisationen realistisch: Sie akzeptierten das sowjetische System, und ihre Siedlungspläne waren darauf ausgerichtet, sich in dieses System einzufügen.

Rechte Siedlungspläne waren im Vergleich dazu illusionär. Ihr Fehler war, nicht wirklich mit den Bolschewiki als Machtfaktor zu rechnen. Die Organisationsgründer mit Ziel Sibirien unterschätzten die Durchsetzungsfähigkeit der Roten Armee und glaubten, die Bolschewiki würden auf ein wirtschaftlich und strategisch so überaus interessantes Gebiet freiwillig verzichten. Ansiedlungspläne in der Ukraine ignorierten völlig die Diskriminierung, der die dort siedelnden Deutschen bereits seit längerem ausgesetzt waren. Bei diesen rechtsstehenden Gruppen blieb es also bei den Projekten.

Doch ob die tatsächlich durchgeführten Auswanderungen als „Erfolg“ bezeichnet werden können, ist fraglich. Was die Auswanderer in Rußland erlebten, ließ bei den meisten von ihnen die Illusionen bröckeln. Viele kehrten nach Deutschland zurück. Einige jedoch hielten überraschend lang aus, und es schien ihnen sogar ganz gut in ihrer neuen Heimat zu gefallen - trotz der schwierigen Lebensumstände. Sie bewiesen enormen Durchhaltewillen und wollten trotz Drangsalierungen bleiben, wie der tragische Brief der Mitglieder des „Roten Germanien“ beweist.

Wieviele blieben in der Sowjetunion? Was wurde aus ihnen? Die Informationen des RWA versiegen hier: Länger als ein paar Jahre nach der Auswanderung wurden die Schicksale der Auswanderer nicht verfolgt, und nur in extremen Fällen finden sich noch vereinzelte Nachrichten über sie. Mehr Quellen könnten in russischen oder ukrainischen Archiven zu finden sein. Wir können hier nur Vermutungen anstellen: Daß die Deutschen wie viele Ausländer Stalins Verfolgungswahn zum Opfer fielen und in Arbeitslagern landeten. Hinweise, daß der Wind schneidender wird, sind schon seit 1925 in Briefen der Auswanderer zu finden. In dem bereits erwähnten Hilfeschrei des „Roten Germanien“ wird geklagt, die Kommune werde liquidiert, das Inventar beschlagnahmt, „und was sie mit uns machen wollen, wissen wir noch nicht.“⁴⁵⁷ Und die Frau des Siedlungsgründers Maertsch ängstigt sich um ihren Mann, da ihr zu Ohren

457 Brief von Mitgliedern des „Roten Germanien“ an die Deutsche Botschaft in Moskau im April 1927. RMdI 1830, Bl. 78.

gekommen ist, „daß die GPU gesagt haben soll, den deutschen Spion schicken wir nach Sibirien“.⁴⁵⁸ Zeichen, die auf die nahende Kollektivierung und eine Atmosphäre wachsenden Mißtrauens hindeuten - eine Entwicklung, die manchen idealistischen Rußlandauswanderer ein paar Jahre später vielleicht das Leben gekostet hat.

458 Minna Maertsch u. a. Mitglieder der Auswanderungsgruppe Mertsch an die Deutsche Botschaft in Moskau, 4. 4. 1926. RMdI 1829, Bl. 151.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AO	Verein Ansiedlung Ost
BSE	Bol'saja Sovetskaja Enciklopedija
DRIG	Deutsch-Russische Industriegewerkschaft
IG	Interessengemeinschaft der Auswanderungsorganisationen nach Sowjet-Rußland
Nbl	Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes
NKT	Narodnyj komissariat truda, Volkskommissariat für Arbeit
NTO	Naučno-Tekničeskij Otdel, Wissenschaftlich-technisches Departement des obersten Volkswirtschaftsrates
OG	Ortsgruppe
OGPU	Ob''edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie Soveta Narodnych Komissarov SSSR dlja bor'by s političeskoj i ekonomičeskoj kontrevoljuciej, špionažem i banditizmom (1922-1934, später: NKVD), Geheimpolizei
PAO	Proletarische Auswanderungs-Organisation
RdI	Reichsministerium des Inneren
RS	Reichsstelle für das Auswanderungswesen (ab 1. April 1924)
RTK	Russkaja Tekničeskaja Komissija, Russisch-Technische Staatskommission
RWA	Reichswanderungsamt (bis 1. April 1924)
RZ	Räte-Zeitung
STO	Sovet Truda i Oborony, Rat für Arbeit und Verteidigung
VSNCh	Verchnyj Sovet Narodnogo Chozjajstvo, Oberster Volkswirtschaftsrat

Quellen und Literatur

1. Quellen

1.1. Unveröffentlichte Quellen

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam

15.01 Reichsministerium des Innern

1826-1830	Auswanderung nach Rußland Oktober 1919 bis 30. 12. 1927
18340	Nachrichtenblatt des RWA vom 3. 6. 1916 bis 31. 1. 1920
18345-18347	Rundschreiben des Reichswanderungsamtes bzw. der Reichsstelle an die Zweigstellen 23. 2. 1920 bis 31. 12. 1925
18348	Rundschreiben der Reichsstelle für das Auswanderungswesen an die Zweigstellen
18350	Auskunftshefte des RWA
1860-1862	Siedlungsunternehmen
1866	Das Siedlungsunternehmen des "Professors" Lamm in Rußland
1867	Auswanderer-Vereine vom 1. 3. 1920 bis 6. 1. 1928
1871	Sitzungsberichte über Tagungen der Arbeitsgemeinschaft für Wanderungswesen, 11. 3. 1920 bis 26. 4. 1926
1894-1895	Auswanderungsagenturen

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin

Rep. 77: Preußisches Innen-Ministerium.

1811	Landesgrenzpolizei Osten, Überwachung sowjetischer Staatsangehöriger und Berichte aus östlichen Grenzgebieten
------	--

Sächsisches Staatsarchiv Leipzig

Polizeipräsidium Leipzig

1.3.1.	Vereinsregister
--------	-----------------

Staatsarchiv Hamburg

371-8 II Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe II

Spezialakten, S XXI A 12.14 Auswanderung Allgemeines

Spezialakten, S XXI A 12.29.10 Ein- und Auswanderungsangelegenheiten mit fremden Staaten - Rußland, 1923-1933

373-7 I Auswanderungsamt I, IIA II 3 b. Öffentliche Auskunftsstelle für Aus-, Rück- und Einwanderer

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München

Ministerium des Äußeren 1918-1933

MA 100495 Auswanderung nach Sowjet-Rußland

1.2. Veröffentlichte Quellen

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts. Serie B: 1925 - 1933, Bd. II. Göttingen 1967

Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallo-Vertrages, Band 2. Berlin/DDR 1971

Nouveau recueil général de traités et autres actes relatifs aux rapports de droit international. Continuation du grand recueil de G. Fr. de Martens par Heinrich Triepel. Troisième série, tome XI et XII, Leipzig 1923

Protokolle der Parteitage der USPD, Band 2, 1919-20. Glashütten im Taunus, 1976

2. Zeitungen

Der deutsche Auswanderer. Veröffentlichungen des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer e. V. Witzenhausen a. d. Werra. Jg. 17 (1918/19)

Deutsche Auswanderer-Zeitung. Wochenzeitschrift für die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der deutschen Auswanderer und des Deutschtums im Auslande. Organ der Deutschen Auswanderer-Zentrale Breslau. Jg. 1 (1919)

Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Berlin. Jg. 3 (1920)

Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes. Berlin. Jg. 2 (1920) - 9 (1927)

Räte-Zeitung. Organ der Kopf- und Handarbeiterräte. Berlin. Jg. 1 (1919) - 2 (1920)

Sozialistische Monatshefte. Berlin. Jg. 1920

3. Literatur

3.1. Zeitgenössische Literatur

BURCKHARDT, WILHELM G. Auswandern! Aber wohin? Berlin 1919

DOERSCHLAGER, SIEGFRIED Reicht dem Russen die Hand. Berlin 1919

FÄHNRIICH, PAUL Kolomna. Erlebnisse von 76 Rückwanderern der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjet-Rußland. Berlin 1921

FINK, EBERHARD Die Agrar-Kommune. Berlin 1920

FRANKE, ARNO Die Wahrheit über Rußland. Die Auswanderung nach Sowjet-Rußland und das Diktat der dritten Internationale. Berlin 1920

GUMPRICH, HUGO Delegationsbericht über die Verhandlungen mit Sowjet-Rußland. Leipzig 1919

HENNING, JULIUS Siedlungsmöglichkeiten in Westsibirien. Berlin 1919

RADEK, KARL Der Weg der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921

SCHMIDT, AXEL Ukraine. Land der Zukunft. Berlin 1939

SCHMIDTBONN, WILHELM Die Fahrt nach Orplid. Berlin 1922

THALHEIM, KARL C. Das deutsche Auswanderungsproblem der Nachkriegszeit. Crimmitschau 1926

THEWALT, C. H.: Das Amt der verlorenen Worte. München 1920

TOLLER, ERNST Der entfesselte Wotan. Potsdam 1923

3.2. Sekundärliteratur

ANGRESS, WERNER T. Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany, 1921-1923. Princeton 1963

BADE, KLAUS J. Arbeitsmarkt, Bevölkerung und Wanderung in der Weimarer Republik. In: Michael Stürmer (Hrsg.): Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Königstein / Taunus 1980, S. 160-187

BADE, KLAUS J. „Amt der verlorenen Worte“: Das Reichswanderungsamt 1918 bis 1924. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 3 (1989), S. 312-321

BOROWSKY, PETER Sowjetrußland in der Sicht des deutschen Auswärtigen Amts und der Reichswehrführung 1918-1923. In: G. Niedhart (Hrsg.): Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917. Paderborn 1983, S. 27-51

BRACHER, KARL DIETRICH / FUNKE, MANFRED / JACOBSEN, HANS-ADOLF (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft. 2., durchgesehene Auflage. Düsseldorf 1988 (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 251)

BRETTING, AGNES / BICKELMANN, HARTMUT Auswanderungsagenturen und Auswanderungsvereine im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1991

CARR, EDWARD HALLETT German-Soviet Relations between the Two World Wars, 1919-1939. Baltimore 1951

DITTMANN, WILHELM Erinnerungen. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. Frankfurt am Main 1995

EICHWEDE, WOLFGANG Der Eintritt Sowjetrußlands in die internationale Politik 1921-1927. In: Dietrich Geyer (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik 1917-1955. Köln 1972, S. 150-212

ERDMANN, KARL DIETRICH Die Weimarer Republik. Gebhardt Handbuch der Geschichte Band 19. 9., neu bearb. Auflage München 1989

FEL'ŠTINSKIJ, JURIJ K istorii našej zakrytosti. Zakonodatel'nye osnovy sovetskoj immigracionnoj i emigracionnoj politiki. London 1988

FORSYTH, JAMES A History of the Peoples of Siberia. Russia's North Asian Colony 1581-1990. Cambridge 1992

FREUND, GERALD Unholy Alliance. Russian-German Relations from the Treaty of Brest-Litovsk to the Treaty of Berlin. London 1957

FURLER, BERNHARD Augen-Schein. Deutschsprachige Reisereportagen über Sowjetrußland 1917-1939. Frankfurt 1987

GOLDBACH, MARIE-LUISE Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918-1923. Bonn-Bad Godesberg 1973

HAFFNER, SEBASTIAN Der Teufelspakt. Die deutsch-russischen Beziehungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. Zürich 1989

HEIBER, HELMUT Die Republik von Weimar. 14., durchgesehene und ergänzte Auflage München 1981

HILDEBRAND, KLAUS Das Deutsche Reich und die Sowjetunion im internationalen System: 1918-1932. Legitimität oder Revolution? Wiesbaden 1977 (=Frankfurter historische Vorträge, Heft 4)

HILGER, GUSTAV Wir und der Kreml. Deutsch-Sowjetische Beziehungen 1918-1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. Frankfurt am Main 1964

HOSKING, GEOFFREY A History of the Soviet Union. London³ 1992

KAPPELER, ANDREAS Rußland als Vielvölkerreich: Entstehung - Geschichte - Zerfall. 2., durchges. Aufl. München 1993

KAPPELER, ANDREAS Kleine Geschichte der Ukraine. München 1994

KOCHAN, LIONEL Rußland und die Weimarer Republik. Düsseldorf 1955

KOLB, EBERHARD Die Weimarer Republik. 3., durchges. und erg. Auflage München 1993 (=Oldenbourg-Grundriss der Geschichte, Bd. 16).

KREKELER, NORBERT Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen. Stuttgart 1973 (=Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 27).

LAQUEUR, WALTER Russia and Germany. A Century of Conflict. London 1965

MARGULIES, SYLVIA R. The Pilgrimage to Russia. The Soviet Union and the Treatment of Foreigners, 1924 - 1937. Madison, Wisconsin 1968

NIEDHART, GOTTFRIED Internationale Beziehungen 1917-1947. Paderborn 1989

PEUKERT, DETLEV J. K. Die Weimarer Republik. Frankfurt am Main 1987

RYDER, ARTHUR JOHN The German Revolution of 1918. A Study of German Socialism in War and Revolt. Cambridge 1967

SCHÖNHOFEN, KLAUS Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat. München 1989

TARLE, GALINA JAKOVLENA Druz'ja strany sovetov. Učastie zarubežnych trudjaščichsja v vosstanovlenii narodnogo chosjajstva SSSR v 1920 - 1925 gg. Moskau 1968

WASILEWITSCH, ERIKA Zur Teilnahme deutscher Facharbeiter und Spezialisten an der Industrialisierung der UdSSR (1926-1932). In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 18.1 (1974), S. 193-208

WHITE, JOHN ALBERT The Siberian Intervention. Princeton 1950

ZEEDEN, ERNST WALTER (Hrsg.) Großer Historischer Weltatlas. 3. Teil: Neuzeit. Erläuterungen. München 1984

ZARUSKY, JÜRGEN Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917 - 1933. München 1922

ZEIDLER, MANFRED Reichswehr und Rote Armee 1920-1933: Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit. München² 1994

4. Handbücher, Bibliographien und Lexika

AMBURGER, ERIK Geschichte der Behördenorganisation Rußlands von Peter dem Großen bis 1917. Leiden 1966

Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972. Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Wiesbaden 1972

Bol'shaja Sovetskaja Enciklopedija. Moskau² 1952 und Moskau³ 1970

BRÄUER, HERBERT (Hrsg.): Russisches geographisches Namensbuch. Wiesbaden 1968

EBERLEIN, ALFRED Internationale Bibliographie zur deutschsprachigen Presse der Arbeiter- und sozialen Bewegungen von 1830 bis 1982. 2., aktualisierte und erw. Auflage München 1996

Enciklopedija gosudarstva i prava. Moskau 1925-1926

Der Große Herder. 5., neubearb. Auflage Freiburg 1958

Handbuch für das Deutsche Reich 1922. Hrsg.: Reichsministerium des Inneren. 41. Jahrgang, Berlin 1922

Kindlers Literatur-Lexikon im dtv. München 1986

KÖLLMANN, WOLFGANG „Bevölkerungsgeschichte 1800-1970“. In: W. Zorn und H. Aubin (Hrsg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 9-50

METZGER, WOLFGANG Bibliographie deutschsprachiger Sowjetunion -Reiseberichte, -Reportagen und Bildbände 1917- 1990. Wiesbaden 1991

Neue Deutsche Biographie. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1987

SCHEITZ, EDGAR Technik-Wörterbuch Russische Abkürzungen. Berlin (DDR)² 1989

SCHRÖDER, WILHELM HEINZ Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933. Düsseldorf 1995. (=Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 7. Hrsg.: Rudolf Morsey, Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde)

TORKE, HANS-JOACHIM (Hrsg.): Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. München 1993